04/2018

KOMMUNAL

GEMEINDEN.GESTALTEN.ÖSTERREICH.

Österreichischer Gemeindebund

Das Magazin des Österreichischen Gemeindebundes

DATENSCHUTZ
Am 25. Mai wird es ernst für die Gemeinden
Seite 18

JUBILÄUM
Gemeindebund feiert 70 Jahre
Seite 26

Social Media in der Gemeinde

Abseits der Jagd nach Likes und Klicks stellt sich für Gemeinden oft eine Frage: Wie funktioniert die Kommunikation über Facebook und Co überhaupt?
Seite 8

Einzelverkaufspreis EUR 4,90

Österr. Kommunalverlag, 1010 Wien, Löwelstr. 6
Retouren an Postfach 100, 1350 Wien

ISSN: 1605-1440 DVR: 0390 432
Österreichische Post AG MZ 02Z032902 M

FIATPROFESSIONAL.AT

DUCATO. MARKTFÜHRER. SCHON IMMER.

MIT DEM ÄLTESTEN DUCATO DAS NEUESTE MODELL GEWINNEN! MITSPIELEN AUF www.ducato1981.at

Seit 1981: Zuverlässige Qualität für große Herausforderungen.

4 JAHRE FIAT PROFESSIONAL GARANTIE

Symbolfotos. * 2 Jahre Neuwagengarantie und 2 Jahre Funktionsgarantie MaximumCare der FCA Austria GmbH bis maximal 100.000 km gemäß deren Bedingungen. Optional und gegen Aufpreis erweiterbar auf bis zu 200.000 km.

FIAT PROFESSIONAL

KOMMENTAR

ZUKUNFTSFRAGEN **NACHHALTIG ANGEHEN**

Am 16. November 1947 wurde der Österreichische Gemeindebund im Palais Todesco in der Wiener Kärntnerstraße – damals als „Österreichischer Landgemeindebund" – gegründet. Inmitten des Wiederaufbaus, der Heimkehr der Soldaten und der Besatzungszeit haben die Pioniere rund um den ersten Gemeindebund-Präsidenten Florian Födermayr über alle Gegensätze hinweg innerhalb weniger Monate diesen länder- und parteiübergreifenden Zusammenschluss auf solide Beine gestellt.

Ihre Vision einer starken, unabhängigen Interessenvertretung hat sich weitgehend verwirklicht, dennoch müssen wir uns auch heute noch im Gefüge der Ebenen behaupten. Der geschichtliche Rückblick macht jedoch deutlich: Die ausgeprägte Selbstverwaltung unserer Städte und Gemeinden ist DER Erfolgsgarant in einer Republik, die zugleich Einheit, aber auch Summe unserer Vielfalt ist.

Daher ist es für die Zukunft zentral, dass diese Selbstverwaltung als wahrer Schatz begriffen wird, die nicht durch unbedachte Aktionen zerstört werden soll. Damit die Gemeinden ihren Aufgaben nachkommen können, ist es aber auch wichtig, dass sie auf finanziell soliden Beinen stehen. Das ist aber nicht möglich, wenn uns die übergeordneten Ebenen immer neue Aufgaben ohne entsprechende finanzielle Abgeltung aufs Auge drücken.

Daher bin ich auch bei der Festveranstaltung einmal mehr für eine nachhaltige Lösung im Bereich der Pflege vor den Vertretern des Bundes und der Länder eingetreten. Neben der wichtigen Finanzierungsfrage bei der Abschaffung des Pflegeregresses – deren Lösung uns aber von Finanzminister Löger im ersten Halbjahr in Aussicht gestellt wurde – poche ich darauf, dass sich alle Ebenen bei einem Pflegekonvent zusammensetzen, um einen gesamthaften Plan für Pflege und Betreuung zu entwickeln. Es kann nicht sein, dass hier die teurere Maßnahme, nämlich die Pflegeheime, zur billigsten Alternative gemacht wird. Das wäre auch gegen den Wunsch der meisten älteren Menschen, die gerne zu Hause gepflegt werden wollen.

Abseits aller jetzigen und zukünftigen Herausforderungen möchte ich an dieser Stelle allen Bürgermeister/innen, Gemeindemandatar/innen sowie unseren 75.000 Gemeindebediensteten für ihre unbezahlbar wichtige Arbeit für die Gemeinschaft danken. Mit eurem täglichen Einsatz macht ihr Österreich zu diesem lebenswerten Ort. Auf weitere 70 erfolgreiche Jahre.

> „FÜR DIE ZUKUNFT DER REPUBLIK IST ZENTRAL, DASS **DIE SELBSTVERWALTUNG DER GEMEINDEN ALS WAHRER SCHATZ BEGRIFFEN WIRD.**"

MAG. ALFRED RIEDL
Präsident des Österreichischen Gemeindebundes.
alfred.riedl@gemeindebund.gv.at

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,

vor wenigen Tagen fand die Festveranstaltung zum 70-jährigen Bestehen des Österreichischen Gemeindebundes statt. Dazu nur zwei Gedanken: Eine der größten Leistungen der Gemeindevertreterinnen und -vertreter bestand darin, nach den schwierigen Zeiten des austofaschistischen Ständestaates und der NS-Diktatur gemeinsam und überparteilich den demokratischen Grundkonsens der Zweiten Republik auch auf Gemeindeebene zu etablieren. Für diese Überparteilichkeit steht der Gemeindebund auch heute noch.

Und als Zweites: Heuer feiert auch das Finanzverfassungsgesetz von 1948 seinen 70er. Dieses Gesetz regelt die Verteilung von Pflichten und Aufgaben zwischen den drei Säulen des Staates – Bund, Land, Gemeinde. Den Gesetzgebern von heute sei dieses Werk aus zwei Gründen ans Herz gelegt. Zum einen kommt es mit knapp 18 Bestimmungen aus, zum anderen enthält es das Prinzip der „Rücksichtnahme". Bund, Länder und Gemeinden haben demnach darauf Bedacht zu nehmen, die „Grenzen der Leistungsfähigkeit" des anderen nicht zu überschreiten.

In diesem Sinn wünschen wir von KOMMUNAL dem Gemeindebund weitere erfolgreiche 70 Jahre und dem „Rücksichtnahmeprinzip", dass es wieder mehr ins Gedächtnis gerufen wird.

Michael Zimper,
Geschäftsführer Kommunalverlag

/18

„Die Gemeinde muss wissen, ...

... was sie mit den Daten tut."
Die Datenschutz-Grundverordnung und was sie für Gemeinden bedeutet

/26

An der Schwelle zur neuen Zeit

Der Österreichische Gemeindebund feiert 70 Jahre

INHALT

/38

Autonomer Verkehr in Gemeinden

Selbstfahrende Busse revolutionieren kommunale Mobilitätskonzepte

/74

Die Mischung macht es aus

Andrea Pabinger, Bürgermeisterin von Lamprechtshausen

FOTOS/Vorname Nachname/Bildagentur, Name Nachname; TITEL/Vorname Nachname

KOMMUNAL 04/2018

THEMA

„Wie geht Socal Media?“ 12
Wie kommunizieren Gemeinden am besten über Facebook, Twitter und Co?

MEINUNG

„Zukunftsfragen nachhaltig ansprechen“ 3
Alfred Riedl, Gemeindebund-Präsident fordert einen Pflege-Kongress

„Klare Regelungen sind notwendig“ 22
Gemeindebund-General Walter Leiss über die Frage, wem die Datenschutz-Grundverordnung nützt

„Rechtliche Anomalien“ 24
Je freigiebiger die Bürger, desto restriktiver die Vorschriften. Gemeindebund-Jurist Bernhard Haubenberger über den Datenschutz

POLITIK & RECHT

Es gibt nicht „ein“ Rezept 32
Eine Europäische Sicherheitskonferenz für Bürgermeister zeigt Wege für mehr subjektive und objektive Sicherheit auf

Die Quadratur des Kreises 34
Europa und der mehrjährige Finanzrahmen im Zeichen des Brexit

GESTALTEN & ARBEITEN

E-Mobilität auch bei Nutzfahrzeugen im Kommen 50
Elektrische Kommunalfahrzeuge sind im Kommen – ein Vergleich

Paradigmenwechsel in der Gerätetechnik 56
Rasenroboter sind bereit für kommunale Anforderungen

Gemeinsam für lebenswerte Gemeinden 66
Das KWF diskutiert lokale Antworten auf globale Herausforderungen

LAND & LEUTE

Was die Gemeinden leisten 76
Die Gemeinde illustrieren, indem man sich vorstellt, was man hat

Salzburger Gemeindetag 79
„Niemand muss mehr Aufgaben schultern als die Gemeinden“

Vereint in Leidenschaft 80
Die „Urban Future Global Conference“ auf der Suche nach „nachhaltigen und lebenswerten Kommunen der Zukunft“

Bundesländer, Personalia, Termine, Impressum 84

FACH- & SERVICEINFORMATIONEN

AustriaTech – Gesellschaft des Bundes für technologiepolitische Maßnahmen GmbH	46
Bundesbeschaffung GmbH	53
Bundesministerium für Finanzen	33
Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus	36
CONZEPT Container Modulbau & Handel GmbH	65
FIAT Group Automobiles Austria GmbH	54
Hochfilzer GmbH & Co KG	44
REISSWOLF Österreich GmbH	68
Salzburg Wohnbau GmbH	70
Stihl Gmbh	69
TÜV Österreich Gruppe	48

ANGESAGT

DAS WORT HAT ...

70 JAHRE GEMEINDEBUND:
WO STEHEN WIR 2030?

„Die Menschlichkeit, wie sie in den Gemeinden gelebt wird, wird auch 2030 noch wichtig sein. Das ist der Trumpf der Gemeinden."

Bgm. Peter Stauber, Präsident des Kärntner Gemeindebundes.

„Die Gemeinden werden für die Herausforderungen zusätzliche Kooperationen eingehen müssen. Wenn wir das schaffen, bin ich zuversichtlich.

Bgm. Hans Hingsamer, Präsident des Oberösterreichischen Gemeindebundes.

„Gemeinden stehen vor gewaltigen Herausforderungen. Nur geschlossenerden wir die Herausforderungen der Zukunft bewältigen können.

Bgm. Erich Trummer, Präsident des Verbands sozialdem. Gemeindevertreter im Burgenland.

INTERNATIONAL

DER BLICK ÜBER DIE GRENZEN

Schuldenfrei durch **Verkauf kommunaler Wohnungen?**

138 Milliarden Euro – so viel Geld könnten Deutschlands Kommunen auf einen Schlag einnehmen. Das hat das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) errechnet. Allerdings nur mit einem radikalen Schritt: Die Kommunen müssten sich von ihren kommunalen Wohnungen trennen. Davon besitzen sie laut Berechnungen des IW rund 2,3 Millionen (Stand 2015). Das sind etwa 12 Prozent aller vermieteten Wohnungen in Deutschland. Die 138 Milliarden seien dabei sogar noch sehr konservativ gerechnet. Berechnungsgrundlage waren die Immobilienwerte des Jahres 2015 – seither sind sie im Bundesschnitt weiter gestiegen.

IW-Immobilienexperte Michael Voigtländer ist nach dem Bericht auf KOMMUNAL-Deutschland Online überzeugt: „Die günstige Kombination aus niedrigen Zinsen, starker Zuwanderung und robuster Konjunktur wird nicht von Dauer sein." Es sei also jetzt der richtige Zeitpunkt, zu verkaufen. Gleichzeitig kritisiert Voigtländer, dass in den Kommunen kommunaler Wohnungsbau häufig mit „sozialem Wohnungsbau" verwechselt werde.

Anders sieht das der Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen: Verkäufe kommunaler Wohnungen an Investoren seien angesichts der Wohnungsnot ein großer Fehler und historisch überholt. Die Hoffnung, mit dem Geld kommunale Haushalte zu sanieren, sei ein Trugschluss, weil damit fehlende Einnahmen nicht dauerhaft kompensiert werden können.

https://kommunal.de/artikel/kommunale-wohnungen/

KAPSTADT: „STUNDE NULL" VERSCHOBEN

Die gefürchtete „Stunde null" in Kapstadt ist verschoben worden. Der Tag, an dem die Wasserhähne trocken bleiben, war – so die Tageszeitung „Der Standard" in seiner Online-Ausgabe – in den vergangenen Monaten mehrfach angekündigt worden. Nun hat die Regierung Hoffnung, dass der „Day Zero" noch verhindert werden kann. Aber die Krise bleibt: Südafrika hat die Dürre in Kapstadt und Teilen des Landes zur nationalen Katastrophe erklärt. „Day Zero" war zuletzt für den 9. Juli erwartet worden. Kürzlich erklärte die in der Metropole regierende Partei aber, durch jüngste Erfolge beim Wassersparen könne dies verhindert werden.

derstandard.at

Köln: Betrunkener Öffi-Fahrer verursacht Unfall

Bei einem Straßenbahnunfall in der Kölner Innenstadt sind laut einem Bericht der Online-Ausgabe der „Presse“ rund 43 Menschen verletzt worden. Eine Straßenbahn war Mitte März in der Innenstadt auf eine zweite, an einer Haltestelle stehenden Bahn aufgefahren. In der Nacht sprach ein Polizeisprecher von 43 Verletzten – eine Person sei schwer verletzt. Feuerwehr und Rettungsdienst waren mit 70 Einsatzkräften vor Ort. Einer der beteiligten Fahrer war offenbar alkoholisiert. Ein Sprecher der Kölner Polizei bestätigte, dass ein Atemalkoholtest bei einem Fahrer positiv ausgefallen sei. Eine Blutprobe sei angeordnet worden.

diepresse.com

Weltweit 470 Millionenstädte

Wien ist mit fast 1,9 Millionen Einwohnern die größte Stadt in Österreich. Damit zählt sie laut einer neuen Datenbank zu den 470 Millionenstädten, die es weltweit gibt. GFS-Wissenschafter haben kürzlich die größte und umfassendste Datenbank über Städte, die je veröffentlicht wurde, vorgestellt.

http://ghsl.jrc.ec.europa.eu/

WiFi4EU online

Kostenloser Internetzugang in Parks, auf großen Plätzen, in öffentlichen Gebäuden und Museen überall in Europa – das wird mit WiFi4EU Wirklichkeit.

„Bis 2020 sollen die wichtigsten öffentlichen Orte jedes europäischen Dorfes und jeder europäischen Stadt mit kostenlosem WLAN-Internetzugang ausgestattet sein“, so Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission 2017 (Bild).

https://www.wifi4eu.eu/#/home

Der Fuso Canter steht Ihnen bei jedem Arbeitseinsatz zur Seite. Ganz egal ob als 4x2 oder 4x4. Durch die hohe Nutzlast und den aufbaufreundlichen Rahmen können wir eine außergewöhnliche Flexibilität für Ihre individuellen Anforderungen schaffen. Anspruchsvolle Fahrsituationen meistert der Canter spielend durch den geringen vorderen Überhang der Kabine. Beim 4x4 sorgen die hohe Bodenfreiheit und der Böschungswinkel für souveränes Manövrieren im Gelände. Egal welche Anforderungen Sie an den Canter stellen, er wird sie für Sie meistern. Erleben Sie jetzt den Canter bei einer Probefahrt.

* Preisvorteil gültig bis 31.12.2018. Allradbonus exkl. MwSt. wird vom empfohlenen Listenpreis abgezogen. Nur für Fahrzeuge mit ab Werk montiertem Aufbau. Der Listenpreis exkl. MwSt. für den Fuso Canter 6C18 4x4 ohne Aufbau beträgt € 53.000,–.
5 Jahre oder 200.000 km Garantie auf Baugruppen im Aktionszeitraum bis 31.12.2018. Gültig, wenn allfällige Reparaturen im Rahmen des Wertpaketes bei einem autorisierten österr. Fuso Canter Servicepartner durchgeführt werden und ab Inbetriebnahme, wenn die vom Hersteller vorgeschriebenen Wartungsarbeiten und Unfall- inkl. Karosserie-Instandsetzungen termingerecht nach Herstellervorschrift erledigt werden.

www.fuso-trucks.at

FUSO

DIE VOLKSANWALTSCHAFT ...

... PARTNERIN DER GEMEINDEN
VON VOLKSANWÄLTIN DR. GERTRUDE BRINEK

Brinek: Barrierefrei ist möglich

Die Qualitätsansprüche an Gebäude wandeln sich. Seit mehreren Jahren und dem gesetzlichen Auftrag entsprechend gehört Barrierefreiheit dazu.

Die Bevölkerung ist sensibler geworden, älter, beweglicher, selbstständiger und – wenn man so will –anspruchsvoller. Auch mit körperlichen Einschränkungen – im Rollstuhl oder mit Gehhilfen – möchte man seinen Behördengang selbstständig erledigen, das Grab auf dem Friedhof besuchen, an der Veranstaltung im Gemeindezentrum teilnehmen. Oft stehen einer barrierefreien Ausgestaltung die Einwendungen des Denkmalamtes oder der Statiker oder der „Finanzminister“ entgegen. Das hat schon eine Berechtigung. Manchmal sind es aber Ignoranz, Gedanken- und Phantasielosigkeit. Auch hier gilt es effizient, sparsam, nachhaltig zu handeln.

Es ist durchaus legitim, auf das Machbare zu setzen und die Verbesserungen Zug um Zug vorzunehmen. Aus der Arbeit der Volksanwaltschaft können wir mit guten Beispielen aufwarten – wie in einem niederösterreichischen Gemeindezentrum vorbildlich gelungen. Manchmal setzen die Bürgerinnen und Bürger ihre Ansprüche auf Barrierefreiheit erst über den Weg zum Höchstgericht durch – wie im Falle eines Pfarrzentrums plus Kirche. Das Ergebnis hätte man einfacher haben können.

> „Besonders bedauerlich ist es, wenn Bauten und Wohnungen als barrierefrei beworben und vom Land gefördert werden, **es in der Praxis aber nicht sind.“**
>
> Dr. Gertrude Brinek

Barrierefrei ist notwendig. Wenn 90 Prozen der Menschen ihren Lebensabend in ihren Häusern und Wohnungen verbringen wollen, heißt das, die Ansprüche derselben bereits beim Bau und deren Genehmigung zu berücksichtigen. Davon sind zuerst die Kinderwägen und danach die Rollstühle, Rollatoren und Gehhilfen betroffen. Es betrifft die Ausgestaltung der Eingänge in Garagen, Müllräume, ins Haus, in den Lift usw. Es betrifft jedenfalls auch die Breiten der Türen – vor allem der Nassräume und den barrierefreien Zugang zu Balkonen und Gemeinschaftsräumen.

Die meisten Länder verfügen über gut entwickeltes und praxisnahes Wissen betreffend barrierefreies Bauen. Es gibt dazu auch ausgewiesene Experten. Man muss das Wissen nur abholen.

vab@volksanwaltschaft.gv.at
https://volksanwaltschaft.gv.at/

LESER STIMMEN

KOMMUNAL 3/2018, „Im Schularztwesen ist es Zeit zu handeln – Seit Jahrzehnten unverändert", Seite 24

Es wäre höchst an der Zeit, hier eine zeitgemäße und durchgängige Regelung festzulegen. Damit könnten auch die Schulerhalter von einer "Moralischen" Verpflichtung entbunden werden.
Die Verantwortung liegt letztendlich bei den Erziehungsberechtigten.

Bgm. DI Johann Zeiner,
via www.kommunal.at

KOMMUNAL 3/2018, „1200 Resolutionen zum Pflegeregress“, Seite 18

Ich lese gerade KOMMUNAL und ärgere mich. Alle haben die Folgen gewusst und etliche BGM haben mitgestimmt bei diesem Käse ... auch der BR hat brav mitgemacht.
Vor der NR-Wahl sind alle schön still geblieben und jetzt erst der Aufschrei! Schon ein wenig heuchlerisch. Zumindest könnte man jetzt erwähnen, welche Fraktion als einzige hier dagegen gestimmt hat.

Dr. Markus Moser, Bürgermeister von Mils bei Imst
via E-Mail

KOMMUNAL VOR 25 JAHREN

AUS UNSEREM ARCHIV

1993: „Diese Latte liegt zu hoch, das frisst uns auf“

Er konnte schon auch poltern, der Rupp Franz, auch wenn ihn so kaum einer kannte. 1993, als der Höflleiner Bürgermeister Franz Rupp zum neuen Präsidenten des ÖVP- Gemeindevertreterverbandes gewählt worden war, ging ihm „das Hüferl über“, als er über die zunehmende Belastung der Gemeinden im Abwasser- und Entsorgungsbereich reden musste.

Der an sich als positiver Denker und konstruktiver Kommunalpolitiker bekannte Rupp gab sich angesichts der von den Gemeinden zu bewältigenden Problemen sogenvoll, wenn auch nicht pessimistisch. Besonders in der Abwasserfrage, so berichtete das „Kommunal- Journal“ in der Ausgabe 18 auf Seite 14, muss „die Politik den Weg zurück zur Realität finden“. Das hieß für ihn, dass die Gesetze der Abwasserwirtschaft völlig unrealistisch sind, vor allem weil die Abwasserreklärung Trinkwasserqualität fordere. „Das ist nicht machbar, nicht finanzierbar und auch nicht notwendig“, so Rupp damals. „Und das gilt auch für die sozialmedizinische Versorgung“.

Um dem entgegenzusteuern, seien einerseits eine effizientere und sinnvollere Eigenversorgung und andererseits mehr Bundes- und Landesunterstützung erforderlich. „In dieser Richtung ist aber im Moment nichts Neues festzustellen“, so Rupp. Er ortete in dem Zusammenhang ein nach wie vor zu geringes Verständnis für die Kommunalpolitik und die Erfordernisse der Gemeindeautonomie seitens der Gebietskörperschaften Bund und Land.

„Wenn die finanzielle Explosion so weitergeht, dann frisst uns das auf“ Franz Rupp 1993

KOMMUNAL 2/2018: „Vor 25 Jahren", Seite 9

„In der Rubrik „KOMMUNAL vor 25 Jahren“ berichteten wir über den Unmut von Franz Rupp, damals Bürgermeister im niederösterreichischen Höflein und Obmann des Verbandes Niederösterreichischer Gemeindevertreter der ÖVP, der sich 1993 über die zunehmende Belastung der Gemeinden durch Abwasservorschriften ärgerte. Heute sieht er die Sache anders:
„Wir hatten eine funktionierende Kläranlage, die aber die neuen, strengeren wasserrechtlichen Vorgaben nicht erfüllen konnte. Deshalb mussten wir uns an den Abwasserverband anschließen lassen, was mich damals sehr geärgert hat, weil das die Gemeinde sehr teuer gekommen ist. Bereits ein Jahr später habe ich aber erkannt, dass die Wasserqualität der Leitha, in die unser geklärtes Wasser hineinläuft, deutlich besser geworden ist“, so Rupp im Telefonat mit der KOMMUNAL-Redaktion.

FOTO // Volksanwaltschaft/Postl

Jeder Mitarbeiter ein Gewinn.

100 € Ersparnis auf alle Smartphones. Bei Neuanmeldung in allen Business Top-Tarifen.

Es geht auch anders.

Business

24 Monate Mindestvertragsdauer. Alle Preise exkl. USt.
Preisreduktion von 100 € nach Angabe des Gutscheincodes „3Business100“. Keine Barablöse möglich.
Keine Auszahlung von Differenzbeträgen auf 100 € bei bestehenden Gerätepreisen unter 100 €. Details: drei.at/business

IM DIGITALEN WANDEL
PERSÖNLICH VERNETZEN

KOMMUNALMESSE 2018
www.diekommunalmesse.at

Österreichs größte Fachmesse für Gemeinden

27./28. SEPTEMBER 2018 | MESSE DORNBIRN

Im Rahmen des 65. Österreichischen Gemeindetages.

KOMMUNALMESSE 2018
www.diekommunalmesse.at

Im digitalen Wandel **persönlich vernetzen**

Der digitale Wandel ist heute nicht mehr aus Gesellschaft, Politik und Verwaltung wegzudenken. Auch die Verwaltungs- und Organisationsstrukturen von Kommunen sind den digitalen Transformationsprozessen unterworfen. Dabei gibt es noch viel Informationsbedarf und Herausforderungen, wie die digitale Veränderung nutzbringend und einfach in den Kommunen umgesetzt werden kann. Die individuelle Beratung ist somit Voraussetzung für einen gelungenen digitalen Umbruch, denn digitaler Wandel braucht persönliche Vernetzung.

Auf der Kommunalmesse, der führenden Messe für kommunale Innovationen, treffen im September in Dornbirn die Entscheidungsträger aus den Gemeinden auf Anbieter von bewährten und innovativen Lösungen aus allen kommunalen Aufgabengebieten: von der Straßenerhaltung über Beleuchtung, Bauhof, Fuhrpark, Winterdienst, Finanzierungen, Schulen, Facility Management, Breitband, Wasser und Abwasserbehandlung.

Experten und Praktiker bieten individuelle Beratung und helfen dabei, die verfügbaren Budgetmittel für Modernisierungen und Anschaffungen optimal einzusetzen. Die Messeaussteller präsentieren Produkte und Dienstleistungen, um Gemeinden besser organisieren zu können sowie sicherer, gesünder und fit für die digitale Zukunft zu machen – kurz, sie für alle Bürgerinnen und Bürger lebenswerter zu gestalten.

Die innovative Fachmesse für die kommunale Welt. Die Kommunalmesse ist mit ihren über 200 Ausstellern aus allen relevanten Branchen die größte Fachmesse für die Top-Entscheidungsträger aus Österreichs Gemeinden.

Dabei richtet die Messe besonderes Augenmerk auf individuelle Beratung und hohen Praxisbezug. Hier finden Sie alles, was Sie für die tägliche Arbeit in Ihrer Gemeinde benötigen und können die aktuellsten Maschinen und Gerätschaften im Freigelände testen.

65. Österreichischer Gemeindetag und Kommunalmesse 2018
27. bis 28. September, Dornbirn
diekommunalmesse.at

GESCHICHTE

KOMMUNAL VOR 25 JAHREN – AUS UNSEREM ARCHIV

Erfolg für mengenbezogene Müllgebühr

In der März-Ausgabe 1993 des „kommunal-journals“ nahm sich Günther Pumberger, damals Vizepräsident des Österreichischen und Präsident des Oberösterreichischen Gemeindebundes, eines Themas an, das unter den Kommunen für Aufregung sorgte: die „mengenbezogene Müllgebühr“.
In Pumbergers Heimatgemeinde Eberschwang war man nach einer Befragung der Bevölkerung im Jahr 1990 dazu übergegangen, den Müll nur mehr alle zwei Wochen statt bisher wöchentlich zu entsorgen, was enorme Kosten sparte.
Kurz darauf ging man auch zu einer mengenbezogenen Müllgebühr auf freiwilliger Basis über. Dazu wurden den Haushalten Wertmarken für eine 16-malige Entleerung zugeteilt. Mülltonnen wurden vom Entsorgungsunternehmen nur dann mitgenommen, wenn sie mit einer dieser Wertmarken versehen waren.
Die Überlegungen waren, dass umweltbewusste Bürger mit einer geringeren Müllgebühr belohnt werden sollten. Außerdem sollten die Bürger erkennen, dass es nicht effizient ist, wenn halbleere Mülltonnen eingesammelt werden. Rund 25 Prozent der Haushalte beteiligten sich an der Umstellung auf das mengenbezogene System.
Nachdem sich keine nachteiligen Auswirkungen der mengenbezogenen Müllgebühr gezeigt hatten, waren im Jahr darauf (1992) nur mehr 13 Wertmarken ausgegeben worden.

Günther Pumberger

Nach zwei Jahren zog Pumberger nun eine Bilanz über das neue System. Die von mancher Seiten geäußerten Befürchtungen, dass es durch die Einführung der mengenbezogenen Müllgebühr vermehrt zu wilden Ablagerungen kommen würde, sei nicht eingetreten. Vielmehr konnten Müllvermeidung und Abfallwiederverwertung sogar beträchtlich gesteigert werden. „Das Ergebnis übertraf die Erwartungen“, resümierte Pumberger.

FACEBOOK & CO IN GEMEINDEN
Dos und Don'ts, eine Checkliste und ein Vorzeigebeispiel

KOMMUNIKATION IM 21. JAHRHUNDERT

WIE GEHT SOCIAL MEDIA?

Früher reichte es, wenn Gemeinden ihre Bürgerinnen und Bürger auf dem Schwarzen Brett und in der Gemeindezeitung über das Geschehen im Ort am laufenden hielten. Im Informationszeitalter ist das aber schon lange nicht mehr genug. Um rasch und kompetent zu informieren, nutzen immer mehr Gemeinden die neuen sozialen Medien. Aber wie kommuniziert man am besten über Facebook & Co?

FOTO/shutterstock

TEXT//Helmut Reindl

Wann wird eine Straße gesperrt? Welche Öffnungszeiten hat das Gemeindeamt? Wo findet das nächste Mutter-Kind-Treffen statt? Wenn man als Bürgerin oder Bürger früher solche Informationen haben wollte, musste man in die Gemeindezeitung oder auf die Amtstafel schauen. Gemeindezeitungen haben es aber an sich, dass sie oft nur vierteljährlich erscheinen und daher nicht immer aktuell sein können und um die Amtstafel zu studieren, muss man sich auf die Straße begeben.

In den letzten 20 Jahren hat das Internet die Kommunikation der Gemeinden zu den Bürgerinnen und Bürgern verändert: Informationen können jetzt rasch auf die Homepage gestellt und von dort abgerufen werden.

Die nächste Revolution brachten zuletzt soziale Netzwerke, allen voran Facebook. Sie bieten den Gemeinden die Chance, ihre Inhalte in Echtzeit und mit einem hohen Aktualitätsgrad zu veröffentlichen. „Die Gemeinden können jetzt selbst Medien machen und sind nicht mehr auf andere Medienmacher angewiesen", strich der Politologe Peter Filzmaier bei den Kommunalen Sommergesprächen 2017 in Bad Aussee die Vorteile heraus.

Die sozialen Netzwerke ermöglichen es auch, dass die Kommunikation nicht mehr nur auf einer Einbahnstraße von der Gemeinde zum Bürger erfolgt. Erstmals kann der Bürger auch rasch und von zu Hause oder von unterwegs seine Wünsche und Anliegen der Gemeinde mitteilen.

Umso verwunderlicher ist es, dass viele Gemeinden die neuen Kommunikationsmöglichkeiten noch nicht verwenden. „Das liegt hauptsächlich an den personellen Ressourcen", meint der Obmann des Fachverbandes der leitenden Gemeindebediensteten Österreichs, Franz Haugensteiner. Facebook-Auftritte hätten zwar mittlerweile zahlreiche Gemeinden, allerdings werden diese meist nicht regelmäßig gewartet.

Wie viel ist nötig? Facebook ist immer noch die Nummer eins unter den sozialen Netzwerken. Rund 3,8 Millionen Österreicher besitzen einen Account. Zuletzt gab es zwar kaum noch Zu- »

wächse, aber trotzdem liegt man damit weit vor anderen Angeboten wie Twitter oder Instagram.

Eine Umfrage unter Niederösterreichs Gemeinden im Jahr 2016 ergab, dass 134 der 572 niederösterreichischen Kommunen eine offizielle Facebook-Seite hatten*.

Das große Angebot auf Facebook führt aber dazu, dass man leicht in der Flut an Seiten untergeht. Die Untersuchung aus Niederösterreich zeigt, dass eine hohe Anzahl an täglichen Veröffentlichungen nicht unbedingt auch eine hohe Interaktion seitens der User mit sich bringt. Veröffentlichungen, die über das Wochenende stattgefunden haben, weisen dagegen eine vergleichsweise hohe Interaktion auf. Es lohnt sich also, auch Samstag und Sonntag aktiv zu sein.

Aus der Studie ergibt sich auch, dass vor allem zu Wochenbeginn gepostet wird. Die meisten Meldungen werden zwischen sieben und zehn Uhr veröffentlicht. Danach flaut die Aktivität deutlich ab. Das lässt sich dadurch erklären, dass Informationen vom Vortag erst am nächsten Vormittag veröffentlicht werden, wenn das Gemeindeamt öffnet.

Die meisten Veröffentlichungen, nämlich fast ein Viertel, sind Ankündigungen von Events, die im Ort stattfinden. Dahinter folgen News aus der Gemeinde sowie Nachberichte über Veranstaltungen. Die meiste Interaktion gibt es jedoch zu Jobangeboten.

4000 Freunde für Telfs. Die Tiroler Gemeinde Telfs, stellt pro Tag vier bis fünf Beiträge auf ihre Facebook-Seite. „Gepostet wird alles, was auch auf der Homepage veröffentlicht wird", berichtet Amtsleiter Bernhard Scharmer. „Das sind Rechtsinformationen, Neuigkeiten aus den Gemeinderatsitzungen, Infos über den Winterdienst, Hilfestellung bei Problemen etc." Dazu kommen noch Postings, die für die Homepage nicht interessant sind, beispielsweise Fotos. Scharmer: „Da geht es nicht um Inhalte, sondern darum, eine positive Stimmung im Ort zu schaffen, wenn man etwa ein schönes Bild der verschneiten Landschaft auf die Seite stellt."

Derzeit hat man in Telfs rund 4000 „Freunde". „Das ist nicht wenig, aber uns geht nicht darum, die Beliebtesten auf Facebook zu sein, sondern wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern einfach eine zusätzliche Informationsquelle bieten", sagt Bernhard Scharmer.

* Alen Velagić: Clevere Gemeinden – Neue Medien in der Gemeindearbeit. Eine Analyse der Annahme bzw. Ablehnung von Social Media in der Gemeindearbeit in Niederösterreich, Magisterarbeit, Wien 2016.

Hannes Pressl
Bürgermeister von Ardagger

„Gemeindeverwaltungen werden sich so aufstellen müssen, dass es genügend Ressourcen gibt, um Social Media-Kanäle zu bedienen."

Werner Beninger
Geschäftsführer der PR-Agentur Milestones in Communication

„Zwei bis drei Postings pro Woche **reichen vollkommen aus.**"

Bernhard Scharmer
Amtsleiter in Telfs

„Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern eine zusätzliche Informationsquelle bieten."

LINKS ZUM THEMA

https://de-de.facebook.com/marktgemeinde/

https://hannespressl.blog

www.leobersdorf.at/Leobersdorf_auf_WhatsApp

Auf mehreren Social-Media-Kanälen unterwegs. Hannes Pressl, Bürgermeister im niederösterreichischen Ardagger, ist gleich auf mehreren Social-Media-Kanälen unterwegs. Er betreibt nicht nur zwei Facebook-Seiten – eine persönliche und eine für die Gemeinde – sondern schreibt auch einen Blog und ist auch auf Twitter und Instagram sowie auf WhatsApp aktiv. „Das zentrale Medium für mich ist der Blog. Dort kann ich festlegen, welche Beiträge ich auch auf anderen Kanälen bringen will. Manches kann man eins zu eins übernehmen, manches muss man kürzen oder umschreiben", erläutert Pressl.

Zu viele Botschaften sind unerwünscht. Aus Sicht von Werner Beninger, Geschäftsführer der PR-Agentur Milestones in Communication, ist es gar nicht unbedingt nötig, mehrmals täglich auf Facebook oder anderen Social-Media-Kanälen zu posten. Ganz im Gegenteil: Zu viele Botschaften seien sogar unerwünscht. „Wir leben in einer Zeit des Informationsüberflusses, und die Menschen, wollen nicht täglich von Postings des Bürgermeisters oder der Gemeinde belästigt

werden“, meint Beninger. Zwei bis drei Postings pro Woche würden vollkommen ausreichen.

Wie aufwändig ist es? Wer glaubt, dass es reicht, einfach ein Facebook-Profil zu erstellen und hin und wieder etwas zu posten, irrt. Wer wirklich wahrgenommen werden will, der muss viel Arbeit investieren.

Neben geeignetem Personal (inkl. fachlichem, technischem, gestalterischem und rechtlichem Know-how) benötigt man eine Strategie, ein inhaltliches Konzept, Kommunikationsrichtlinien und vieles mehr. Die Accounts müssen regelmäßig gepflegt, beobachtet, analysiert und optimiert werden.

In Telfs sind zwei Mitarbeiter der Presseabteilung, die auch die Gemeindezeitung machen, für den Facebook-Auftritt der Gemeinde zuständig. In Ardagger macht Bürgermeister Pressl dagegen alles alleine. „Wenn man es so intensiv betreibt wie ich, ist es schon sehr aufwändig“, berichtet er. „Heute morgen bin ich fast eineinhalb Stunden gesessen und habe für meinen Blog und auch auf Facebook geschrieben. Das geht nur, weil ich in dem Bereich sehr interessiert bin und es als Hobby betrachte.“

Aus seiner Sicht werden sich Gemeindeverwaltungen über kurz oder lang so aufstellen müssen, dass es genügend Ressourcen gibt, um Social-Media-Kanäle zu bedienen. „Wo es um politische Diskussionen geht, wird das der Bürgermeister machen müssen. Aber es werden auch Gemeindebedienstete mitarbeiten müssen“, ist Pressl überzeugt.

Wie kommuniziert man auf Social Media?
Im Internet muss man anders schreiben als im Amtsblatt. „Lustige Postings werden geteilt und somit viel häufiger angesehen“, meint Christian Erhardt, Chefredakteur von KOMMUNAL Deutschland und Social-Media-Experte. Dadurch erhöhe sich die Reichweite und die Botschaft wird wesentlich besser verbreitet als wenn man im Amtsdeutsch schreibt. Übertreiben soll man es aber nicht: „Nicht jeder Post sollte witzig sein, aber es braucht immer wieder ein ‚Appetithäppchen‘“, empfiehlt Erhardt. Ganz wichtig: Man muss dann auch Kritik aushalten können.

„Erfolgreiche Posts sind meist solche, wo man Zwischenmenschliches spürt, Verwaltungstechnische Inhalte werden eher wenig geliked“, berichtet der Telfser Amtsleiter Bernhard Scharmer aus seiner Erfahrung. »

BEST PRACTICE

Leobersdorf **setzt auf WhatsApp**

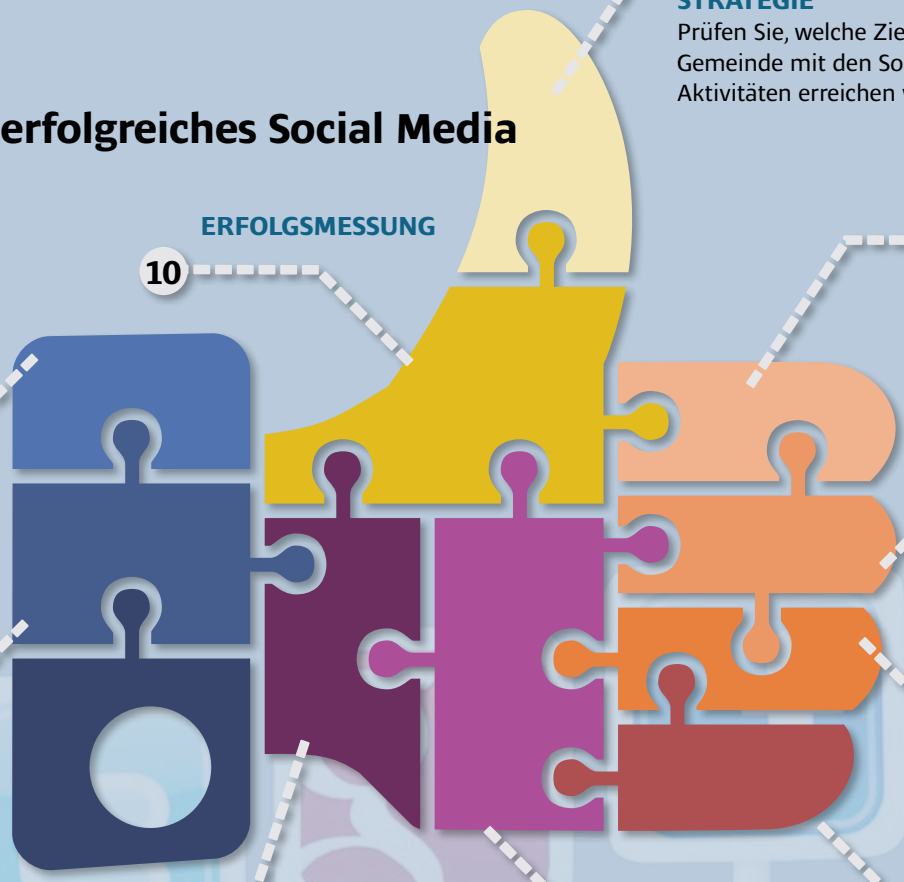
Eine von Gemeinden noch kaum genutzte Kommunikationsmöglichkeit ist **WHATSAPP**. „Der Kurznachrichtendienst ist vor allem interessant, wenn man eine jüngere Zielgruppe erreichen will, die auf Facebook kaum noch aktiv ist“, berichtete die Journalistin Ingrid Brodnig bei den Sommergesprächen 2017.
Vorreiter bei der Nutzung von WhatsApp ist das niederösterreichische Leobersdorf. Aktuelle Nachrichten, Infos zu Baustellen oder Straßensperren, Sicherheitswarnungen, Eventnews oder neue Angebote der Gemeinde kommen dort schnell wie nie zuvor am Smartphone der Bürgerinnen und Bürger an.
Um den WhatsApp-Dienst nutzen zu können, muss man sich auf der Gemeinde-Homepage registrieren. Dort kann man auch anklicken, falls man nur an speziellen Themen interessiert ist – z. B. die Öffnungszeiten des Schwimmbades, eine Laufveranstaltung oder Events, die im Ort stattfinden.
Derzeit sind rund 340 Leute angemeldet, an die wöchentlich ein Newsletter verschickt wird. „Wichtig ist, dass man genügend Content anbieten kann“, sagt Vizebürgermeister Harald Sorger. Daher hat man in Leobersdorf begonnen, Informationen, die im Amtsblatt stehen, auch in einer wöchentlichen Sendung auf einem regionalen Radiokanal zu bringen. Die WhatsApp-Benutzer erhalten einen Link, sodass sie die Sendung am Handy anhören können. Zusätzlich werden diese Inhalte auch auf die Homepage gestellt, und es wurden auch mehrere Bildschirme im Ort ausgehängt, wo die Nachrichten in Schlagzeilenform präsentiert werden. Ganz neu ist eine Handy-App, die bereits von etwa 1200 Menschen heruntergeladen wurde.

„Wir versuchen die gesamte Kommunikation der Gemeinde aus einem Guss zu machen.“ Harald Sorger, Vizebürgermeister von Leobersdorf.

Harald Sorger: „Wir versuchen die gesamte Kommunikation der Gemeinde aus einem Guss zu machen, und wir wollen die Menschen dort erreichen, wo sie gerade unterwegs sind.“
Insgesamt werden rund zehn Kanäle bedient. „Das ist natürlich schon aufwändig, denn man kann die Inhalte nicht überall in gleicher Form verwenden. Ausgehend von den Radiosendungen versuchen wir, die Inhalte für das jeweilige Medium aufzubereiten“, erläutert Sorger. Beispielsweise müsse man sich am Bildschirm kürzer halten als auf der Homepage. Bei WhatsApp werden die User geduzt, während man sie anderswo per Sie anspricht.
Zwei Mitarbeiter sind für die Kommunikationsaktivitäten zuständig. Dazu kommt noch Vizebürgermeister Sorger als Verantwortlicher. „Dass ein Vertreter der Politik in dem Team dabei ist, ist wichtig, denn nur wenn man in den politischen Gremien sitzt, kann man entscheiden, ob eine Information bereits veröffentlicht werden kann“, meint er.
Für den Versand der WhatsApp-Nachrichten nutzt Leobersdorf das Service des auf WhatsApp-Marketing ausgerichteten Unternehmens atms. Sorger: „Dort haben wir ein Paket, das für maximal 500 User verwendet werden kann. Die Kosten dafür liegen etwa bei 80 Euro monatlich.“

CHECKLISTE

10 Tipps für erfolgreiches Social Media



1 STRATEGIE
Prüfen Sie, welche Ziele ihre Gemeinde mit den Social-Media-Aktivitäten erreichen will.

2 MEDIENKANÄLE
Wählen Sie die Social-Media-Kanäle aus, mit denen die Ziele am besten erreicht werden können.

3 RESSOURCEN
Wie viel Zeit kann in die Betreuung der Social-Media-Kanäle investiert werden? Fallen Kosten an?

4 FREQUENZ
In welchen Abständen soll gepostet werden?

5 VERANTWORTLICHKEITEN
Legen Sie fest, wer in der Gemeinde für Social Media verantwortlich sein soll und wer die Aktivitäten steuert.

6 CROSSMEDIALER MEDIENMIX
Social Media sollte nicht für sich alleine stehen, sondern mit der bereits bestehenden Öffentlichkeitsarbeit verbunden werden. Nutzen Sie Synergien.

7 PROFILANGABEN
Prüfen Sie, welche Angaben, etwa ein Impressum, rechtlich nötig sind.

8 KRITIK
Entscheiden Sie bereits frühzeitig, wie Sie mit schlechten Kommentaren umgehen wollen

9 INTERAKTION
Um bekannter zu werden, können Sie andere Seiten teilen und Beiträge kommentieren.

10 ERFOLGSMESSUNG

Es ist allerdings nicht so, dass man nur positive Meldungen oder Wohlfühlthemen bringen darf. Das zeigt Hard am Bodensee, wo das Thema der Aufnahme von Flüchtlingen auf der Facebook-Seite thematisiert wurde. Durch die offensive Herangehensweise gelang es der Gemeinde, ihr Profil zu schärfen und die Themenführerschaft zu übernehmen.

Wer als Gemeindevertreter persönlich in sozialen Netzwerken präsent ist, sollte authentisch bleiben. „Der Auftritt muss auch mit der eigenen Persönlichkeit zusammenpassen. Es wirkt nicht gut, wenn man auf Facebook den Kasperl gibt und im richtigen Leben mit Anzug und Krawatte auftritt“, meint Hannes Pressl. „Es bringt auch nichts, jeden Schwank aus dem eigenen Leben zu posten, sondern man braucht eine redaktionelle Grundlinie, wie man kommunizieren will.“

Wichtig: Ein Bild sagt mehr als tausend Worte. Der Grund dafür ist, dass 83 Prozent aller Informationen mit den Augen wahrgenommen werden. Das menschliche Gehirn verarbeitet lieber visuelle Darstellung als Texte. Gerade der jungen „Generation Smartphone“ fällt es immer schwerer, sich dauerhaft auf nur eine Sache, wie das Lesen eines Textes, zu konzentrieren.

Noch besser wahrgenommen werden Videos. Sie sind, wenn es um das Übermitteln von Informationen geht, um elf Prozent effektiver als statische Bilder.

Keine Angst vor Problemen. Vielfach haben Gemeinden Angst, dass Querulanten Tür und Tor geöffnet wird, wenn man ihnen in den sozialen Netzwerken die Möglichkeit zur Interaktion bietet.

Warum sich nicht fürchten muss, erläutert Ingrid Brodnig, Journalistin und von der Bundesregierung ernannte „digitale Botschafterin“ Österreichs in der EU, anhand eines Beispiels: „Die Wiener Linien haben vor einigen Jahren eine Facebook-Seite gegründet, weil den Verantwortlichen klar war, dass sich die Fahrgäste über Probleme oder Verspätungen sowieso in den Sozialen Medien aufregen. Da ist es besser, sie machen das gleich auf der Seite der Wiener Linien, weil man da wenigstens reagieren kann.“ Die Lehre daraus: „Sie dürfen nicht glauben, dass die Menschen nicht über ihre Gemeinde sprechen, nur weil die Gemeinde nicht auf Facebook ist.“

Die Sozialen Medien eignen sich auch gut dafür, Gerüchten oder „Fake-News“ entgegenzutreten. Ingrid Brodnig bringt wieder ein Beispiel: „In Waidhofen an der Thaya hatte ein junger Mann gepostet, dass er nach dem Geldabheben vor der Raiffeisen-Filiale von einem Flüchtling ausgeraubt worden war. Wenn man nicht einmal sicher Geld abheben kann, wäre das für die Bank schlecht gewesen. Videoaufzeichnungen bewiesen aber, dass das nicht stimmte und die Bank konnte das auf Facebook klarstellen.“

Die Geschichte ging aber noch weiter: Die **Niederösterreichischen Nachrichten** machten daraus einen Bericht mit dem Titel „Kein Überfall bei Raika Waidhofen“. Den Facebook-Artikel über diese Geschichte sah wiederum ZiB-Moderator Armin Wolf, der ihn teilte und meinte, dass KEIN Überfall normalerweise keine interessante Story sei – in diesem Fall aber doch. Sein Posting bekam 1700 Likes – die größte Publicity, die die Raika Waidhofen jemals im Internet bekommen hat.

Voraussetzung für alle Social-Media-Aktivitäten ist aber schnelles Internet. Hier hakt es noch in vielen Regionen Österreichs. Es gibt zwar zahlreiche Initiativen, aber bis Breitband mit einer Übertragungsrate von mindestens 100 Mbit pro Sekunde flächendeckend vorhanden sein wird, wird es noch mindestens bis 2020 dauern.

MAG. HELMUT REINDL IST REDAKTEUR BEI KOMMUNAL.
helmut.reindl@kommunal.at

FOTOS/GRAFIK// shutterstock/Kommunal, Gemeinde Leobersorf, Gemeinde Ardagger/Gemeinde Telfs/Milestones

KOMMENTAR

DR. FRANZ NISTELBERGER ÜBER DATENSCHUTZ UND SOCIAL MEDIA

Es zählt der Grundsatz der **Datensparsamkeit**

Datenschutz gewinnt mehr und mehr an Bedeutung! Ab 25.Mai 2018 wird die neue Datenschutz-Grundverordnung zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung, DSGVO) in Geltung treten.

Was bedeutet dies für den Gemeindebediensteten, der im Auftrag von Gemeinden in sozialen Netzwerken wie z. B. Facebook oder Messenger-Diensten wie Whats-App posten muss. Grundsätzlich gilt, dass dann, wenn man Dienste nutzt, eine Vielzahl von (privaten) Daten bekanntgegeben werden muss. Diese Daten werden naturgemäß gesammelt, um den Anbietern der (meistens kostenlosen) Netzwerk- bzw Messenger-Diensten, die Möglichkeit zum Geldverdienen zu verschaffen. So wie im privaten Bereich gilt auch im beruflichen, dass vom Grundsatz der „Datensparsamkeit“ auszugehen ist. Es sollen sohin so wenig wie möglich Daten bekanntgegeben werden, dies insbesondere wenn private Daten abgefragt werden.

Auch im Umgang mit sozialen Netzwerken und Messenger-Dienstleistungen gilt, dass entsprechend der Datenschutz-Grundverordnung zum Schutz der von den Daten betroffenen Personen jede Verarbeitung personenbezogener Daten rechtmäßig und nach Treu und Glauben erfolgen soll. Voraussetzung hiefür ist die Einwilligung der betroffenen Person und dass (gegebenenfalls) diese Einwilligung zu einem Verarbeitungsvorgang nachgewiesen werden muss. Auch im Umgang mit sozialen Netzwerken und Messenger-Diensten wird gelten, dass Datenverarbeiter verpflichtet sind, umfassend darüber zu informieren, von wem, auf welcher Rechtsgrundlage und zu welchem Zweck die Daten verarbeitet und an wen sie übermittelt werden. Dies ist deshalb sehr wichtig, weil damit die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass Betroffene ihre Rechte (Auskunft, Richtigstellung, Löschung, Widerspruch) ausüben können. Die Datenschutz-Grundverordnung schafft darüberhinaus auch ein „Recht auf Vergessenwerden“, und ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, wenn sich beispielsweise hinsichtlich der Richtigkeit von Daten Zweifel ergeben.

RA Dr. Franz Nistelberger ist Verbandsanwalt des nö. Gemeindebundes

POLITIK & RECHT

JUBIÄUM 70 JAHRE
Mehr Spielraum für die Zukunft
Seite 26

EU UND DER BREXIT
Der mehrjährige Finanzrahmen – die Quadratur des Kreises
Seite 34

DIE DATENSCHUTZ-GRUNDVERORDNUNG

DIE GEMEINDE MUSS WISSEN, **WAS SIE MIT DEN DATEN TUT**

Die „Datenschutz-Grundverordnung" (DSGVO) ist eines der aufwändigsten und komplexesten Projekte, das Gemeinden je zu bewältigen hatten. Wir zeigen auf, was zu tun ist, wie die Verordnung umzusetzen ist und welche Hilfestellungen es gibt.

TEXT// Helmut Reindl

Wo lauern die größten Gefahren, werde ich immer wieder gefragt. Ich sage: zuerst beim Menschen. Daher: Schulung, Information, Verständnis, Vorbeugen, Mind Setting. Verwaltung und Politik müssen in Umkehrung so mancher Gepflogenheiten an Datenminimierung denken und daran, dass der Datenschutz ein ureigenstes Recht der Menschen ist“, so Reinhard Haider, Amtsleiter von Kremsmünster und einer der IT-Zampanos der österreichischen Kommunalverwaltung, im Gespräch mit KOMMUNAL.

Natürlich gibt es ein öffentliches Interesse und Gesetze, aber darüber hinaus heißt es in Zukunft: Stopp. Haider: „Keine Datenweitergabe in Form von Jahrgangslisten an den Sportverein, keine Übernahme von Mail-Adressen der Buchhaltung in die Newsletterdatei, Opt-in-Verfahren als Standardprozess, Überdenken der WLAN-Lösungen etc.“

Herausfordernd wird das Recht auf Löschung von Daten, was mit tiefen Eingriffen in die IT-Prozesse verbunden ist. Hier ist die Unterscheidung zwischen berechtigtem Interesse und überwiegendem Interesse zu treffen. Und wie die Datenschutzbehörde zu vielen Themen steht, ist noch nicht bekannt. Auch mehrere Anfragen von KOMMUNAL an die Leitung der Datenschutzbehörde mit dem Ersuchen um ein Interview, in dem wir hofften, offene Fragen klären oder zumindest ansprechen zu können, wurden schlicht ignoriert.

Innerhalb der Verwaltung ist, so Haider, ein weiteres großes Thema die bessere Absicherung der (mobilen) Hardware wie verschlüsselte USB-Sticks und Festplatten oder bitlocker-gesicherte Notebooks sowie das Abschalten von Messenger-Diensten wie WhatsApp in der heutigen Form oder das heute doch sehr übliche „Bring your own Device“. Es sei gut gemeint, wenn der arbeitsame Mitarbeiter auf seinem privaten Notebook seinen beruflichen Mail-Account abrufen kann, aber die entstehende Sicherheitslücke ist in Zukunft nicht mehr tolerierbar. „Der gesetzlich geforderte Datenschutzbeauftragte kann aus Ressourcengründen nur von großen Verwaltungen gestellt werden, hier heißt es auslagern, was jedoch wieder externe Kosten mit sich bringt. Wichtig ist, dass gemeindeintern ein geschulter Datenschutzkoordinator zur Verfügung steht, der im Bedarfsfall zwischen der Behördenleitung und dem Datenschutzbeauftragten vermittelt.“

> WENN AB 25. MAI EIN BÜRGER WISSEN WILL, WELCHE SEINER DATEN GESPEICHERT SIND, DANN **MUSS DIE GEMEINDE INNERHALB EINES MONAT SEINE ANTWORT GEBEN KÖNNEN.“**

FOTO/shutterstock

Die Gemeinden Österreichs haben den Vorteil, dass in einem einzigartigen Projekt der Österreichische Gemeindebund, der Städtebund und das Bundeskanzleramt ein Sonderprojekt an die Security-Abteilung der FH Hagenberg beauftragt haben. Die Aufgabe war es, „Arbeitsbehelfe zu erarbeiten, die es den Gemeinden (Gemeindeverbänden) ermöglichen, in strukturierten und angeleiteten Schritten die für die Umsetzung von Datenschutzmaßnahmen erforderlichen organisatorischen und technischen Maßnahmen mit möglichst geringem Aufwand umzusetzen und damit die Vorgaben des neuen Datenschutzrechts zu erfüllen.“

Dieses Datenschutzprojekt ist seit 12. März 2018 abgeschlossen. Haider: „Einzeln hätten die Gemeinden die Anforderungen der DSGVO nicht stemmen können. Konkret erhält nun jede der 2100 Gemeinden in Österreich einen Self-Assessment-Fragebogen, ein vorausgefülltes Muster-Verarbeitungsverzeichnis für 95 Prozent aller Fälle im Gemeindedienst, einen Maßnahmenkatalog und einen Leitfaden über Betroffenenrechte. Bis zum 25. Mai ist noch viel zu tun.“ Was genau, erzählt Projektleiter Kolmhofer.

„Die Gemeinde muss wissen, was sie mit den Daten der Bürger tut. „Die größte Herausforderung war es, einen Katalog zu entwickeln, der für gleichermaßen für alle 2100 Städte und Gemeinden anwendbar ist, denn die Strukturen sind ja sehr unterschiedlich", erzählt der Hagenberger FH-Prof. DI Robert Kolmhofer, Leiter des Departments Sichere Informationssysteme, der maßgeblich an der Entstehung des Leitfadens und der Checkliste beteiligt war.

„Ein Problem war auch, dass die Datenschutz-Grundverordnung ja erst ab 25. Mai in Kraft ist und die Datenschutzbehörde bisher noch keine Aussagen gemacht hat, wie sie etwa die Qualität eines Arbeitsverzeichnisses bewerten wird. Klarerweise gibt es zu dem Thema auch noch keine Judikatur, sodass man sich nicht an Präzedenzfällen orientieren kann.

Kleine Gemeinden haben meist keine eigene IT-Abteilung und damit auch kein Personal, das sich um den Datenschutz kümmern kann. Und es ist meist auch kein Geld da, um jemand Fachkundigen mit dieser Aufgabe zu betrauen oder um die Dienstleistung zuzukaufen. Das war auch der Grund, warum das Bundeskanzleramt unser Projekt gefördert hat, weil man wollte, dass alle Gemeinden den Leitfaden verwenden dürfen.

In Wahrheit ändert sich durch die neue Gesetzeslage kaum etwas, denn das Datenschutzgesetz aus dem Jahr 2000 sieht den Großteil der jetzt anstehenden Maßnahmen bereits vor. Das betrifft etwa den Schutz personenbezogener Daten, die sichere Verwahrung oder das Verbot der Übertragung von Daten ohne Zustimmung. Lediglich der Strafrahmen erhöht sich drastisch.

Auch eine Videoüberwachung hätte schon bisher von der Datenschutzbehörde genehmigt werden müssen. In Zukunft muss für den Fall, dass eine systematische umfangreiche Überwachung voraussichtlich ein hohes Risiko zu Folge hätte und keine Maßnahmen zur Eindämmung dieses Risikos getroffen werden, die Datenschutzbehörde konsultiert werden.

Bisher mussten die Gemeinden eine Datenverarbeitungsregistermeldung machen. Jetzt müssen sie selbst das Verarbeitungsverzeichnis führen. Die Gemeinden müssen wissen, welche Daten sie verarbeiten, zu welchem Zweck und an wen die Daten weitergegeben werden. Man muss also wissen, was man mit den Daten der Bürger tut.

Für Standard- und Musteranwendungen – etwa Personalverwaltung oder Lohnverrechnung – musste man bisher keine Meldung machen. Man musste die Daten nur schützen. Jetzt muss »

> **„In Wahrheit ändert sich durch die neue Gesetzeslage kaum etwas**, denn das Datenschutzgesetz aus dem Jahr 2000 sieht den Großteil der jetzt anstehenden Maßnahmen bereits vor. Lediglich der Strafrahmen erhöht sich dramatisch."
>
> **Robert Kolmhofer,** Leiter des Departements Sichere Informationssysteme an der FH Hagenberg

WEM NÜTZT DIE EU-DATENSCHUTZ-GRUNDVERORDNUNG?

KLARE REGELUNGEN SIND NOTWENDIG

Vor vier Jahren von der EU-Kommission erlassen, kommt sie nun auch in Österreich an. Die Datenschutzgrundverordnung, kurz DSGVO, tritt am 25. Mai 2018 in Geltung.

Für den nationalen Gesetzgeber gibt es wenig Spielraum. Dessen ungeachtet sind noch einige Fragen offen und besonders die Datenschutzbehörde ist noch mit Verordnungen säumig.

Medial wurde viel darüber berichtet. Die hohen Strafen für Unternehmen, aber auch eventuelle zivilrechtliche Ansprüche gegen Gebietskörperschaften, sind in aller Munde. Eine Sensibilisierung bei Konsumenten und Unternehmen ist unbestritten notwendig und längst überfällig. Zwar hat es ja schon bisher einen Datenschutz gegeben, aber so richtig bewusst war es uns wohl allen nicht. Die rasante Entwicklung im Bereich der sozialen Medien und die Digitalisierung aller Lebensbereiche haben die Thematik befeuert. Die Datenverarbeitung und kommerzielle Nutzung unserer Daten erweist sich für viele als Problem. Datennutzung ist auch in der Politik angekommen. In Österreich, aber noch viel mehr in Amerika, wo damit Wahlen gewonnen, aber auch verloren werden. Aktuell werden in Amerika Untersuchungen gegen eine Datenanalyse-Firma eingeleitet, die private Informationen von 50 Millionen Facebook-Nutzern ohne deren Zustimmung dazu genutzt hat, ein Programm zu erstellen, mit dem Wahlentscheidungen vorhergesagt und beeinflusst werden können.

Klare Regelungen sind daher notwendig. Die EU-Datenschutzgrundverordnung kann aber wohl nur den Umgang mit Daten in Europa regeln. Die meisten der großen Anbieter, von Facebook über Twitter bis zu Whatsapp oder im kommerziellen Bereich Amazon, sitzen aber nicht in Europa bzw. verarbeiten die Daten ihrer Nutzer in Amerika. Und dort gelten bekanntlich andere Spielregeln. Nicht zu vergessen, dass die Nutzung derartiger Dienste freiwillig erfolgt. Keiner zwingt uns, auf Facebook oder Twitter zu sein und uns über diese Kanäle auszutauschen und viele Informationen von uns preiszugeben oder nur mehr im „Internet“ einzukaufen. Jetzt bin ich kein Realitätsverweigerer und mir durchaus bewusst, dass man ohne digitale Medien mit all ihren Risiken und Chancen in vielen Bereichen sehr bald im „Out“ steht. Aber was nutzen strenge Regeln in Europa, wenn unsere Daten in Amerika liegen und dort eifrig genutzt und verwendet werden. Den Umgang mit Daten in China oder dem Rest der Welt mag ich fast nicht erwähnen. Aber es wäre eine Illusion, zu glauben, dass dort unsere Daten keine Verwendung fänden.

Ein zweiter Aspekt ist, dass die EU-Datenschutzgrundverordnung für alle gilt. Ob Unternehmen oder Gebietskörperschaften, ob groß oder klein. Viele Klein- und Mittelbetriebe sind davon genauso betroffen wie unsere durchschnittlichen Gemeinden mit 2000 Einwohnern und viele kleine Vereine. Dabei stehen speziell die Gemeinden im Spannungsfeld zwischen Transparenz und Datenschutz. Transparenz-

„Gemeinden im Spannungsfeld zwischen Transparenz und Datenschutz: Transparenzregister sollen befüllt werden und Auskunftspflichten erfüllt werden. Gleichzeitig muss der Datenschutz gewahrt bleiben.“

HOFRAT DR. WALTER LEISS
ist Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes
walter.leiss@gemeindebund.gv.at

register sollen befüllt und Auskunftspflichten erfüllt werden. Gleichzeitig muss der Datenschutz gewahrt bleiben. Die Gemeinden verarbeiten hauptsächlich personenbezogene Daten in Erfüllung gesetzlicher Pflichten – Daten, die Gemeinden auch zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen. Der Servicegedanke steht dabei heute im Vordergrund. Nicht dass das in Zukunft nicht mehr möglich sein wird, aber der Aufwand, der damit verbunden ist, ist enorm, ohne dass dabei die Produktivität erhöht wird. Besuch von Schulungen, Ausfüllen von vielen Dokumenten und Erhöhung der Kosten, die Gemeinden nicht extra abgegolten bekommen. Eine neue Branche an Beratern ist entstanden, die allerdings auch bezahlt werden will.

So notwendig ein verantwortungsvoller Umgang mit Daten ist, befürchte ich, dass die Ziele der EU-Datenschutzgrundverordnung nicht erreicht werden. Die Großen sitzen entweder im EU-Ausland oder werden es sich richten. Die Gemeinden werden, wie in so vielen anderen Bereichen auch, brav umsetzen. Die wirklichen Probleme werden aber dadurch nicht gelöst.

Einen positiven Aspekt möchte ich allerdings auch anmerken: Die Befassung mit dem Datenschutz bringt hoffentlich auch mehr Bewusstsein für die Datensicherheit. Allzu sorglos ist nämlich unser Umgang mit diesem Thema. Fast täglich hören wir über Cyberattacken und den damit verbundenen Datendiebstahl. Davon betroffen sind Unternehmen wie auch öffentliche Stellen. Hier gilt es besonders wachsam zu sein und ein besonderes Augenmerk auf darauf zu lenken. Die Nutzung offener WLANs , die Nutzung privater IT im Amt und die Passwortsicherheit sind auch Themen, die EU-Datenschutzgrundverordnung behandelt und auch ernstgenommen werden müssen.

„Die Gemeinden werden die Verordnung, wie in so vielen anderen Bereichen auch, brav umsetzen. **Die wirklichen Probleme werden aber dadurch nicht gelöst.**“

„Wenn das Musterverarbeitungsverzeichnis zum Großteil passt, dann sollte man es einmal übernehmen und **bei Punkten, die geändert werden müssen, nacharbeiten.**“

man jede dieser Verarbeitungen selbst erheben und in das eigene Verarbeitungsverzeichnis aufnehmen. Daher ist auch das Musterverarbeitungsverzeichnis, das wir erstellt haben, fast hundert Seiten stark.

Das ist wichtig, denn wenn ab 25. Mai ein Bürger wissen will, welche seiner Daten gespeichert sind, dann muss die Gemeinde innerhalb eines Monats eine Antwort geben können.

Ein wichtiger Punkt sind auch die Datenminimierung und die Zweckbindung. Das heißt, dass man keine Daten erheben darf, die man nicht braucht. Wenn man beispielsweise online einen Fahrschein kauft, dann darf das Verkehrsunternehmen nicht auch die Adresse oder das Geburtsdatum verlangen. Denn wenn man das gleiche Ticket beim Automaten kauft, muss man die Daten auch nicht bekannt geben. Wenn man Daten erhebt, muss man auch bekanntgeben, wozu sie verwendet werden. Wenn man das nicht macht, kann man Schwierigkeiten bekommen.

Neu ist auch, dass man explizit beschreiben muss, welche Schutzmaßnahmen man ergriffen hat. Was in diesem Bereich zu tun ist, haben wir im Maßnahmenkatalog niedergeschrieben. So ist z. B. wichtig, dass man eine Passwortrichtlinie hat oder dass keine fremden Personen Zugang zu Informationen erhalten. Bisher waren diese Regeln nur sehr allgemein formuliert, jetzt sind sie verbindlicher.

Es geht auch nicht, dass man ohne vorhergehende Zustimmung Newsletter verschickt. Und man kann auch nicht vorher einfach eine E-Mail schicken und fragen, ob die Person Interesse an dem Newsletter hat.

Verboten ist künftig auch, im Kindergarten eine Liste aufzuhängen, aus der ersichtlich ist, welche Kinder Lebensmittelunverträglichkeiten haben. Das sind Gesundheitsdaten, die streng »

EU-DATENSCHUTZGRUNDVERORDNUNG

RECHTLICHE **ANOMALIEN**

Je freigiebiger die Bürger mit ihren Daten umgehen, desto restriktiver werden die Vorschriften zum Schutz personenbezogener Daten.

Zurückzuführen ist diese Anomalie freilich auf die zunehmende Gier international agierender Konzerne nach Daten und zugleich auf den immer sorgloseren Umgang des Einzelnen bei Verwendung von Social-Media und Messenger-Diensten.

Dass im Ergebnis eine kleine Gemeinde denselben Pflichten unterliegt wie Google, Amazon oder Facebook, erscheint ebenso anomal, wie die umfassenden Rechte, die dem Einzelnen eingeräumt werden, wenn man das Ausmaß der Sorglosigkeit desselben bedenkt, der nicht einmal davor zurückschreckt, hochsensible Daten im Wege eines am Handy installierten Iris-Scanners, eines Gesichtskennungsprogramms oder eines Fingerprint-Scanners preiszugeben.

Nicht zuletzt, da die Politik die rasante Entwicklung der Social-Media-Dienste verschlafen hat, ergibt sich die anomale Situation, dass nicht nur jene, die Social-Media und Messenger Dienste anbieten, sondern nahezu alle, die heute diese Dienste nutzen, gegen das Datenschutzrecht verstoßen.

Da sich zahlreiche Messenger-Dienste Zugriff auf sämtliche Kontaktdaten verschaffen, ist die Zulässigkeit der damit verbundenen Datenweitergabe – zumeist an US-amerikanische Server – grundsätzlich von der Zustimmung der Betroffenen bzw. all jener abhängig, deren Daten in den Kontaktlisten gespeichert sind.

Zwar legt die EU-Datenschutz-Grundverordnung in Art. 2 Abs. 2 lit c (sachlicher Anwendungsbereich) fest, dass die Verordnung keine Anwendung findet, wenn personenbezogene Daten durch „natürliche Personen zur Ausübung ausschließlich persönlicher oder familiärer Tätigkeiten verarbeitet werden“ und demgemäß daher die Datenverarbeitung keiner Zustimmung im Sinne der Datenschutzgrundverordnung bedarf. Das ändert aber – abgesehen von der Frage, ob diese Ausnahme hier überhaupt zutreffend ist – nichts daran, dass nahezu alle Nutzer von Messenger-Diensten Kontaktdaten haben, die nicht im persönlichen oder familiären Zusammenhang stehen. Dass man bei vielen Messenger-Diensten auch gegen die Nutzungsbestimmungen verstößt, da die Nutzung zumeist nicht für geschäftliche Zwecke erlaubt ist, ist dabei nur eine Randbemerkung.

> „Nicht nur jene, die Social-Media-Dienste anbieten, sondern **nahezu alle, die diese Dienste nutzen, verstoßen gegen das Datenschutzrecht.**“

MAG. BERNHARD HAUBENBERGER
ist Jurist beim Österreichischen Gemeindebund
bernhard.haubenberger@gemeindebund.gv.at

Eine weitere Anomalie, die schon längst einer abschließenden Klärung bedürfte, ergibt sich im Zusammenhang mit Lichtbildern:

Zweifelsohne handelt es sich bei Lichtbildern um personenbezogene Daten im Sinne des Datenschutzrechts. Eine über den familiären Kreis hinausgehende Veröffentlichung, Weitergabe oder Verarbeitung bedarf daher – so nicht ein anderer Erlaubnistatbestand vorliegt – einer Einwilligung. Da es sich beim Recht auf Datenschutz jedoch um ein höchstpersönliches Recht handelt, muss die Einwilligung von der betroffenen Person erfolgen.

Zwar löst die Datenschutzgrundverordnung

die bislang strittige Frage, ob ein Lichtbild ein sensibles Datum ist – laut Erwägungsgrund 51 „sollte die Verarbeitung von Lichtbildern nicht grundsätzlich als Verarbeitung besonderer Kategorien von personenbezogenen Daten angesehen werden“ – womit klargestellt ist, dass bloße Ablichtungen von Personen keine sensiblen Daten sind. All das ändert aber nichts daran, dass von der betroffenen Person selbst eine Einwilligung vorliegen muss.

Was bei Erwachsenen und mündig Minderjährigen kein Problem darstellt, entpuppt sich bei unmündig Minderjährigen als ein bislang ungelöstes – wenngleich vorwiegend rechtswissenschaftliches – Problem. Sollten nämlich Lichtbilder von Kindern unter 14 Jahre veröffentlicht werden, so kann eine Einwilligung durch diese mangels Einsichts- und Urteilsfähigkeit in der Regel nicht erfolgen. Infolge des höchstpersönlichen Rechts kann diese Einwilligung – so die Meinung eines Teils der Lehre – auch nicht durch die gesetzlichen Vertreter ersetzt werden. Wollte man diese Ansicht tatsächlich vertreten, so wären die Folgen fatal: Lichtbilder von Kindern unter 14 Jahre dürften in keiner Art und Weise veröffentlicht werden – gleich, ob in Kinderfilmen, in der Werbung, in der Vereinszeitung, auf der Homepage der Schule oder in Nachrichten etc.

Auch die Datenschutzgrundverordnung bringt zu dieser Frage keine Aufklärung. Diese bestimmt lediglich in Bezug auf „Dienste der Informationsgesellschaft“ (Artikel 8 Abs. 1), dass eine Datenverarbeitung zulässig ist, wenn eine Einwilligung durch die gesetzlichen Vertreter erteilt wird. Weshalb hier eine spezielle Regelung nur für den Bereich der „Dienste der Informationsgesellschaft“ geschaffen wurde, sich sonst aber kaum Anhaltspunkte finden, ist verwunderlich. Einzig Artikel 40 der Verordnung sowie der Erwägungsgrund 38 lassen darauf schließen, dass die Verordnung selbst von einer grundsätzlichen Möglichkeit einer ersatzweisen Einwilligung durch gesetzliche Vertreter ausgeht. Da auch die österreichische Judikatur – wohl auch aufgrund des zunehmend sorglosen Umgangs der Eltern mit den Daten ihrer Kinder – keine endgültigen Antworten gibt, sollte in dieser Frage rasch Licht ins Dunkel gebracht werden.

„Da auch die österreichische Judikatur – wohl auch aufgrund des zunehmend sorglosen Umgangs der Eltern mit den Daten ihrer Kinder – keine endgültigen Antworten gibt, **sollte in dieser Frage rasch Licht ins Dunkel gebracht werden.**“

„**Herausfordernd wird das Recht auf Löschung von Daten**, was mit tiefen Eingriffen in die IT-Prozesse verbunden ist.“

Reinhard Haider,
Amtsleiter von Kremsmünster

geschützt sind. Da kann es zivilrechtliche Klagen gegen die Gemeinde geben.

Was jetzt zu tun ist. Gemeinden, die sich bis jetzt mit dem Thema noch wenig beschäftigt haben, sollten unbedingt das Selfassessment machen, um beurteilen zu können, ob sie das Musterverarbeitungsverzeichnis eins zu eins übernehmen können oder ob sie es adaptieren müssen. Wenn das Musterverarbeitungsverzeichnis zum Großteil passt, dann sollte man es einmal übernehmen und bei Punkten, die geändert werden müssen, nacharbeiten.

Der zweite wichtige Punkt sind die Betroffenenrechte. Wenn ab 25. Mai jemand wissen will, welche Daten über ihn gespeichert sind, dann muss die Gemeinde darüber Auskunft geben können, natürlich müssen die Daten grundsätzlich auch gelöscht werden können, soweit nicht ein besonderer Hinderungsgrund vorliegt.

Aus dem Verarbeitungsverzeichnis ergeben sich, welche Schutzmaßnahmen zu treffen sind. Diese sollten auch wirklich umgesetzt werden. Wenn man etwa keine Clean-Desk-Policy machen kann, dann muss man eben dafür sorgen, dass die Türen versperrt sind.

MAG. HELMUT REINDL IST REDAKTEUR BEI KOMMUNAL.
helmut.reindl@kommunal.at

70 JAHRE ÖSTERREICHISCHER GEMEINDEBUND

FEIERLICHKEITEN **IM ZEICHEN DER ZUKUNFT**

Seinen 70er mit Blick auf die Zukunft zu feiern, dazu braucht es nicht nur Mut, sondern auch Selbstbewusstsein. Der Wunsch nach einem Plan für die Pflege stand im Mittelpunkt.

Zur Feier des 70-jährigen Bestehens des Österreichischen Gemeindebundes folgte Österreichs Politspitze dem Ruf der Gemeinden ins Palais Niederösterreich. Vor den mehr als 200 Gästen sprach der Gemeindebund-Chef weniger über die Vergangenheit, als vielmehr über die Zukunft.

Anhand dreier Gedanken skizzierte Riedl seine wichtigsten Forderungen für die Zukunft: Der erste Gedanke beschäftigte sich mit der Subsidiarität. „Wir brauchen hier ein ganz starkes Bekenntnis: Alles, was die kleinere Körperschaft bewältigen kann, soll eine größere nicht an sich ziehen“, fasste Riedl die Forderung zusammen. Dieses Bekenntnis zu Subsidiarität ist eng mit dem zweiten Gedanken, dem finanziellen Spielraum, verknüpft. „Die Gemeindeverwaltungen sind zu strikter Sparsamkeit aufgefordert, sollen gleichzeitig aber als größte öffentliche Investoren und als wichtiger Arbeitgeber einen wesentlichen wirtschaftlichen Impuls für die regionale Konjunktur liefern.“
Hinsichtlich des Pflegeregresses dankte er zwar für die zugesicherte Bereitschaft für Verhandlungen. Um die Pflegefinanzierung aber nachhaltig zu lösen, braucht es aus Sicht des Gemeindebund-Chefs einen Pflegekonvent, bei dem auch über die Attraktivierung der Pflege in den eigenen vier Wänden gesprochen werden muss.

Auch Gemeindebund muss sich modernisieren. Gemeindebund-Präsident Riedl appellierte in seiner Rede nicht nur an alle anderen, die Weichenfür die Zukunft zu stellen, sondern sorgt auch in der eigenen Organisation dafür, dass sie für die künftigen Herausforderungen gewappnet ist: „Unsere Entscheidungsstrukturen müssen schneller werden. Ich habe daher eine Reformgruppe eingesetzt, die sich bereits seit Wochen intensiv mit der organisatorischen und strukturellen Reform des Gemeindebundes befasst.“

Der Stellenwert des Gemeindebundes kann auch an der Prominenz abgelesen werden, die der Einladung gefolgt war. Bundeskanzler Sebastian Kurz, Bundespräsident a. D. Heinz Fischer, Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck, Staatssekretätin Karoline Edtstadler die Landeshauptleute Michael Häupl, Markus Wallner und Johanna Mikl-Leitner – um nur ein paar zu nennen.

ALLE Fotos // Gemeindebund / Jürg Christandl

Häupls Abschied, Wallners Kritik und Kurz' Angebot. Da er in wenigen Monaten nicht nur als Wiener Bürgermeister, sondern auch als Städtebund-Oberhaupt zurücktreten wird, nahm Michael Häupl seine Rede auch zum Anlass, für die jahrelange gute Zusammenarbeit zu danken. Vorarlbergs Landeshauptmann Markus Wallner kritisierte, dass öffentlich zuviel über die Kosten gesprochen wird. „Wir deklarieren ältere Mitbürger als Kostenproblem. Man muss die Kostenfrage ansprechen, aber es wäre eine rasche Klärung angebracht. Außerdem müssen wir eine Diskussion darüber führen, wie wir die ambulante Pflege zuhause stärken können." Daher unterstütze er die Forderung Riedls nach einem Pflege-Konvent.
Bundeskanzler Sebastian Kurz streckte den Gemeinden in seiner Rede die Hand entgegen: „Die Bürgermeister sind nicht nur wichtige Partner für die Bevölkerung, sondern auch für die Regierung. Österreich ist dann gut aufgestellt, wenn wir uns nicht gegenseitig behindern oder kritisieren, sondern wenn wir gemeinsame Wege finden."

Mehr auf www.gemeindebund.at

FACTS ZUM JUBILÄUM

RESOLUTION
Zum Thema Pflegeregress verabschiedete der Bundesvorstand des Gemeindebundes eine Resolution, die Sie auf **www.kommunal.at** herunterladen können.

FESTSCHRIFT
Dem Anlass entsprechend hat der Gemeindebund auch eine Festschrift herausgegeben, die nicht nur viele fundierte Blicke in die Zukunft wirft, sondern auch einen historischen Abriss „im Zeitraffer" bietet. Hier ist sie als PDF downloadbar.

goo.gl/omT2yK

70 JAHRE GEMEINDEBUND

EIN FESTAKT IN BILDERN

Im großen Sitzungssaal im Palais Niederösterreich in Wiens Herrengasse wurde in den vergangenen 100 Jahren mehrfach Österreichs Geschichte geschrieben. Ein würdiger Ort, um 70 Jahre Gemeindebund zu feiern.

Uraufführung. Die Militärmusik Niederösterreich intonierte den „Marsch für die Gemeinden und Städte" zu Ehren aller Gemeinden Österreichs.

WIR SIND NICHT DIE VERHINDERER, SONDERN DIE APPELLIERER AN DEN GESUNDEN HAUSVERSTAND."

Alfred Riedl, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, über die Rolle der Gemeinden in der Zukunft

BILDERGALERIE
Mehr Eindrücke vom Festakt auf **https://goo.gl/enBMvU**

ALLE Fotos // Gemeindebund / Jürg Christandl

EIN GESPRÄCH MIT MARKUS HENGSTSCHLÄGER

TALENTE WERDEN VON **GEMEINDEN GEFUNDEN**

„Mut ist die Devise.“ Das war das Schlusswort eines inspirierenden Vortrags von Prof. Markus Hengstschläger beim Festakt 70 Jahre Gemeindebund.

TEXT // Hans Braun

Mut ist die Devise. Aber woher nehmen, wenn er nicht da ist? In Österreich fehle es an der richtigen Fehlerkultur, wie Hengstschläger ausführte. Damit meint er, „dass Systeme fehlen, die eine Person nach einem Misserfolg oder einem ‚Straucheln mit der Geschäftsidee‘ dazu animieren, es nochmals zu versuchen.“ Der Mut zu einem Ansatz ist meist da, aber scheitert man – besonders, wenn die eigene Reputation im Spiel ist – fehlt den Meisten der Mut zu einem zweiten Versuch.

„Wenn wir die Jungend zu einem Wagnis animieren wollen“, so Hengstschläger, „brauchen wir ein flächendeckendes Konzept für die richtige Fehlerkultur. Das gilt für die Politik, aber auch in allen anderen Bereichen wie beispielsweise der Wirtschaft.“

Dass wir Bewährtes dabei nicht über Bord werfen sollen, mache das Ganze aber zu einer Gratwanderung. Das Wissen und die Fertigkeiten, um die vorhersehbare Zukunft zu bewältigen, sollte unbedingt bewahrt bleiben. Aber für den Anteil der unvorhersehbaren Zukunft muss man neue und vor allem flexible Wege beschreiten, um Antworten auf die neuen Fragen zu finden.

„Das Problem in Österreich ist oft, dass wir uns zu viel über bekannte Probleme den Kopf zerbrechen und sie immer wieder diskutieren. Eins plus Eins bleibt Zwei, darüber brauchen wir nicht mehr zu reden, das wissen wir. Wir wissen auch viel, was nicht funktioniert, weil wir es in der Vergangenheit schon versucht haben. Aber zu versuchen, Antworten auf das Neue zu finden, die Innovationen der Jugend nutzen, das ist die Zukunft.“

„Antworten auf das Neue zu finden, das ist die Zukunft.“

Markus Hengstschläger

FOTOS // Gemeindebund / Jürg Christandl

SCHNELL GEFRAGT

Wo stehen **die Gemeinden 2030?**

Die Gemeinden sind **erste Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger**. Das muss man unbedingt beibehalten und ausbauen.

Bgm. Ernst Schöpf, Präsident des Tiroler Gemeindeverbandes

Die zunehmende Komplexität macht es noch viel stärker erforderlich, dass die Gemeinden **stärker mit den anderen Gebietskörperschaften zusammenarbeiten**.

Bgm. Harald Köhlmeier, Präsident des Vorarlberger Gemeindeverbandes

Gemeinden sollten den **rasanten Wandel in die digitale Welt** mitmachen. Sie werden als Dienstleister auch künftig extrem wichtig sein.

Bgm. Erwin Dirnberger, Präsident des Steiermärkischen Gemeindebundes

Markus Hengstschläger (Mitte) im Gespräch mit Carina Rumpold vom Österreichischen Gemeindebund und dem Autor.

Um zu einer Gesellschaft zu kommen, die flexibel auf die Herausforderungen der Zukunft reagieren kann, ist Bildung einer der wichtigsten Ansätze, wenngleich Hengstschläger sofort einschränkt: „Wenn ich in einer Region schon einen bestimmten Rohstoff, eine tolle Infrastruktur habe, muss ich unbedingt darauf schauen, dass ich diesen Vorteil, dieses bewährte Wissen, diese Kompetenz auch nutze. Das dürfen wir nicht aus den Augen verlieren."

Aber Flexibilität ist wichtig, um neue Herausforderungen zu bewältigen. Und das geht nur über die Bildung. Hengstschläger: „Wir müssen dahin kommen, dass wir den Verlust einer Arbeit nicht nur als Katastrophe wahrnehmen, sondern auch als Chance, neue Dinge, neue Konzepte zu kreieren als Antwort auf die Fragen, die wir vielleicht noch gar nicht kennen. Und das wird nur über die Bildung funktionieren."

Bildung ist also die Kernherausforderung unserer Zeit. Auch hier hat Hengstschläger zwei Ansätze, einerseits, wie er es nennt, die „gerichtete Bildung". Darunter versteht er all jene Dinge, die „man können muss". Schreiben, Rechnen, Lesen fallen darunter. Flexibilität und Individualität sind Eigenschaften, die unter die „ungerichtete Bildung" fallen. Und meist haben wir keine Ahnung, wohin uns diese Fertigkeiten führen werden, aber sie sind unverzichtbar.

Das sei auch eine Kompetenz der Gemeinde. „Die außerschulische Bildung vor Ort hat sich schon immer und wird auch künftig mit der Kompetenzfindung beschäftigt sein. Viele unserer herausragenden Fertigkeiten lernt man nicht in der Schule, sondern außerhalb. Denken Sie an die Blasmusik oder an Fußball ... auch das politische Geschäft lernt man vor Ort und nicht in der Schule."

Aufgabe der Gemeinde wird es sein, Antwort auf die Fragen zu geben, wie das Kind beispielsweise in die Musikschule kommt. Besonderes Augenmerk muss aber – so Hengstschläger – darauf liegen, dass Bildung keine Frage des Geldes sein darf. Das Talent sollte zählen! Woher das Geld für das Instrument kommt, wenn sich die Eltern das nicht leisten können, das könnte die Gemeinde ermöglichen, das wäre auch ein Feld für Gemeindekooperationen.

Aber alles zusammen – traditionelle Fertigkeiten und flexible Individualität – kumuliert zu einem zusammengedröselten Seil, an dem wir alle ziehen. Selbst wenn ein kleiner Strang reißt, bleibt der Karren deswegen nicht stecken.

Die Gemeinden werden in Zukunft **noch stärker kooperieren müssen**, um die Qualität der Dienstleistungen für den Bürger zu vertretbaren Kosten aufrechterhalten zu können.

Markus Wallner,
Landeshauptmann von Vorarlberg

Ich würde mir manchmal wünschen, dass wir **dieses Land von Bürgermeistern verwalten lassen** könnten. Wir könnten zeigen, wie einfach es wäre, die Menschen zufrieden zu stellen und sie für die Politik zu begeistern.

Bgm. Rupert Dworak,
Präsident des Verbandes sozialdemokratischer Gemeindevertreter in NÖ

Wenn wir wüssten, wo wir 2030 stehen sollen, hätten wir schon viel gewonnen. Derzeit sind wir sehr getrieben, aber ich glaube, dass wir uns viel **mehr Gedanken darüber machen sollten, was wir eigentlich wollen**.

Bgm. Günther Mitterer,
Präsident Salzburger Gemeindeverband

SICHERHEITSKONFERENZ FÜR BÜRGERMEISTER

ES GIBT NICHT „EIN“ REZEPT

Sicherheit ist mehr denn je ein bestimmendes Thema. Städten und Gemeinden kommt große Verantwortung zu, wenn es um die subjektive und objektive Sicherheit der Bürger geht.

Aus Österreich nahm Vizebürgermeister Jörgen Vöringer aus Gumpoldskirchen an der Konferenz teil.

TEXT // Daniela Fraiss

Terroristische Anschläge und Attacken gegen Leib und Leben finden an öffentlichen Plätzen, auf Straßen, in Amtsgebäuden, bei Großveranstaltungen statt, also meist im örtlichen Verantwortungsbereich der Kommunen. Nachdem sich zahlreiche europäische Städte und Gemeinden bereits informell zum Erfahrungsaustausch zusammengeschlossen hatten, erweiterte die EU-Kommission den Kreis und lud Anfang März zu einer hochkarätig besetzten Sicherheitskonferenz für Bürgermeister.

Zwei Lösungsansätze. Dabei ging es v. a. um zwei Schwerpunkte: Bauliche Maßnahmen sowie Präventions- und Deradikaliserungsprogramme. Städte, in denen bereits Anschläge verübt wurden, kommen nicht umhin, in bauliche und Überwachungsmaßnahmen zu investieren: Nizza setzt auf Videoüberwachung und Security by Design auf stark frequentierten Plätzen und entlang der Strandpromenade, Oslo entwickelte einen Sicherheitsplan für Regierungsgebäude und reduziert mithilfe unauffälliger Barrieren wie Bepflanzung, Beleuchtung oder Sitzgelegenheiten die Zufahrtsmöglichkeiten für Fahrzeuge. Berlin baut die Videoüberwachung an neuralgischen Orten aus, sieht ein Bürgerbegehren zur flächendeckenden Videoüberwachung allerdings kritisch, und München investierte massiv in den Aufbau von Pollern rund um das Oktoberfestgelände.

Gleichzeitig ist aber vielen Verantwortlichen bewusst, dass Abwehr nur ein letztes Mittel ist und nicht der gesamte öffentliche Raum davon erfasst werden kann. Deshalb wird in Städten und Gemeinden zunehmend auf Prävention gesetzt. Wesentlich dabei: Die Zusammenarbeit von Sozialarbeitern und Polizei sowie gleicher Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt.

Aus Österreich nahm Vizebürgermeister Jörgen Vöhringer aus Gumpoldskirchen an der Konferenz teil. Wie er von der Konferenz erfuhr und was ihn zur Teilnahme motivierte, darüber berichtet er kurz hier: „Während meiner Zeit als EU-Gemeinderat wurde ich im Jahr 2013 zu einem Brüssel-Besuch eingeladen, um die unterschiedlichen Institutionen kennenzulernen. Als einer, der die EU leidenschaftlich vertritt, wurden mir die Prozesse und Abläufe der Entscheidungsfindung auf europäischer Ebene bewusster gemacht. Komplex ist es allemal, aber im Großen und Ganzen funktioniert es und die EU ist alternativlos.

Aber was an einem Ort funktioniert, ist anderswo mangels Akzeptanz undenkbar: Der mitunter immense Einsatz von Überwachungskameras im öffentlichen Raum ist dafür ein gutes Beispiel.

Das Thema ist jedenfalls komplex, ein allgemein gültiges Rezept gibt es nicht. Der Erfahrungsaustausch hat allerdings Möglichkeiten aufgezeigt, wie man Veranstaltungen schützen kann, was hilft und was definitiv nicht helfen wird.

MEHR INFOS AUF

http://europa.eu/rapid/press-release_STATEMENT-18-1661_en.htm

MAG. DANIELA FRAISS IST LEITERIN DES BRÜSSELER BÜROS DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES

BMF
BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN

Jetzt noch besser: FinanzOnline

BMF/Colourbox

FinanzOnline, Ihr Finanzamt im Internet: Technische Neuerungen und ein moderneres Erscheinungsbild machen diese Anwendung jetzt noch benutzerfreundlicher.

Einfach elektronisch

Der Servicegedanke bei FinanzOnline ist klar: Sie müssen keine Papieranträge mehr senden oder persönlich ins Finanzamt kommen, sondern können Ihre Steuerangelegenheiten online erledigen. Unkompliziert und sicher steht Ihnen FinanzOnline 24 Stunden am Tag, 365 Tage im Jahr kostenlos zur Verfügung und bedarf keiner speziellen Software.

Der gesamte Prozess verläuft elektronisch – von der Steuererklärung bis zum Bescheid und zur Zustellung. Über FinanzOnline stehen Sie in direktem Kontakt mit Ihrem Finanzamt – höchste Datensicherheit ist garantiert. Diese Form der Abwicklung spart Zeit sowie Verwaltungskosten und das ist uns wichtig.

Alle Details dazu finden Sie in unseren aktuellen Broschüren unter www.bmf.gv.at > Publikationen.

Fit für die Zukunft

Um auch in Zukunft für neue digitale Anforderungen gerüstet zu sein, wurde für die größte E-Government-Anwendung Österreichs ein verbessertes technisches Rahmenwerk geschaffen. Damit verbunden erscheint FinanzOnline in einem moderneren Design. Um für Sie bereits vertraute Abläufe nicht unnötig komplizierter zu machen, wurden bewährte Funktionen und die Logik des Systems beibehalten.

Einfacher Einstieg

Der Einstieg in FinanzOnline kann entweder mit Zugangskennungen oder mit Bürgerkarte erfolgen. Für den Einstieg mit Zugangskennungen benötigen Sie eine einmalige Registrierung, für den Einstieg mit Bürgerkarte nur eine für die Verwendung als Bürgerkarte aktivierte Chipkarte oder ein Mobiltelefon mit aktivierter Handy-Signatur.

Bereits über 4,5 Millionen nutzen FinanzOnline

Für Sie verbessert

- **Übersichtlichkeit:** Das Menü wurde optimiert und ist jetzt noch benutzerfreundlicher.
- **Responsive Design:** Die Darstellung passt sich allen Endgeräten automatisch an.
- **Suchfunktion:** Sämtliche Funktionen können nun wesentlich einfacher gefunden und ausgewählt werden.
- **Druckfunktionalität:** Jede Seite kann problemlos auf A4 gedruckt werden.
- **Quick Links:** Häufig verwendete Funktionen werden, ebenso wie Ihre aktuelle Arbeitnehmerveranlagung, als Quick Links angeboten.
- **Barrierefreiheit:** Vor allem Menschen mit Behinderung oder älteren Personen sollen Amtswege durch leicht zugängliche Internetangebote erleichtert werden. Das neue technische Rahmenwerk unterstützt die Web Accessibility Initiative-Konformität.

Entgeltliche Einschaltung

EUROPA UND DER MEHRJÄHRIGE FINANZRAHMEN

DIE QUADRATUR **DES KREISES**

Angebracht wäre, zuerst den nationalen Zugang zu klären und erst dann mit den Budgetverhandlungen zu beginnen. Eine Betrachtung.

Johanna Mikl-Leitner, Niederösterreichs Landeshauptfrau, will EU-Regionalförderungen auch in reichen Regionen behalten und macht deshalb persönlich Lobbying bei Kommissionspräsident Juncker. Bundeskanzler Sebastian Kurz und Europaminister Blümel sind gegen eine Erhöhung des österreichischen Nettobeitrags.
Die Landwirtschaftsministerin wiederum will beides: Agrarförderungen in derzeitiger Höhe und den österreichischen EU-Beitrag trotzdem einfrieren.

Allein die Wunschliste auf nationaler Ebene verdeutlicht, wie schwierig eine Einigung über den nächsten europäischen Finanzrahmen werden dürfte.

Auf der einen Seite steht eine Gruppe von Nettozahlern, darunter Österreich, Niederlande, Dänemark und Schweden, die trotz Brexit gegen eine Erhöhung der EU-Beiträge auftreten. Auf der anderen Seite stehen u. a. Deutschland und Frankreich, die sich eine neue Prioritätensetzung wünschen und bereit sind, dafür auch mehr zu zahlen.

Dann gibt es jene Länder, die besonders von den großen Ausgabenposten Regionalförderung/Kohäsionspolitik und Agrarpolitik profitieren und hier am besten alles beim Alten belassen wollen.

Und schließlich muss die EU-Kommission einen Vorschlag vorlegen, der es allen ein bisschen recht macht, gleichzeitig aber so realistisch ist, dass er im EU-Gesetzgebungsprozess zügig abgearbeitet werden kann. Nichts ist schlimmer als ein Haushalt, der nicht rechtzeitig beschlossen ist.

Die Quadratur des Kreises also.

LINKS ZUM THEMA

goo.gl/7t2zgY

Hier geht's zur Debatte über die politischen Prioritäten des mehrjährigen Finanzrahmens

Vorschlag der EU-Kommission folgt am 2. Mai.
Der konkrete Vorschlag für den mehrjährigen Finanzrahmen der Jahre 2021-2027 wird erst Anfang Mai präsentiert. Vorarbeiten und Reflexionspapiere zirkulieren aber schon seit längerem, die Staats- und Regierungschefs widmeten dem Thema im Februar einen eigenen „Leaders-Summit".

Der mehrjährige Finanzrahmen ist klar im Zusammenhang mit der EU-Zukunftsdebatte zu sehen, denn es stellt sich natürlich die Frage, wie vorhandene Mittel möglichst effizient einzusetzen sind, welche Politikbereiche in welchem Ausmaß weiter unterstützt werden und wie auf neue Herausforderungen reagiert werden kann. Weitermachen wie bisher? Weniger, aber effizienter? Oder doch viel mehr gemeinsames Handeln?

Die österreichischen Bundesländer, allen voran Niederösterreich, setzen sich stark für den Erhalt der Regionalförderung in allen europäischen Regionen ein. Eine Kürzung der Struktur- und Investitionsfonds, aus denen die Regionalpolitik bedient wird, steht überdeutlich im Raum. Hauptbetroffen wären reiche Regionen, die in Zukunft leer ausgehen könnten. Unterstützung der regionalen Wirtschaft oder die Umsetzung von Energie- und Klimaprojekten, die letztlich auch den Standortgemeinden Nutzen bringen, werden oft durch EU-Anschubfinanzierung und die Angst, EU-Förderungen zu verlieren, wenn

FOTO // Europäische Kommission // shutterstock/imagineeninx

Das Budget Europas ist ein Grund, beim EU-Kommissionspraäsident persönlich Lobbying zu betreiben: Johanna-Mikl-Leitner besucht Jean-Claude Juncker.

DER EU-HAUSHALT KURZ ERKLÄRT

Der Haushalt der EU wird auf sieben Jahre beschlossen. Die Vorlaufzeit ist beträchtlich, weshalb im Mai der Kommissionsvorschlag für den Haushalt 2021-2027 vorgelegt wird. Der derzeitige mehrjährige Finanzrahmen beläuft sich auf rund ein Prozent des Bruttonationaleinkommens der 28 EU-Mitglieder und macht rund zwei Prozent der gesamten öffentlichen Ausgaben in der EU aus. Der Großteil der Mittel stammt aus Beiträgen der Mitgliedstaaten. Der aktuelle Finanzrahmen 2014-2020 sieht maximale Ausgabenverpflichtungen von rund 960 Milliarden Euro vor, durch den Brexit würden in Zukunft jährlich etwa 13 Milliarden Euro fehlen.
Der EU-Haushalt ist vor allem ein Investitionsbudget, Ausgaben müssen ihre Entsprechung in der Kompetenzverteilung finden, große Kostentreiber wie Sozialausgaben oder die Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen sucht man daher vergebens. Die aktuell größten Ausgabenposten sind die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik sowie Regionalförderungen, die mit jeweils um die 40 Prozent der Gesamtausgaben zu Buche schlagen.

Mehr auf **http://ec.europa.eu/budget/mff/figures/index_de.cfm**

sie nicht abgeholt werden, erleichtert. Zwar profitieren nicht alle Gemeinden vom Kuchen, der EU-Regionalentwicklungsfonds EFRE schüttet aber über 536 Millionen Euro in den Bundesländern aus, im Zeitraum 2014–2020 kommen doch beträchtliche Summen auf lokaler Ebene an.

Ähnlich verhält es sich bei der Agrarförderung. Durch Direktzahlungen werden landwirtschaftliche Betriebe und somit Arbeitsplätze auf dem Land unterstützt, die ländliche Entwicklungspolitik fördert u. a. die wirtschaftliche Diversifizierung, Breitbandausbau im ländlichen Raum oder Dorferneuerung.

Ändern sich die Prioritäten auf europäischer Ebene, verschieben sich auch die Förderungen. Wenn mehr Geld für gemeinsamen Grenzschutz, Verteidigung, den digitalen Wandel, Forschung und Innovation oder Mobilitätsprogramme wie Erasmus+ ausgegeben wird, fließt absehbar weniger in den ländlichen Raum.

Wo bisher also Wirtschaftspolitik kofinanziert werden konnte, müssen wohlhabende Regionen in Zukunft mit Attraktivität, gut ausgebildeten Fachkräften und allenfalls eigenen Förderungen punkten.

Leider zeigt sich, dass zwar schon intensiv über die Mittelverteilung diskutiert wird, die Grundsatzdebatten jedoch hinterherhinken.

Denn auch wenn der nächste mehrjährige Finanzrahmen modernisiert und an neue Herausforderungen angepasst wird: Es sollte vorab kritisch hinterfragt und geklärt werden, ob neue Prioritäten in der Praxis so einfach umzusetzen sind bzw. ob zweckgebundene Gelder im gewünschten Ausmaß abgerufen werden können.

Und viele Mitgliedstaaten scheinen sich nicht mit der politischen Dimension von EU-Förderungen auseinanderzusetzen: Gewinnen Nettozahler mehr, wenn sie weniger einzahlen, dafür aber wichtige Förderungen verlieren? Oder könnte eine moderate Beitragserhöhung politisch sinnvoller sein, weil traditionelle Politikbereiche weiterhin bedient werden?

Hätte die englische Politik den Mut gehabt, Vor- und Nachteile der EU-Mitgliedschaft ehrlich zu kommunizieren und zu diskutieren, würde sich der Rest Europas diese Debatte womöglich ersparen.

Was sich die restlichen 27 jedoch nicht ersparen sollten, ist eine mehrdimensionale Betrachtung der eigenen Mitgliedschaft, bevor die Budgetverhandlungen so richtig losgehen.

Elektro-Mobilität aus erneuerbarer Energie ist ein wichtiger Beitrag zur Erreichung der europäischen Klima- und Energieziele.

AKTIONSPAKET FÖRDERT FUHRPARKUMSTELLUNG

BIS ZU 20.000 EURO

Im Zuge des Aktionspakets E-Mobilität ist die Anschaffung von kommunalen Elektro-Fahrzeugen förderfähig.

Besonders attraktiv für Gemeinden sind die Förderungen bis zu 20.000 Euro bei leichten E-Nutzfahrzeugen. Die Unterstützung setzt sich zusammen aus

- „E-Mobilitätsbonusanteil" der Importeure und des Sportfachhandels beim Ankauf des Fahrzeugs, unabhängig von etwaigen zusätzlichen Nachlässen
- E-Mobilitätsförderung des Bundes aus Mitteln des BMNT und BMVIT

Voraussetzung zur Förderung ist der Nachweis von 100 Prozent Strom aus erneuerbaren Energieträgern. Vor dem Kauf sollten unbedingt die Förderdetails unter www.umweltfoerderung.at beachtet werden. Die Fördereinreichung ist bis Jahresende möglich.

E-Mobilität in der Gemeinde starten. Neben den pauschalierten Förderungen bietet klimaaktiv mobil auch weiterhin die Möglichkeit, Mobilitätsprojekte in Gemeinden (E-Carsharing, Radinfrastruktur, etc.) einzureichen.
Das klimaaktiv mobil Beratungsprogramm für Gemeinden unterstützt kostenlos bei der Projektentwicklung: **www.klimaaktivmobil.at/gemeinden**

AKTIONSPAKET **ELEKTRO-MOBILITÄT**		BETRIEBE, GEMEINDEN, VEREINE	PRIVAT-PERSONEN
E-FAHRZEUG	**E-Kleinbusse** (M2) mehr als 9 zugelassene Personen inkl. Fahrer und ≤ 5 Tonnen höchstzulässigem Gesamtgewicht	20.000 EUR	-
	Leichtes E-Nutzfahrzeug (N1) >2,5 Tonnen und ≤ 3,5 Tonnen höchstzulässigem Gesamtgewicht	20.000 EUR	-
	E-Pkw (BEV, FCEV)	3.000 EUR	4.000 EUR
	Hybrid / Range Extender Pkw (PHEV, REEV, REX)	1.500 EUR	1.500 EUR
	E-Leichtfahrzeug (L2e, L5e, L6e, L7e)	1.000 EUR	
	E-Motorräder / E-Mopeds (L3e, L1e)	750 EUR	750 EUR
	E-Transportrad	500 EUR	-
	E-Fahrrad	200 EUR	-
E-LADESTATION	Normalladen Wallbox bis 22 kW / Standsäule bis 3,7 kW	200 EUR	200 EUR*
	Normalladen Standsäule 3,7-22 kW	1.000 EUR	-
	Beschleunigtes Laden Standsäule 22-43 kW	2.000 EUR	-
	Schnellladen > 43 kW / ≥ 50 kW	10.000 EUR	-

Summe der E-Mobilitätsförderungen (Importeure/Sportfachhandel, Bund) pro Fahrzeugkategorie (Stand 03/2018).
* Nur in Kombination mit E-Pkw-Kauf

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG DES BMNT

„Österreich Radelt zur Arbeit“ bringt mehr Bewegung in den Ort

FOTO // „Österreich Radelt zur Arbeit“

Österreich radelt zur Arbeit

Auch 2018 radelt Österreich wieder zur Arbeit. Wer im Radelmonat Mai einen Teil oder den ganzen Arbeitsweg mit dem Fahrrad zurücklegt, kann wieder tolle Preise gewinnen. Bei RadeltZurArbeit können ganzjährig die Kilometer eingetragen werden, daher startet schon jetzt mit vollem Schwung die neue Saison!
In Zweier- bis Vierer-Teams werden die Radfahrten zur Arbeit im Mai eingetragen. Wer mehr als die Hälfte der Arbeitstage das Fahrrad nutzt, hat die Chance ein klimaaktiv mobil Elektro-Fahrrad zu gewinnen. Für PendlerInnen zählt auch die Radfahrt zum Bahnhof oder zur Bushaltestelle bei Österreich Radelt zur Arbeit. Erstmals hat sich heuer eine Gemeinde als Partner der Kampagne angeschlossen und sich das Ziel gesetzt, die lokalen Betriebe aktiv zum Mitmachen zu bewegen. Vöcklabruck in Oberösterreich ist dadurch mit eigenem Webauftritt und Gemeinde-Challenge bei „Österreich Radelt zur Arbeit“ präsent. Für Gemeinden eine ideale Maßnahme, um mehr Bewegung in den Ort zu bringen.
www.radeltzurarbeit.at

Nachhaltige Mobilität im Tourismus

Der Tourismus in Österreich hat sich zu einer bedeutenden Branche entwickelt. 2017 verbrachten 43 Millionen Gäste ihren Urlaub in Österreich und blieben insgesamt 144,5 Millionen Nächte. Viele Tourismusregionen setzen heute schon auf nachhaltig verträgliche Mobilität.
Das BMNT und das BMVIT unterstützen die Umsetzung konkreter Maßnahmen und haben für PraktikerInnen die Anleitung „Wie wird meine Tourismusdestination nachhaltig mobil“ herausgegeben. Seit 2014 organisieren die Ministerien den jährlichen Tourismus-Mobilitätstag, der sich mit Fragen zu nachhaltiger Mobilität auseinandersetzt. Das klimaaktiv mobil Beratungsprogramm „Mobilitätsmanagement für Tourismus, Freizeit und Jugend“ – eine Initiative des BMNT – bietet attraktive Beratungs- und Förderangebote für klimafreundliche Mobilitätsprojekte in Gemeinden und Regionen:
www.klimaaktivmobil.at/tourismus

Der 5. Tourismus-Mobilitätstag am 16. Mai 2018 in Graz widmet sich dem Thema Kommunikation.
Falls Sie Interesse an diesen Veranstaltungen oder der Anleitung „Wie wird meine Tourismusdestination nachhaltig mobil?“ haben, kontaktieren Sie die Tourismus-Servicestelle unter **tourismusmobilitaet@bmnt.gv.at**

Kurz gemeldet

EMAS-PREIS 2018

Auch heuer werden die besten EMAS-Organisationen und Unternehmen für vorbildliches Umweltmanagement sowie die besten EMAS-UmweltmanagerInnen und Umweltteams ausgezeichnet. Die vier besten Umwelterklärungen und die vier besten UmweltmanagerInnen/Umweltteams werden von einer Fachjury ermittelt und am 25. September in Wien ausgezeichnet.
Die Einreichung ist ab sofort bis einschließlich 20. Mai möglich. Alle Infos unter
www.emas.gv.at > EMAS-Preis

ÖSTERREICHISCHER KLIMASCHUTZPREIS JUNIOR

Gesucht werden Projekte aus dem Schuljahr 2017/18, in denen sich Kinder und Jugendliche mit den Themen Klimaschutz, Energieverbrauch, sorgsamer Umgang mit Energie und Ressourcen, erneuerbare Energieträger, klimafreundliche Mobilität und Konsum/Lebensstil/Ernährung auseinandersetzen. Alle Infos und Einreichen unter
www.klimaschutzpreis.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG DES BMNT

GESTALTEN & ARBEITEN

E-MOBILITÄT
Elektrische Nutzfahrzeuge für Gemeinden
Seite 50

MÄHROBOTER
Ein Paradigmenwechsel ist im Gange
Seite 56

DIE AUTONOMEN SIND UNTER UNS!

Selbstfahrende Automobile sind nicht länger Zukunftsmusik, sondern Realität. Das gilt für Pkws aber auch zunehmend für Fahrzeuge wie Busse oder Shuttles. Auch auf Österreichs Straßen sind sie bereits zu bestaunen. Als öffentliche Verkehrsmittel haben sie das Potenzial, den ländlichen Raum zu revolutionieren.

FOTO/WILDBACH

TEXT / Andreas Hussak

Rund 150 Jahre nachdem die ersten Automobile – damals noch mit Dampf betrieben – erfunden wurden, trifft die Bezeichnung Automobil mehr denn je auf die so genannten Fahrzeuge zu. „Automobil“ ist griechisch-lateinischen Ursprungs und bedeutet „selbst bewegend“. Seinerzeit war diese Beschreibung eigentlich nur auf den Antrieb der Vehikel bezogen, heute hingegen trifft der Name den Nagel auf den Kopf. Selbstständig fahrende Fahrzeuge galten über viele Jahrzehnte hinweg als futuristische Vision, und die Vorstellung eines selbstständigen Autos übte auf viele Menschen eine ungeheure Faszination aus. Die erfolgreiche TV-Serie Knight Rider mit dem intelligenten selbstfahrenden K.I.T.T. als eigentlichem Star lebte von dieser Faszination. Heute schreiben wir das Jahr 2018 und die Fiktion wandelt sich zur Realität. Damit geht eine Veränderung in der allgemeinen Akzeptanz und Vorfreude einher, von grenzenloser Begeisterung hin zu Skepsis und zu Vorbehalten. Das hat mehrere Gründe, die einerseits den negativen Meldungen über missglückte Testfahrten mit teils fatalem Ausgang entspringen und andererseits der Ungewissheit gegenüber technischen und ethischen Problemstellungen, die zu einem Gutteil noch nicht einmal im Ansatz gelöst sind.

Im März gab es das weltweit erste tödliche Verkehrsopfer eines Unfalls mit einem autonom fahrenden Fahrzeug zu beklagen. In Arizona (USA) überfuhr ein Uber-Wagen eine Passantin, die mit ihrem Fahrrad die Straße querte. Die Frau hinter dem Steuer des Wagens (Fahrerin kann man ja schlecht sagen) hatte zu diesem Zeitpunkt ihren Blick ins Wageninnere gesenkt. Schon im Mai 2016 kam ein „Fahrer“ eines Tesla Model S‘ ums Leben, nachdem dessen Autopilot (der den Insassen allerdings noch nicht komplett aus seiner Pflicht entlässt) einen Sattelschlepper für ein Überkopfschild hielt und darunter durchrasierte. Vorfälle wie diese verunsichern und lassen Zweifel und Fragen aufkommen. Ethische Fragen zum Beispiel, wie Menschenleben zu bewerten sind. Fährt das Auto den Insassen besser gegen eine Mauer, ehe es ansonsten in eine Fußgängergruppe rasen würde? Wie sollen solche moralischen Entscheidungen durch Algorithmen gefällt werden können? Und wer möchte letztendlich auch tatsächlich in ein Auto einsteigen, das womöglich in Sekundenbruchteilen entscheidet, denjenigen ungefragt zu opfern? Bei den rechtlichen Fragen hingegen ist die Haftungsfrage besonders spannend. Wer ist dafür verantwortlich, wenn etwas passiert? Haftet das Unternehmen, das die autonomen Fahrzeuge entwickelt hat oder betreibt? Haftet letztendlich immer noch der Fahrer? Doch was, wenn es gar keinen menschlichen Fahrer mehr gibt? Antworten auf diese Fragen müssen erst noch gefunden werden. Die Expertenmeinungen dazu sehen jedenfalls höchst unterschiedlich aus.

ZAHLEN ZUM NAVYA ARAM

15
Passagiere
finden maximal in dem Minibus Platz, elf davon sitzend und vier stehend.

45
km/h
Höchstgeschwindigkeit schafft der Navya-Bus, im Testeinsatz fuhr er maximal 20 km/h.

2
Notfall-Buttons
sind in der Kabine vorhanden. Werden sie gedrückt, bleibt der Minibus stehen.

Gegenüber der Technologie muss ebenfalls noch Skepsis abgebaut werden. Läuft ein Auto, das von irgendwo aus ferngesteuert werden kann, nicht Gefahr gehackt und gekapert werden zu können, womöglich gar für kriminelle oder terroristische Zwecke? Wie leicht ist es wirklich, sein Leben einer Software anzuvertrauen, bei der ein simpler Bug tödliche Folgen haben kann? Einer Studie der deutschen Hochschule Kempten zufolge wahrscheinlich gar nicht leicht. Sie kam nämlich zu dem Ergebnis, dass bereits heutige Fahrassiszenzsysteme bei den Fahrern erheblichen, zusätzlichen Stress auslösen, anstatt dass sie Entspannung bringen. Grund dafür ist zum einen die aus der Hand gegebene Kontrolle und andererseits die noch nicht ausgereifte Technik.

In Salzburg feierte der erste autonom fahrende Minibus seine Österreich-Premiere. Rechts davon ein intelligentes Transportmittel einer früheren Generation. Beide halten vor Hindernissen selbstständig an.

Gleichwohl es noch viele ungeklärte Bedenken gibt, läuft die technische Entwicklung ungebremst weiter, denn die zu erwartenden Vorteile autonomer Fahrzeuge sind vielversprechend. Der Wandel hin zum vernetzten, selbstfahrenden Individualverkehr hat das Potenzial eine ähnliche Revolution auszulösen wie der Umstieg vom Pferdefuhrwerk auf das Kraftfahrzeug. Man erwartet weniger Unfälle, keine Staus, keine Parkplatzsuche (das Auto sucht ihn sich später selbst), höheren Fahrkomfort und nicht weniger als eine grundlegende Veränderung des Mobilitätsverhaltens. Speziell für den öffentlichen Verkehr bietet das autonome Fahren ganz neue Möglichkeiten.

Das selbstständige Steuern öffentlicher Verkehrsmittel ist nicht gänzlich neu. Flugzeuge verfügen seit langem über Autopiloten, und in 15 europäischen Städten transportieren autonom fahrende U-Bahnen pro Jahr über eine Milliarde Passagiere. Acht weitere Städte, darunter Wien, haben solche Linien in Planung. Werden auch Straßenfahrzeuge vollends selbstständig fahren können, bedeutet das in dichtbesiedelten Gebieten eine Entspannung des Platzmagels im öffentlichen Raum, für ländliche Gemeinden und zersiedelte Regionen aber kann es die lang ersehnte Lösung für ein ewiges Problem sein: das Überbrücken der letzten Meile, sprich den Lücken zwischen Wohnort, bestehendem öffentlichen Verkehrsnetz und Ziel. Ähnlich einem unbemannten Taxi, könnten Mini-Shuttles rund um die Uhr per App bestellbar sein und die Bewohner an jede beliebige Adresse im Gemeindegebiet, im Bezirk oder einem anderwertig definierten Radius bringen. Gut vorstellbar ist eine Nutzung gegen Pauschalgebühr, vergleichbar mit einer Jahresnetzkarte. Da die Personalkosten für Fahrer wegfallen und eine Software die Bewegungen und Raumaufteilung der Shuttles koordiniert und optimiert, ist ein kostendeckender Betrieb schon bei geringer Bevölkerungsdichte und niedrigem Passagieraufkommen realistisch. Heute ist man auf dem Land ohne Auto schnell aufgeschmissen. Künftig muss man womöglich keineswegs selbst motorisiert sein, um auch in ruralen Gebieten mobil zu sein. Beim Wirten im nächsten Ort wird man bedenkenlos sein drittes oder viertes Krügerl ordern können, denn ein Shuttle wird einen sicher von Haustür zu Haustür befördern. Die Oma kann die Eier wieder oben beim Bergbauern kaufen (fahren), und Jugendliche müssen sich ihre Ausbildungsstätten nicht nur aus jenen mit den gerade noch zumutbaren Schulwegen aussuchen.

Autonome Minibusse mit Platz für etwa 10 bis 17 Passagiere könnten Linien bedienen, für die sich ein bemannter Bus niemals rentieren »

In Tallin wurden für die autonom fahrenden Minibusse der französischen Firma Easymile noch eigene Fahrstreifen abgegrenzt. In Zukunft sollen sich die Cybercars vollständig in das Verkehrsgeschehen einordnen können.

würde, und sie tun es bereits. Die Entwicklung solcher Großkabinenroller, auch Cybercars genannt, ist verhältnismäßig weit fortgeschritten und das Beschränken auf klar abgegrenzte und fix definierte Routen erleichtert der Software das „Einstudieren" der Strecke. Bei etlichen Pilotprojekten kann die Öffentlichkeit die autonomen Minibusse bereits benützen. In Berlin fährt auf dem Campus des Innovationszentrums für Mobilität und gesellschaftlichen Wandel das autonome E-Shuttle „Olli" von Local Motors im Halbstundentakt. Demnächst möchte die Berliner Verkehrsgemeinschaft (BVG) zudem vier Busse auf dem Campus der Charité einsetzen. Im niederbayerischen Kurort Bad Birnbach pendelt der Minibus EZ10 im Auftrag der Deutschen Bahn zwischen dem Bahnhof, dem Ortszentrum und der Therme. Anlässlich des estnischen EU-Ratspräsidentschaft eröffnete im vergangenen Sommer eine Linie selbstfahrender Minibusse in der Hauptstadt Tallinn. Der Frankfurter Flughafen hat ähnliche Minibusse auf seinem Gelände im Einsatz, und in der Schweiz werden die Bürger von zwei autonom fahrenden Kleinbussen durch die Innenstadt von Sitten chauffiert.

Auch in heimischen Gefilden gibt es immer wieder die Gelegenheit, das Mitfahren in selbstfahrenden Bussen auszuprobieren. Anfang Februar konnte man in Klagenfurt mit dem Navya Smart Shuttle eine Runde über den Neuen Platz rollen. Bereits im September kurvte man drei Tage lang autonom durch Pörtschach. Die Wiener Linien beginnen heuer den Testbetrieb einer Minibus-Linie als Zubringer zur U-BahnStation in der Seestadt Aspern und wollen damit 2019 in den Regelbetrieb übergehen. In Koppl im Salzburger Flachgau fanden schon im vergangenen Mai Testfahrten statt, und in der Stadt Salzburg präsentierte man einen autonomen Minibus bereits im Oktober 2016.

> „Autonome Minibusse mit Platz für etwa 10 bis 17 Passagiere könnten Linien bedienen, **für die sich ein bemannter Bus niemals rentieren würde**.

Man kann den Eindruck gewinnen, die autonomen Öffis wären drauf und dran sich ihren Platz im Verkehrssystem zu erobern. Doch so weit ist es noch nicht wirklich. Die genannten Testfahrten in Österreich wurden alle mit dem gleichen Typ Minibus durchgeführt. Die Modelle des französischen Herstellers Navya sind verhältnismäßig weit fortgeschritten, und dennoch kaum der Krabbelstube entwachsen. Auch sie kämpfen noch mit mehreren gravierenden Herausforderungen. So war es auch ein Navya-Minibus, der in Sitten einen Unfall verursachte, indem er gegen die hochgeklappte Heckklappe eines Lieferwagens stieß. Sowohl die Sensoren als auch

FOTO / Aron Urb (EU2017EE)

Der Mercedes-Benz Future-Bus (basierend auf dem Citaro) fährt in den Niederlanden zwischen dem Flughafen Schiphol und der Stadt Haarlem teilautomatisiert. Ein Fahrer ist zwar anwesend, greift aber kaum noch ein.

der zur Sicherheit mitfahrende Wagenbetreuer haben das Hindernis nicht bemerkt.

Für alle Fahrzeuge gleichermaßen problematisch ist die richtige Erfassung und Verarbeitung von Umgebungsdaten. So gäbe es zwar Sensoren, die mittels Laser-Reflektionen sogar um die Ecke blicken könnten, allein die Umrechnung der empfangenen Daten in ein dreidimensionales Bild dauert noch Minuten bis Stunden.
Der Navya-Bus besitzt eine Multi-Sensor-Technologie und ist unter anderem mit GPS, knapp einem Dutzend (Stereo-)Kameras und LIDAR-Sensoren bestückt. Trotzdem tut auch er sich mit dem Albtraum aller Selbstfahrsysteme schwer: den einfach unberechenbaren Tieren und Fußgängern. Deshalb bekamen die Testfahrzeuge bislang zumeist abgegrenzte Straßenabschnitte zugewiesen, um nicht zu sehr verwirrt zu wer- »

DER NEUE
ELEKTROTRANSPORTER
FÜR IHRE GEMEINDE

In Zeiten des Klimawandels bietet die Elektromobilität speziell für Gemeinden und Unternehmen eine große Chance. Abgesehen vom positiven und innovativen Image stehen die beachtlichen Vorteile von Elektrotransportern im Vordergrund. Mit unserer mehr als 40jährigen Erfahrung können wir individuelle Anpassungen an die Bedürfnisse jeder Gemeinde ermöglich.

VORTEILE:
- **Geringe Verwaltungs- und Instandhaltungskosten**
- **Geringe Wartungskosten**
- **Schadstofffrei und Lärmfrei**
- **Förderungsmöglichkeiten**
- **Möglichkeit Synergien durch die Nutzung von PV-Anlagen oder anderen erneuerbaren Energiequellen zu generieren**

Carello
ELEKTRO-KLEINTRANSPORTER

Fordern Sie noch heute unser Elektro-Transporter-Prospekt an und lassen Sie sich von unserer umfangreichen Produktpalette überzeugen! **Gerne können Sie unsere Elektrotransporter bei einer Vorführung in Ihrer Gemeinde kostenlos ausprobieren und testen!**

Infotelefon
03385/8282-0
Graf Carello, Nestelbach 77, A-8262 Ilz

den. In Koppl hat man übrigens die Stoppschilder als größte Herausforderungen identifiziert, sowie das Abbiegen nach links aufgrund des Gegenverkehrs. Eine verlässliche Alltagstauglichkeit ist derzeit noch keinesfalls gegeben. Wann die autonomen Fahrzeuge die manuell zu steuernden Kfz verdrängen und ersetzen werden, ist schwer zu prognostizieren. Im April wird Kalifornien aller Wahrscheinlichkeit nach erstmals unbemannte Fahrzeuge im normalen Straßenverkehr erlauben. Sebastian Obrecht vom ARBÖ zeigt sich dennoch davon überzeugt, „dass selbstfahrende Autos nicht vor 20 bis 30 Jahren für den massenhaften Einsatz zugelassen sein werden". Irgendwann dazwischen wird es wohl soweit sein. Bis dahin darf man sich auf die kommenden Formen der Mobilität freuen, aber gegenwärtig ist es selbst für die „Early Adopters" unter den Gemeinden noch zu früh, sich konkrete Gedanken darüber zu machen, wie selbstfahrende Öffis eine baldige Lösung für die eigene Kommune sein könnten.

„Österreichische Autozulieferbetriebe sind in vielen Bereichen des automatisierten Fahrens international gefragt.

Im Auge behalten sollte man die weiteren Entwicklungen auf dem Gebiet der hochautomatisierten Fahrzeuge dennoch. Dazu muss man gar nicht in die Ferne schweifen. Die österreichischen Autozulieferbetriebe sind in vielen Bereichen des automatisierten Fahrens international gefragt. In der Steiermark wird auf der A2, der A9 und ab 2019 auch im Grazer Stadtgebiet eine der umfangreichsten öffentlichen Testumgebungen für automatisierte Fahrzeuge in Europa geschaffen. Der Zusammenschluss von Forschungseinrichtungen und Industriebetrieben aus dem steirischen Automobilcluster unter dem Namen „ALP.lab" will automatisierte Fahrsysteme im großen Stil entwickeln und sie als einen Wirtschaftsfaktor der Region etablieren. Unterstützt wird „ALP.lab" durch den „Aktionsplan automatisiertes Fahren" des Verkehrsministeriums. Für autonome Fahrsysteme muss man also nicht zwangsläufig über den großen Teich schielen.. Die werden auch hierzulande geschaffen, made in Austria.

STROM STATT BENZIN

AKKUGERÄTE SIND WIRTSCHAFTLICHER

FOTO / Pellenc Rasion

Der Profi-Rasenmäher von Pellenc mit 60 cm Mähbreite ist in drei Ausführungen erhältlich.

Umwelt- und Kostenbewusstsein gewinnen in der professionellen Grünpflege immer mehr an Bedeutung. Zur Erreichung strenger Vorgaben ist moderne Akkutechnologie immer mehr gefragt.

Die Palette von Pellenc, dem Pionier bei batteriebetriebenen Profi-Gartengeräten, umfasst neben Hecken- und Baumscheren, Freischneider, Motorsägen, Hochentaster, Jäthacke und Laubbläser nun auch einen in 3 Ausführungen erhältlichen Profi-Rasenmäher mit 60 cm Mähbreite. Neben sauberer Akkutechnologie stehen Arbeitnehmerschutz sowie Wirtschaftlichkeit im Fokus der Entwickler von Pellenc.

Niedrige Wartungskosten, vor allem aber niedrige Betriebskosten in der Höhe von ca. € 0,50 pro Tag sind weitere Argumente für den Umstieg auf moderne Akkugeräte. Schon die Einsparungen bei den Treibstoffkosten amortisieren die Kosten für Batterie und Geräte schnell.

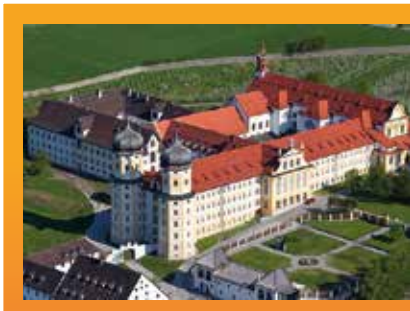
Ronald Hrnecek, Geschäftsführer der Firma Hochfilzer, Importeur von Pellenc in Österreich: „Neben Schutz von Anwendern, Anrainern und Umwelt, über die gesamte Betriebsdauer der Batterie werden immerhin bis zu 7000 Liter Benzin und bis zu 135 Liter Zweitakt-Öl eingespart, wird auch die Bedeutung der Wirtschaftlichkeit immer größer. Schlussendlich macht jeder zusätzliche Arbeitstag das System noch wirtschaftlicher!"

KONTAKT
HOCHFILZER GmbH & Co KG
Jutta Silberberger
Tel. +43 5338 8405-10
Fax: +43 5338 8405-33
jutta.silberberger@hochfilzer.com
www.hochfilzer.com

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

SCHÖNBRUNN - WIEN
HBLFA SCHÖNBRUNN
25. APRIL 2018

PREMSTÄTTEN – STMK
SKULPTURENPARK
8. MAI 2018



STAMS – TIROL
STIFT STAMS
16. MAI 2018

DIE EIGENE MEINUNG IST IMMER NOCH DIE BESTE!

Testen Sie das Husqvarna Professional Sortiment an unseren **3 exklusiven Testtagen**.

Es erwarten Sie modernste Grünflächenpflege-Geräte, Speis und Trank und ein praktisches Paar Arbeitshandschuhe als Dankeschön für Ihr Kommen.

JETZT KOSTENLOS ANMELDEN AUF
www.husqvarnaprofi.at

Husqvarna®
READY WHEN YOU ARE

VERKEHRSFORSCHUNG

WIE MOBILITÄTSVISIONEN **WIRKLICHKEIT WERDEN**

Digitalisierung und Mobilität stehen Mitte April vier Tage lang im Zentrum der Transport Research Arena in Wien. Unter dem Motto „A digital era for transport: solutions for society, economy and environment“ treffen sich bis zu 3000 nationale und internationale TeilnehmerInnen aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Forschung.

Selbstfahrende Fahrzeuge, autonome Busse im städtischen Verkehr, innovative Antriebsysteme für Pkw und Bahn, Elektromobilität, Vernetzung aller Verkehrssysteme, die Weiterentwicklung der Kommunikation zwischen Straße und Fahrzeugen oder innovative Mobilitätsknoten mit individuellen Letze-Meile-Konzepten bringen viele Veränderungen mit sich: Auswirkungen, Chancen und Risiken dieser neuen Ansätze und Lösungen müssen seitens Planer, Betreiber und Umsetzer weit im Vorfeld diskutiert, berechnet und bewertet werden. Die Mobilität wird sich bis zum Jahr 2030 massiv verändern und das Leben der Menschen beeinflussen.

Wien als Zentrum der Verkehrsforschung. Von 16. bis 19.April 2018 wird die TRA 2018, die größte europäische Verkehrsforschungskonferenz, Herausforderungen wie die Reduktion negativer Auswirkungen fossiler Brennstoffe im Verkehr oder Ausweitung der Datennutzung thematisieren. Organisiert wird diese Veranstaltung vom Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie gemeinsam mit dem AIT Austrian Institute of Technology und der AustriaTech, mit Unterstützung der Europäischen Kommission und den größten europäischen Technologieplattformen. Der Schwerpunkt der TRA 2018 liegt auf Trends wie die Digitalisierung und Dekarbonisierung des Transportsystems. Ziel ist es, gemeinsam zukunftsorientierte Szenarien mit bahnbrechenden digitalen und kohlenstoffarmen Technologien zu entwickeln, die sich positiv auf das Leben der Menschen, das Transportsystem und die Umwelt auswirken.

Diskutiert wird in einer offenen Arena, den internationalen TeilnehmerInnen werden unterschiedliche Formate geboten: Die Keynote hält der Futurist Gerd Leonhard. Weiters stehen von politischen Plenary Sessions zu strategisch ausgerichteten Diskussionsrunden an vier Tage auch rund 600 wissenschaftlich-technische Präsentationen zu zwölf Themen auf dem Programm. So werden Fachbereiche wie Umwelt und Energieeffizienz, Schienenverkehr & Schifffahrt, alternative Antriebssysteme, smarte urbane Mobilität & Logistik, Personenmobilität (Systeme und Dienstleistungen), Güterverkehr und Logistik, Transport Infrastruktur, vernetzte und automatisierte Mobilität, Digitale Technologien, sichere und widerstandsfähige Transportsysteme, aber auch die menschliche Dimension im Transport, Sozioökonomie, Innovation und Politik behandelt.

Die Lösungen von morgen schon heute erleben. Ergänzt wird die Konferenz durch eine

FACTS ZUR TRANSPORT RESEARCH ARENA (TRA) 2018

Die 7. Ausgabe der Transport Research Arena (TRA), die größte Europäische Verkehrsforschungs- und Technologiekonferenz, findet von 16. bis 19. April 2018 im Messezentrum Wien statt.

Die **Online-Registrierung** ist noch bis 8. April geöffnet, anschließend haben Kurzentschlossene die Möglichkeit, direkt vor Ort ein vergünstigtes Ticket zu erwerben. Das vollständige Programm sowie alle Highlights finden Sie unter **www.traconference.eu**

FOTO: FFG/Austriatech

7000 m² große Ausstellung, die rund 100 nationale und internationale Aussteller, Unternehmen sowie EU-Projekte beherbergt. Um BesucherInnen heuer erstmals die Möglichkeit zu geben, Forschungsergebnisse und -initiativen auch aus erster Hand zu erleben wurde ein spezieller Bereich geschaffen - die „Interactive Zone". Hier werden mehr als 40 Indoor- und Outdoor-Demonstrationen gezeigt. Die interaktiven Vermittlungskonzepte machen die komplexen Forschungsinhalte für die BesucherInnen greifbar und fördern den fachlichen Diskurs zu diesen Themen:

- Automatisierte und vernetzte Mobilität
- Infrastruktur und Asset-Management
- Schienenverkehr
- Multimodale Mobilität & Services
- Verkehrsmanagement & digitale Infrastruktur
- Luftfahrt

Darüber hinaus findet rund um die TRA2018 ein abwechslungsreiches Rahmenprogramm statt. Es werden beispielsweise zahlreiche Technische Touren angeboten sowie ein Gala Dinner im Wiener Rathaus veranstaltet.

KOMMUNAL ist Medienpartner der TRA 2018.

Auf **www.kommunal.at** finden Sie auch ein ausführliches Factsheet mit vielen Zusatzinformationen als PDF. oder Sie folgen dem QR-Code direkt zur Website des Veranstalters,.

www.traconference.eu

CTX CONTAINEX

Raum zum Wohlfühlen!

Ihre Vorteile:
- Flexible Raumlösungen für Kindergärten / Schulen / Sportvereine / Jugendzentren
- Wärmedämmung mit modernsten Materialien
- Attraktives Preis-Leistungsverhältnis
- Beratung vor Ort

Anwendungsbeispiele:
- Gruppenräume
- Aufenthalts- und Sozialräume
- Umkleideräume und Garderoben

RAUM sofort CONTAINEX www.containex.com

Kontaktieren Sie uns
Telefon: +43 2236 601-0 • E-Mail: ctx@containex.com
www.containex.com

PARTNER DER BBG BUNDESBESCHAFFUNG

FUHRPARK-MANAGEMENT

MIT SICHERHEIT **ELEKTRISCH UNTERWEGS** IN DER GEMEINDE

Die Umstellung auf E-Mobilität bringt ökonomische und ökologische Vorteile. Wie man diese am besten ausschöpfen kann, erklärt Marcus Fehringer, Innovationsmanager für den Bereich Infrastruktur & Transport der TÜV AUSTRIA Group im Interview mit KOMMUNAL.

Es ist unbestritten, dass die Elektromobilität zahlreiche Vorteile gegenüber den herkommlichen Antrieben der Gemeindefahrzeuge aufweist. Doch die Auswahl an E-Fahrzeugen, Ladestationen und Konzepten ist groß. Um das Potenzial der neuen Technologie bestmöglich zu nutzen, sollte man vorab eruieren, welche Modalitäten am besten zu den spezifischen Bedürfnissen und Anforderungen des eigenen Fuhrparks passen. Marcus Fehringer erklärt, wie TÜV AUSTRIA die Gemeinden dabei unterstützen kann.

Herr Fehringer, warum soll eine Gemeinde ihren Fuhrpark überhaupt umstellen?
Emissionsfreie und lärmarme E-Fahrzeuge bilden einen wichtigen Baustein für die Mobilität der Zukunft – immer mehr Unternehmen und Privatpersonen setzen bereits auf elektrisch angetriebene Fahrzeuge. Auch in Gemeinden wird ökonomisch und ökologisch effiziente Mobilität ein immer wichtigeres Thema. In einem kommunalen Fuhrpark und dessen Organisation kann neben CO_2 auch bares Geld eingespart werden.

Was muss bei der Umstellung des Gemeinde-Fuhrparks berücksichtigt werden?
Bei der Umstellung des Fuhrparks gibt es einige Faktoren, die zu beachten sind – diese hängen von individuellen Anforderungen und Bedürfnissen der Nutzer ab. Neben der Frage nach den richtigen Fahrzeugen und der dazu passenden Ladeinfrastruktur gilt es unter anderem, mögliche Förderungen bzw. Steuervorteile, zusätzliche Mobilitätsalternativen (z. B. E-Fahrräder) sowie die Administration im Auge zu behalten. Eine ganzheitliche Betrachtung dieser Faktoren ist für die Entwicklung zum Fuhrpark der Zukunft unumgänglich, daher begleiten wir als TÜV AUSTRIA auch bei der Veränderung des Mobilitätsverhaltens, welches die E-Mobilität mit sich bringt.

Als neutraler Dritter hilft der TÜV AUSTRIA, den Gemeinden die richtige Wahl von e-Fahrzeugen und Ladeinfrastuktur zu ermitteln. Das Gesamtpaket von der Planung bis zur Administration wird unter dem Namen „e-fleet" angeboten.

Wie finde ich die passenden E-Fahrzeuge für meinen Fuhrpark?
Mit der „e-fleet-Fahrprofilanalyse" kann erhoben werden, ob Potential für Elektromobilität besteht. Durch einen GPS-Logger werden Daten zum Mobilitätsverhalten der Nutzer erfasst und mit den realen Verbrauchswerten aller auf dem Markt befindlichen Serienfahrzeuge gegenübergestellt. Somit erhalten Sie eine genaue Aussage, ob das jeweilige E-Fahrzeug für das Fahrprofil

FOTOS // TÜV

passend ist oder auch nicht. Mit den Standorten der verfügbaren öffentlich zugänglichen Schnellladstationen kann analysiert werden, ob ein über die Reichweite hinausgehender Mobilitätsbedarf mittels Zwischenladung abgedeckt werden kann. Darüber hinaus werden die ökonomischen und ökologischen Potenziale der aufgewendeten Energie angeführt und Kostenvorteile deutlich gemacht.

Wie sieht dabei die richtige Ladeinfrastruktur für meine Gemeinde aus?
Derzeit befinden sich zahlreiche Ladeinfrastrukturlösungen auf dem Markt. Welche Lösung die richtige für Ihren Einsatz ist, hängt vor allem vom Bedarf, den Fahrzeugen im Fuhrpark und den Nutzungsprofilen ab. Wird das Fahrzeug über mehrere Stunden geladen, oder verweilt das Fahrzeug nur eine halbe Stunde an der Ladestation? Daraus kann unter anderem die Ladeleistung, die Ladeart (Wechselstrom (AC) oder Gleichstrom (DC)) und die Anzahl der Ladestellen abgeleitet werden. Zusätzliche Energiesysteme, wie Photovoltaik- und Speichersysteme, können den Einsatz von Ladestationen optimieren. Neben Anschaffungs- und Errichtungskosten gilt es stets die laufenden Kosten im Auge zu behalten.

„**In einem kommunalen Fuhrpark** kann neben CO_2 auch bares Geld eingespart werden."

Marcus Fehringer,
Innovationsmanager
Bereich Infrastruktur & Transport
TÜV AUSTRIA Group

Wie können Gemeinden von Ihrem Know-how profitieren?
Mit e-fleet bieten wir ein gesamtheitliches Dienstleistungsportfolio von der Beratung über die Konzeptentwicklung in Ihrer Gemeinde, die Begleitung in der Projektierung bis hin zur Umsetzung und Administration in Ihrer Gemeinde. Und das bei Fahrzeugen und Infrastruktur. Größter Vorteil dabei ist, dass wir als TÜV AUSTRIA als unabhängiger Dritter Leistungsangebote für Sie neutral aufbereiten und somit eine klare Entscheidungsgrundlage liefern.

www.tuv.at/gemeinde

TRA
TRANSPORT RESEARCH ARENA
VIENNA 2018
A digital era for transport
solutions for society, economy and environment

16.-19. April 2018
Reed Exhibitions Messe Wien

Holen Sie sich Ihr vergünstigtes Ticket!

Teilnehmen an der **Konferenz:**
Mit diesem Inserat erhalten Sie
- 1-Tages-Ticket um 255€ statt 285€
- 4-Tages-Ticket um 700€ statt 740€

Besuch der **Ausstellung** und der **Interaktiven Zone**: Mit diesem Inserat
- ab 14:00 Uhr um **10€** statt **20€**

Mobilitätsservices | Automatisiertes Fahren | Sharing Mobility | Digitalisierung | Elektromobilität | Gütertransport
ländliche und urbane Raum- und Verkehrsplanung | Innovative Mobilitätskonzepte | Erste und letzte Meile

www.traconference.eu

TRENDS BEI ELEKTRISCHEN NUTZFAHRZEUGEN

E-MOBILITÄT AUCH BEI NUTZFAHRZEUGEN STARK IM KOMMEN

E-Mobilität ist zweifellos das entscheidende Thema der Zukunft im Bereich der Fahrzeugtechnologie.

TEXT // Anna König / Reinhard Jellinek / Willy Raimund

Die Reichweite elektrisch betriebener Fahrzeuge steigt und es stehen immer mehr Ladestationen zur Verfügung. Zudem bietet das Förderpaket des Bundes und der Fahrzeugimporteure attraktive Kostenzuschüsse. Das zeigt sich auch in der Zulassungsstatistik: Österreich liegt bei den Neuzulassungen an E-Pkw im EU-Spitzenfeld. Doch wie sieht es bei Nutzfahrzeugen mit Batterie aus? Gibt es schon brauchbare Transporter, Lkw, Busse und Kommunalfahrzeuge, die elektrisch unterwegs sind?

EL-MOTION 2018: Branchentreff ganz im Fokus der E-Nutzfahrzeuge. Eine Antwort gab die achte Ausgabe der EL-MOTION-Konferenz, die am 31. Jänner und 1. Februar 2018 stattfand und sich diesmal schwerpunktmäßig den E-Nutzfahrzeugen widmete. Begleitet von einer umfangreichen Ausstellung, in der mehr als 40 Unternehmen ihre Lösungen und Angebote präsentierten, versammelten sich namhafte Vertreter der Hersteller und Betreiber, um sich über den aktuellen Stand der Technik und konkrete Anwendungen zu informieren. Der Erfahrungsaustausch zeigte: E-Mobilität ist eine spannende Alternative für Nutzfahrzeuge und Busse, gerade auch für Städte und Gemeinden, für die das Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus (BMNT) mit klimaaktiv mobil attraktive Fördermodelle anbietet.

Die wichtigsten Erkenntnisse aus der Konferenz sind:

> **„E-Mobilität ist eine spannende Alternative** für Nutzfahrzeuge und Busse, gerade auch für Städte und Gemeinden."

- Elektrische Nutzfahrzeuge sind aufgrund der typischerweise hohen Verbräuche und Kilometerleistungen besonders sinnvoll – sowohl wirtschaftlich als auch für Umwelt- und Klimaschutz.
- Es gibt vor allem bei E-Lkw viele Lösungen, aber noch wenige Modelle „von der Stange". Bei E-Bussen und Kleintransportern sind bereits deutlich mehr Serienmodelle verfügbar.
- Neben reinen Elektrofahrzeugen sind im Nutzfahrzeugsektor auch Hybridantriebe und Brennstoffzelle aufgrund der höheren Reichweite ein Thema.
- Für kommunale Anwendungen gibt es bereits eine Vielzahl an praktisch erprobten Angeboten für kompakte, geräuscharme und umweltfreundliche Elektrofahrzeuge.
- Wird der Strom dazu aus erneuerbaren Energiequellen produziert, ist Mobilität nahezu ohne Emissionen und Schadstoffe möglich!
- Erfahrungen aus der Praxis zeigen, dass sich der Umstieg auf Elektrofahrzeuge über den gesamten Lebenszyklus wirtschaftlich rechnet.

FOTO // shutterstock.com

Der leichte und kompakte Goupil G4 im Einsatz in Vöcklabruck.

Gießfahrzeug Modell ELI in Haus.

Der Nissan e-NV200 in Katzelsdorf.

Gemeinden setzen auf Elektro-Mobilität. Die Zahl der Vorreitergemeinden in Österreich, die auf elektrische Nutzfahrzeuge setzen, steigt stark an. Hier einige Beispiele

Stadtgemeinde Vöcklabruck: Elektro-Leichtfahrzeug. In der Stadtgemeinde Vöcklabruck ist für die Reinhaltung des Stadtgebietes ein Elektro-Leichtfahrzeug (Klasse L7e) des Modells Goupil G4 im Einsatz. Das besonders kompakte Nutzfahrzeug bietet eine Zuladung von bis zu 1200 kg und ist ideal für den „Stop & Go"-Betrieb geeignet. In Vöcklabruck wird es beispielsweise bei der Entleerung der öffentlichen Abfalleimer eingesetzt. Die täglichen Fahrten betragen zwischen 30 und 60 km im Stadtgebiet.

Marktgemeinde Haus: Leichtes Elektro-Nutzfahrzeug. In der Marktgemeinde Haus besitzt die Blumenpracht einen besonderen Stellenwert. Zur Blumenpflege setzt die Marktgemeinde auf zwei Elektrofahrzeuge: den Gemeindemitarbeiter/innen steht das in Österreich entwickelte und hergestellte Gießfahrzeug Modell ELI, das »

FOTOS // © Stadtgemeinde Vöcklabruck / © Marktgemeinde Haus / © Ing. Paul Draxler / © Stadtgemeinde Ansfelden

zusätzlich mit einem 850-Liter-Gießaufsatz ausgestattet ist, sowie ein kleines Transportfahrzeug für den Transport von Pflanzen, Erde und Werkzeug zur Verfügung.

Gemeinde Katzelsdorf: Leichtes Elektro-Nutzfahrzeug. Im Jahr 2017 wurde in Katzelsdorf als Ersatz für ein Dieselfahrzeug ein Nissan e-NV 200 angeschafft. Eingesetzt wird das neue Elektro-Nutzfahrzeug im Bauhof, beispielsweise für Reparaturarbeiten wie den Tausch von Wasserrohren oder zur Kontrolle der Wasserversorgung.

Die Akkuaufladung erfolgt über Nacht im Bauhof, somit steht das Fahrzeug tagsüber jederzeit einsatzbereit zur Verfügung. Die Reichweite von gut 130 Kilometer unter praxisnahen Rahmenbedingungen ist für den täglichen Einsatz in der Gemeinde absolut ausreichend – seit dem Jahr 2018 gibt es den Nissan e-NV200 auch mit einer noch größeren Batterie und 280 km Normreichweite. Durch den niedrigeren Energiebedarf sind die Betriebskosten für die Gemeinde deutlich geringer als bei herkömmlichen Fahrzeugen.

Stadtgemeinde Ansfelden: Elektro-Transportrad. In der Stadtgemeinde Ansfelden ist seit Anfang 2017 ein Elektro-Transportrad „Christiania" im Wirtschaftshof im Einsatz. Verwendet wird das Elektro-Transportrad für die Müllsammlung, zur Säuberung der öffentlichen Straßen und Plätze sowie für interne Transportwege im Wirtschaftshof. Geladen wird der Akku für den Elektro-Antrieb über Nacht unter Verwendung von Strom aus einer Photovoltaik-Anlage. Ein vollständig geladener Akku für den E-Antrieb reicht für einen ganzen Arbeitstag. Seit Februar 2017 wurden bereits 2850 km mit dem Elektro-Transportrad zurückgelegt.

In Ansfelden wird der Müll mit einem Elektro-Transportrad gesammelt.

CHECKBOX

klimaaktiv mobil Beratungsprogramm „Klimafreundliche Mobilität für Regionen, Städte und Gemeinden"

komobile Gmunden GmbH, DI Anna König, DI Helmut Koch
mobilitaetsmanagement@komobile.at;
Tel.: 07612/70911 13
www.klimaaktivmobil.at/gemeinden

klimaaktiv mobil Förderprogramm
Kommunalkredit Public Consulting GmbH
Serviceteam Verkehr
umwelt@kommunalkredit.at
Tel.: +43 1 31631 716

Serviceteam Elektro-Fahrzeuge
umwelt@kommunalkredit.at
Tel.: +43 1 31631 747

www.umweltfoerderung.at

Beratung und Förderung für Gemeinden. Die Praxiserfahrungen der Gemeinden mit der Umstellung auf Elektro-Mobilität sind durchwegs positiv. Und auch die Bandbreite der verfügbaren E-Fahrzeuge – vom Elektro-Transportrad bis zum leichten Nutzfahrzeug – wird immer größer. Für Gemeinden bietet das Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus über klimaaktiv mobil Beratungen bei der Umsetzung von klimafreundlichen Mobilitätsprojekten an. Vom Radverkehrsprojekt bis zur Fuhrparkumstellung stehen die ExpertInnen gerne Rede und Antwort (Kontakt siehe Checkbox).

Für die kommunale Fuhrparkumstellung sind im Aktionspaket Elektro-Mobilität auch 2018 attraktive Förderungen von bis zu 20.000 Euro pro Fahrzeug verfügbar. Weitere Details zu den Fördersätzen im Rahmen des Aktionspakets Elektro-Mobilität finden sich auf Seite 36 (Anm. BMNT Doppelseite mit den Infos zum Aktionspaket E-Mobilität).

DI ANNA KÖNIG ARBEITET BEIM VERKEHRSPLANUNGSBÜRO KOMOBILE
mobilitaetsmanagement@komobile.at

MAG. REINHARD JELLINEK IST EXPERTE FÜR MOBILITÄT BEI DER ÖSTERR. ENERGIEAGENTUR
reinhard.jellinek@energyagency.at

WILLY RAIMUND IST EXPERTE FÜR MOBILITÄT BEI DER ÖSTERR ENERGIEAGENTUR
willy.raimund@energyagency.at

FUHRPARK-MANAGEMENT

MOBIL MIT DER BBG

FOTO/ Dan Race/Fotolia

Stellen Sie sich vor, alle Fahrzeuge Ihrer Gemeinde parken auf einem Platz. Wie vielfältig wäre das Bild? Welchen Aufwand löst die Wartung und Instandhaltung aus? Wäre es nicht schön, hier einen verlässlichen Partner an der Seite zu haben? Die Bundesschaffung (BBG) steht Ihnen als verlässlicher Einkaufsdienstleister zu Seite. Wir haben die passenden Lösungen für Sie:

- Traktoren inkl. Anbaugeräte (GZ 2801.02906)
- Mannschaftstransportfahrzeuge (GZ 2801.02949): Neu seit Februar 2018 inklusive Zusatzausstattung, Aufbauoptionen, Ersatz- und Verschleißteile sowie Wartungsleistungen abrufen.
- Baggermaschinen (GZ 2801.02950)
- LKW, Anbaugeräte und Aufbauten (GZ 2801.02733
- alternativbetriebene Kraftfahrzeuge (GZ 2801.02734)
- Reifenmanagement (GZ 2801.02485)
- Tankkartensysteme (GZ 3099.01658)
- viele weitere Feuerwehrfahrzeuge

Unseren Einkaufs- und Vergaberechtsexperten ist es unter anderem gelungen, eine ganzheitliche, herstellerunabhängige Fuhrparkmanagementlösung auf den Weg zu bringen. Unsere Rahmenvereinbarung „Fuhrparkmanagement für alternativbetriebene Kraftfahrzeuge“ deckt von der initialen Fuhrparkberatung inkl. Machbarkeitsanalyse, über die Finanzierung und das Fuhrparkmanagement, bis hin zur Fahrzeugverwertung, den gesamten Lebenszyklus ab.

BBG
BUNDESBESCHAFFUNG

TIPP
Nützen Sie unseren e-Shop und besuchen Sie unsere „virtuelle Garage“. Entdecken Sie unser feuerwehrspezifisches Produktportfolio in der Themenwelt „Feuerwehren“.

Mehr Informationen unter **www.bbg.gv.at**

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

GENERALVERTRETUNG: 6250 Kundl, Weinberg 18
Tel. +43/5338/8405, Fax -32 ▪ info@hochfilzer.com

Hochfilzer
WIR SIND IHR PARTNER

FIAT PROFESSIONAL

WO PROFIS FÜR PROFIS ARBEITEN

Fiat Professional kann auf ein sehr erfolgreiches Jahr 2017 zurückblicken.

Mit mittlerweile über 100 Jahren Erfahrung konnte Fiat Professional eine führende Rolle in der Nutzfahrzeugbranche einnehmen.

Fiat Professional kann auf ein sehr erfolgreiches Jahr 2017 zurückblicken. Mit einer Steigerung von 26 Prozent (plus 1275 Fahrzeuge) im Vergleich zu 2016 konnten wir erneut einen Platz unter den Top 3 Nutzfahrzeugmarken erreichen. Unter anderem liegt das an der vielfältigen Auswahl von Fahrzeugen die 2016 mit dem Pick-up komplettiert wurde, und wir daher Varianten von einem bis 22 Kubikmeter anbieten können. Ganz besondere Umbauten und Fahrzeugindividualisierungen können bei der Fiat Professional Roadshow begutachtet werden.

Im ersten Jahr des Fullbacks konnten bereits sieben Prozent Segmentanteil erreicht werden, und das trotz ernstzunehmender Mitbewerber. Die herausragende Allradtechnik sowie das ansprechende Design sprechen aber für sich und machen den Fiat Professional Fullback zu einer Ikone.

Auch im größten Fuhrpark Österreichs sind wir stark mit unseren Fahrzeugen vertreten. Hier wird besonders auf die Betriebs- und Wartungskosten (TCO – total cost of ownership) geachtet. Dabei sind wir durch unseren starken Mix aus qualitativ hochwertigen Fahrzeugen und einem optimalen Service durch unsere Händlerpartner sehr gut aufgestellt. Alle unsere Kunden können sich auf unsere Fahrzeuge und unser Händlernetz verlassen, denn mit über 100 Verkaufs- und Servicestandorten können wir von Fiat Professional eine flächendeckende Betreuung sicherstellen.

Stefan Barth, Brand Country Director Fiat Professional

Außerdem gehören wir zu den größten Anbietern von Erdgas (CNG) betriebenen Fahrzeugen in Österreich, das, im Gegensatz zu Elektro, eine definierte Reichweite garantiert. Mit dem bivalenten Antrieb kann zudem auch noch auf Benzin zurückgegriffen werden, sofern widererwarten einmal keine CNG-Tankstelle in der Nähe ist.

Für eine beachtliche Statistik sorgt der Fiat Professional Ducato im Bereich der Camper. Ein Marktanteil von über 70 Prozent bedeutet, dass drei von vier Wohnwägen einen Ducato als Basisfahrzeug haben."

MEHR INFOS

Fiat Professional ist einer der führenden Nutzfahrzeughersteller Europas, ein Profi für Profis. Fiat bietet ein breites Modellangebot aus Versionen und Fahrzeugen, die mit moderner Technik geringsten Verbrauch ermöglichen und ebenso geringe Betriebskosten über den gesamten Lebenslauf des Fahrzeuges garantieren. Die von der Fiat Light Commercial Vehicles S.p.A. produzierten Autos zeichnen sich durch hohe Flexibilität und maximale Rentabilität aus und werden allen Transportbedürfnissen gerecht.

www.fiatprofessional.at

FIAT PROFESSIONAL

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

KOMMUNALE BESCHAFFUNG

GRÖSSTE AUSWAHL AN AKKU-GERÄTEN

Der Trend zum elektrischen Antrieb ist nicht nur in der Kfz-Technik feststellbar. Auch in der (kommunalen) Gerätetechnik sind Elektromotoren auf dem Vormarsch, nicht zuletzt aufgrund der großen Fortschritte, die Leistung und Effizienz von Akkus betreffend.

Auch in den heimischen Bauhöfen ist ein sukzessiver Austausch hin zu akkubetriebenen Geräten bemerkbar. Dem trägt auch Österreichs größter Online-Marktplatz für Gemeinden Rechnung. Die Plattform KOMMUNALBEDARF.AT bietet umfangreiche Produktsortimente verschiedenster Hersteller zu dem Thema: von den klassischen Werkzeugen bis hin zu leistungsintensiven Gartengerätschaften, wie etwa den Rasenmähern der Marken STIHL oder BOSCH. Natürlich ist sämtliches Zubehör, wie die entsprechenden Ladegeräte, Akkus etc. ebenfalls vorhanden. Ob Akku-Motorsäge, -Trennschleifer, -Laubbläser, -Kehrgeräte, -Poliermaschinen, -Kettensägen oder viele weitere: Die auf KOMMUNALBEDARF.AT angebotenen Modelle sind bereits im Arbeitsalltag etlicher österreichischer Gemeinden im Einsatz und haben sich bestens bewährt.

KOMMUNALBEDARF.AT
Einfach. Alles. Beschaffen.

RASENROBOTER IN GEMEINDEN

DER PARADIGMENWECHSEL IST IM GANGE

Mähroboter sind mittlerweile Teil unseres Lebens geworden – auch wenn das niemand so wirklich wahrhaben möchte. Beim Rasenmähen können sie auch wirklich hilfreich sein.

TEXT // Hans Braun

Selbständig rollt er über den Rasen und verrichtet die Arbeit, die ansonsten von Menschen verrichtet wurde. Sie nehmen kommunalen Mitarbeitern nicht nur Arbeit ab, sondern ermöglichen ihnen, Zeit in wichtigere beziehungsweise spannendere oder anspruchvollere Dinge zu investieren. Das hört sich super an, ist aber definitiv ein Paradigmenwechsel.

Zum einen sind sie unbestreitbar eine Erleichterung, speziell bei größeren Flächen wie Fußballplätzen oder Wiesen in einem Park. Der Gemeindearbeiter, der früher hinterher ging oder Stunden auf dem Aufsitzmäher saß, muss diese eintönige Arbeit nicht mehr machen. Ein „paar Drähte“ knapp unter der Erde verlegt, grenzen den Roboter ein. Auch Steuerungeen durch GPS oder Laser- bzw. Ultraschallortung sind möglich. Eine „kleine Garage“ mit einer Stromladestelle (Mähroboter sind in aller Regel elektrisch betrieben), zu der der Roboter selbstständig hinfindet, ist die im Wesentlichen benötigte Infrastruktur. Die Steuerung der Mähroboter erfolgt meist mittels Handy-App, die auch über Probleme mit dem Gerät informiert.

Das Schnittgut erfüllt seinen Zweck als Dünger, da die sehr kurzen Rasenteile nicht mehr gesammelt und wegtransportiert werden müssen. Allerdings ist eine „Mulch-Funktion“ nicht immer Standard. Die Wartung der Roboter ist aufwändig, das gilt aber für „normale“ Mähwerke auch. Einzig das Programmieren und Einstellen der Programme ist knifflig, aber dafür gibt es Schulungen. Überhaupt lohnt es sich, vor der Anschaffung mit einem Fachmann, einer Fachfrau zu reden, ob die geplante Fläche überhaupt für Mähroboter geeignet sid (Steigung etc.). Zwei Dinge sollten jedenfalls vorher bedacht werden.

VORTEILE EINES MÄHROBOTERS ...

- Regelmäßiger Schnitt verbessert die Qualität des Grases
- Keine Abgasemissionen
- Geringe Lautstärke
- Keine Entsorgung des Schnittguts
- Schnittgut ist Dünger
- Geringe Betriebskosten
- Arbeitserleichterung und Zeitgewinn

... UND SEINE NACHTEILE

- Anschaffungskosten sind etwas höher
- Ungeeignet für höheres Gras
- Einsatzgrenzen bei „hügeligem“ Terrain
- Emotionale Einschränkung – das „Mähen macht weniger Spaß“
- Auf Sportplätzen kann mit Mährobotern in der Regel kein besonderes Schnittmuster erzielt werden

Punkt Eins, der Einsatz der frei gewordenen Mitarbeiterkapazität. Es geht kein Arbeitsplatz verloren – allenfalls der Spaß am Mähen oder die Möglichkeit, der eigenen Fußballmannschaft einen Rasen mit Kreuzmuster zu geben. Der Platzwart wird sich vermehrt um die andere Aufgaben kümmern. Möglich wäre auch, wie es in dem Beitrag mit den „Hängenden Gärten“ auf Seite 82 dieser Ausgabe beschrieben ist, dass sich der Mitarbeiter um die „Plantage der Gemeinde“ kümmert. Jedenfalls fällt in allen Gemeinden mit Sicherheit genügend Arbeit an, die getan werden muss.

Der zweite Punkt, der zu klären ist, betrifft die Sicherheit. Wie kann garantiert werden, dass der einsam und unbeaufsichtigte Mähroboter nicht über Kinderzehen oder -finger oder über im Gras liegende Kleintiere fährt?

Zumindest derzeit sind die Sicherungsprogramm der Geräte nicht zu hundert Prozent sicher – ob etwas jemals völlig sicher ist, sei dahingestellt. Die meisten Mähroboter verfügen über Hebe- oder Kippmechaniken, die sofort abschalten, wenn jemand oder etwas während des Betriebs unter das Gerät kommt. Um auf der sicheren Seite zu sein, empfiehl es sich dennoch, Kinder nicht unbeaufsichtigt neben Mährobotern spielen zu lassen!

Soll eine Gemeinde Mähroboter einsetzen oder nicht? Die Frage ist nicht leicht zu beantwor-

FOTOS // shutterstock.com

ten – beziehungsweise muss jede Gemeinde die Antwort für sich finden. Unsere Recherchen ergaben, dass bereits 2006 erste Pilotversuche in deutschen Gemeinden stattgefunden haben. Anfang 2017 testete dann die Verbandsgemeinde Konz-Niedermennig (im Landkreis Trier-Saarburg in Rheinland-Pfalz) einen Mähroboter. Bauhofleiter Jürgen Becker zieht Resümee: „In den Sommermonaten hat der Roboter super gearbeitet, Schnittbild 1a. Wenn es aber nasser wurde, haben sich Klingen und Räder gerne mit dem feuchten Schnittgut blockiert. Und wenn ein Loch in der Fläche war, ist der Mähroboter hinein und seine Messer wurden relativ schnell stumpf.“ Die Gemeinde Konz hat den Mähroboter dann schlussendlich nicht gekauft.

Anders in Weyhe im Norden des Landkreises Diepholz in Niedersachsen. Ende 2017 stattete sie ihre Grünraumabteilung mit einen Mähroboter aus. Wie Uwe Wicke, Leiter dieser Abteilung, erzählt, arbeitet der Roboter nicht nur tadellos, auch der Zustand des Sportplatzes hat sich verbessert. „Das Schnittbild ist tadellos“,so Wicke. Und da die Gemeinde einen Allwettermäher gekauft hat, spielt das Wetter auch keine Rolle. Über die „Feinfühligkeit des Sicherheitsprogramms“ ist das Feedback zwiespältig: „Einerseits super. Ich habe einmal einen Schürsenkel hingelegt und der Roboter hat sofort abgeschaltet. Andererseits sind nach dem großen Sturm vor ein paar Monaten jede Menge kleine Äste herumgelegen – die muss man dann vor dem Mähen entfernen.“

Wie Wicke anmerkt, müssen auch die Vereine mitmachen, „sonst geht das Ding kaputt“. In Weyhe wird derzeit angedacht, auch einen zweiten Platz vom Mähroboter bearbeiten zu lassen.

PITTERS KOMMUNALTREND

DR. HARALD PITTERS IST TRENDEXPERTE UND KOMMUNALFORSCHER

Vorausschauende Planung bei kommunalen Technologien

Heute setzt sich die Ausgabe von KOMMUNAL mit dem Thema Fuhrpark und Gerätetechnik auseinander. Die wesentlichen Herausforderungen stellen dabei die Anschaffung, Finanzierung, Wartung, aber auch Ausfälle von einzelnen Geräten dar. Konventionelle Lösungen sind dabei ebenso von Bedeutung wie die Frage nach der Verwendung alternativer Antriebsformen, etwa der Elektromobilität. In puncto klimaschonende Mobilität ist laut dem aktuellen Pitters KOMMUNALTREND hervorzuheben, dass sich über 90 Prozent der Gemeinden laufend und aktiv über umweltgerechte Infrastruktur informieren.

> „Umsichtiges Fuhrparkmanagement bringt **zahlreiche Vorteile für eine Gemeinde.“**

Ein modernes kommunales Fuhrparkmanagement, das auf neue Technologien wie etwa Tracking, Routenplanung, Kommunikation und Steuerung setzt, bringt Vorteile aber auch zusätzliche Herausforderungen mit sich, die auch im Logistikbereich anzutreffen sind. Dabei ist beispielsweise die richtige Kompetenzschulung der Mitarbeiter von Bedeutung, da diese über besondere Fähigkeiten verfügen müssen. Die positiven Folgen des Einsatzes dieser Technologien sind Transparenz und Planbarkeit, Kostensenkung von Betriebsmitteln und Personal, einfache Datenauswertung und eine möglichst zielorientierte Auslastung zur Zufriedenheit der Bürger. Eine vorausschauende Planung ermöglicht dabei den Verantwortlichen, den kommunalen Fuhrpark und die Gerätetechnik optimal zu gestalten und effizient einzusetzen. Zur Finanzierung dieser Mobilitäts- und Gerätetechnologien kann festgehalten werden, dass die Gemeinden immer wieder auch auf Leasingfinanzierung zurückgreifen.

Insbesondere bei der Erneuerung des Fuhrparks kann diese Methode für Kostenersparnisse sorgen. Es gilt daher für die Gemeinden auch hier Vorreiter zu sein und rechtzeitig auf Modernisierungsanforderungen zu reagieren, um die Vorteile neuer Technologien bestens nutzen zu können.

office@pitters.at
www.pitters.at

SMARTE INFRASTRUKTUR

GEMEINDEN **INTELLIGENT VERNETZEN**

Skepsis hin oder her, dass die digitale Vernetzung kommt, ist eine Tatsache. Im privaten Bereich findet sie längst statt. Doch wie sieht es im öffentlichen Bereich aus? Gibt es gegenwärtig überhaupt praktikable Möglichkeiten, ganze Ortschaften zu vernetzen? Die kurze Antwort lautet: Ja!

FOTOS // shutterstock.com/Gemeinde Knittelfeld

„DIE PRAKTIKABELSTE LÖSUNG FÜR EINE FLÄCHENDECKENDE VERNETZUNG LIEGT **IM EINBINDEN DER ÖFFENTLICHEN BELEUCHTUNG**."

Ob es das Speichern in der Cloud ist, das Fernsteuern diverser Heimgeräte, Alexa & Co, GPS-basierte App-Funktionen oder demnächst das autonom fahrende Auto. Im privaten Bereich ist die digitale Vernetzung längst auf dem Vormarsch. Im öffentlichen Bereich hingegen wird ihr Potenzial bislang weit weniger genutzt, obwohl technisch bereits einiges möglich wäre. Zwar ist immer von „Smart Cities" die Rede, und als Beispiele werden Mega-Metropolen rund um den Erdball angeführt, doch das intelligente Vernetzen der öffentlichen Infrastruktur besitzt für Kommunen jeder Größe Relevanz. Insbesondere ländliche Gemeinden, die im Wettbewerb mit den stetig wachsenden urbanen Zentren stehen, können ihre Attraktivität steigern und die Standortfaktoren überproportional verbessern.

Dass die Bevölkerung dem Ganzen weitaus positiver gegenübersteht, als so manch Politiker glaubt, belegt eine Studie der EIU (The Economist Intelligence Unit), die weltweit tausende Bürger und Unternehmen zur digitalen Transformation ihres Heimatortes befragt hat. Die Befragten sehen Auswirkungen der digitalen Technologien vor allem bei Telekommunikationsdiensten und beim Thema Transport, aber auch beim Reduzieren von Notfällen und der ökologischen Nachhaltigkeit. Auch die Bürgereinbindung sollte nicht unterschätzt werden, denn die Einwohner sind bereit, für eine Verbesserung der kommunalen Dienstleistungen ihre persönlichen Daten mitzuteilen. Dafür erwarten sie sich geringere Verkehrsüberlastungen, verbesserte Rettungsdienste, eine rückläufige Kriminalität, eine Verbesserung der sozialen Dienste, weniger Energieverbrauch sowie höhere Nachhaltigkeit. Derzeit gibt rund ein Drittel der Bürger ihren lokalen Behörden Feedback, wobei sogar über die Hälfte das grundsätzlich gerne tun würde. Ebenfalls eine absolute Mehrheit wünscht sich einen breiteren Zugang zu digitalen Plattformen, die es ihnen ermöglichen, mit den Behörden zu kommunizieren. Die Bereitschaft zur kollaborativen, digitalen Gemeine ist also durchaus vorhanden.

Welche Initiativen sind für eine Gemeinde sinnvoll und aus realistischer Sicht umsetzbar?
Die bevorstehende Einführung von 5G wird der Ausbreitung des Internet of Things (IoT) einen kräftigen Schub geben. Um dieses Vernetzen von physischen und virtuellen Gegenständen mittels Informationstechnologien zu ermöglichen, ist ein leistungsstarkes und flächendeckendes WLAN-Netz vonnöten. Um auf Begebenheiten im öffentlichen Raum automatisiert reagieren zu können, ist es erforderlich, diese überhaupt ersteinmal zu registrieren. Dazu eigenen sich diverse Sensoren, die die verschiedensten Abläufe auf öffentlichem Grund weitestgehend erfassen können: von Infrarot über Ultraschall, bis hin zu akustischen oder bildgebenden Einheiten. Dabei geht es nicht darum, konkrete Personen zu identifizieren oder gar zu überwachen, sondern situativ jeder Person das bestmögliche Umfeld zu bieten. Sei es das Grünschalten der Ampeln für Einsatzfahrzeuge, das vorausschauende Ausleuchten von Angsträumen bei Dunkelheit, sofern ein Passant daran vorbeigeht, oder das Melden von außergewöhnlichen Ereignissen, die eine Reaktion erfordern, wie zum Beispiel einem Unfall.

Um zur vernetzten Gemeinde zu werden, sind einige Investitionen notwendig, und genau das ist der Punkt, der selbst bei Wohlwollen und Bereitschaft der Politik und der Bevölkerung eine (finanzielle) Hürde darstellt, von der viele Kommunen nicht wissen, wie sie überwunden werden soll. Es gab bereits eine Vielzahl von Pilotprojekten, im Zuge derer sich herauskristallisiert hat, dass die praktikabelste Lösung für eine flächendeckende Vernetzung im Einbinden der »

öffentlichen Beleuchtung liegt. Die gibt es nämlich bereits überall, und sie hat einige Vorteile. In ihren Masten lassen sich Sendevorrichtungen und Antennen gut unterbringen. Gleiches gilt für Sensoren. Durch die variablen Höhen, in denen sie angebracht werden können, ist es möglich, ihr Leistungsspektrum ideal auszunützen. Ein weiterer Vorteil liegt in der Optik. Sendeanlagen und Sensoren werden unauffällig oder gar von außen unsichtbar in die Masten integriert. Somit werden keine neuen Stelen, Installationen oder ähnliches im Ortsbild notwendig. Lichtmasten sind vertraut, akzeptiert, und können Akzente setzen, die das Straßenbild sogar aufwerten. Kurz gesagt, die Akzeptanz ist hoch, weil sich sichtbar kaum etwas ändert.

Gegenwärtig sind im deutschen Sprachraum ungefähr 1% aller Straßenleuchten vernetzt. Experten erwarten, dass diese Zahl bis zum Jahr 2025 auf 35% anwächst. Mit ein Grund dafür ist die vorausschauende Konstruktion der aktuellen Systeme. Sie sind nicht nur auf den momentanen Stand der Technik ausgelegt, sondern auch für zukünftige Technologien gewappnet. Mittels Plug-and-play-Integration sind weitere Module, Sensoren etc. leicht nachzurüsten und durch offene Hardware- und Softwareschnittstellen ist auch für eventuelle Integrationen anderer Plattformen, Sensoren und Anwendungen vorgesorgt.

Knittelfeld hat seine öffentliche Beleuchtung mit fernsteuerbaren, intelligenten LED-Leuchten ausgestattet.

Ein Beispiel dafür, wie eine gelungene Umrüstung aussehen kann, liefert das steirische Knittelfeld. Im Zuge der Umstellung auf LED-Straßenbeleuchtung setzte man dort auf – mittels Fernzugriff – individuell steuerbare Leuchten. Jede dieser Leuchten installierte sich über eine eingebaute SIM-Karte selbst im System. Die Gemeinde ist nun in der Lage, die Leistung und den Stromverbrauch jeder Leuchte einzeln nachvollziehen zu können. Die Lichtpegel können aus der Ferne je nach Bedarf einzeln angepasst werden. Ist eine Lampe zu warten oder defekt, meldet sie das von selbst. Kontrollfahrten wurden dadurch obsolet. Gesteuert wird die Beleuchtung zentral durch ein webbasiertes System, das über einen gewöhnlichen Internetbrowser bedienbar ist. Updates und das Sichern von Daten geschehen in der Cloud. Die Gemeinde erspart sich dadurch den Unterhalt einer aufwändigen IT-Infrastruktur oder von Servern.

Ob „nur" Lichtmanagement, WLAN, 5G oder sensorgestützte Funktionen aus Gegenwart und Zukunft – die ohnehin obligatorische Straßenbeleuchtung hat sich als Träger verschiedenster weiterer Installationen bewährt. Sie erlaubt es Gemeinden, eine vernetzte Infrastruktur zu etablieren, die den Bürgern kommunale Dienstleistungen mit der Effizienz und der Technologie des 21. Jahrhunderts liefert.

DER ONLINE-MARKTPLATZ FÜR GEMEINDEN

KOMMUNALBEDARF.AT

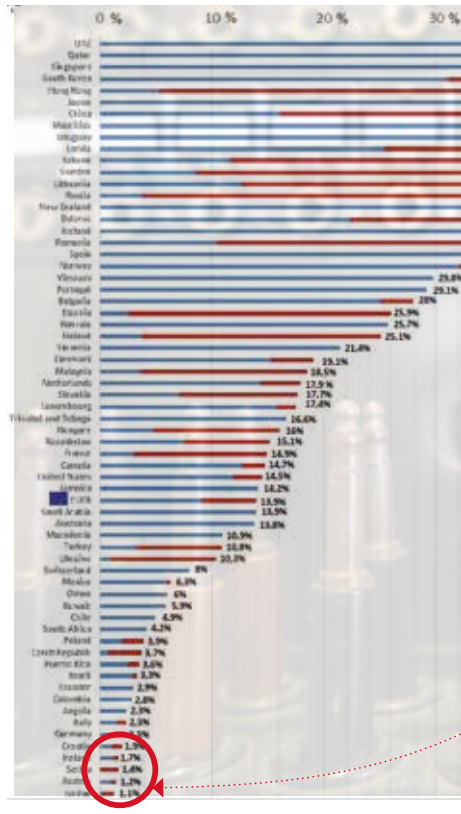
UNENDLICHE VIELFALT

KOMMUNALBEDARF.AT bietet Österreichs Gemeinden ein großes und umfassendes Sortiment **einer ständig wachsenden Anzahl von Lieferanten** an.
Nutzen auch Sie die Möglichkeit mit nur einer Bestellung ihre Beschaffungen bei mehreren Lieferanten zu erledigen.

KOMMUNALBEDARF.AT ist der Online-Marktplatz für Gemeinden – wir informieren Sie gerne, wie Sie ihn für sich nutzen können: Christian Sonnenberg, +43 1 / 532 23 88 40, info@kommunalbedarf.at

GLASFASER-AUSBAU

NUR JORDANIEN IST SCHLECHTER ALS WIR



Die Glasfaser-Infrastruktur in Österreich liegt im Argen. Um die Wettbewerbsfähigkeit nicht komplett zu verlieren sind rasche Investitionen notwendig. Dazu müssen Gemeinden von sich aus aktiv werden und sollten sich nicht auf Förderungen verlassen.

Angola ist doppelt so gut, Puerto Rico dreimal so gut, Trinidad und Tobago mehr als zehnmal so gut wie Österreich. Die Rede ist dabei nicht von Hochsee-Fangquoten oder dem Wirtschaftswachstum, sondern von der Anbindungsrate an das Glasfasernetz. Während landauf, landab ständig von Smart City, Smart Living, Smart Housing usw. geschwärmt wird, hinkt die Realität den Visionen in beschämendem Ausmaß hinterher. Das FTTH Council Europe, dem über 150 Unternehmen und Organisationen aus der Glasfaser-Industrie angehören, hat in seinem Global Ranking 2017 (auf Basis der Daten vom Februar 2018) die Anbindungsrate der Haushalte ans Glasfasernetz erhoben. Ergebnis: Österreich liegt bei allen erhobenen Staaten weltweit mit 1,2% auf dem vorletzten Platz. Nur Jordanien schneidet mit 1,1% noch schlechter ab. Länder wie Kasachstan, Weißrussland oder der Oman sind uns Lichtjahre voraus. Im europäischen Vergleich sind wir sowieso Letzter, in Reichweite bestenfalls noch Serbien. Umso dringlicher ist es, den Ausbau tatsächlich auch anzugehen.

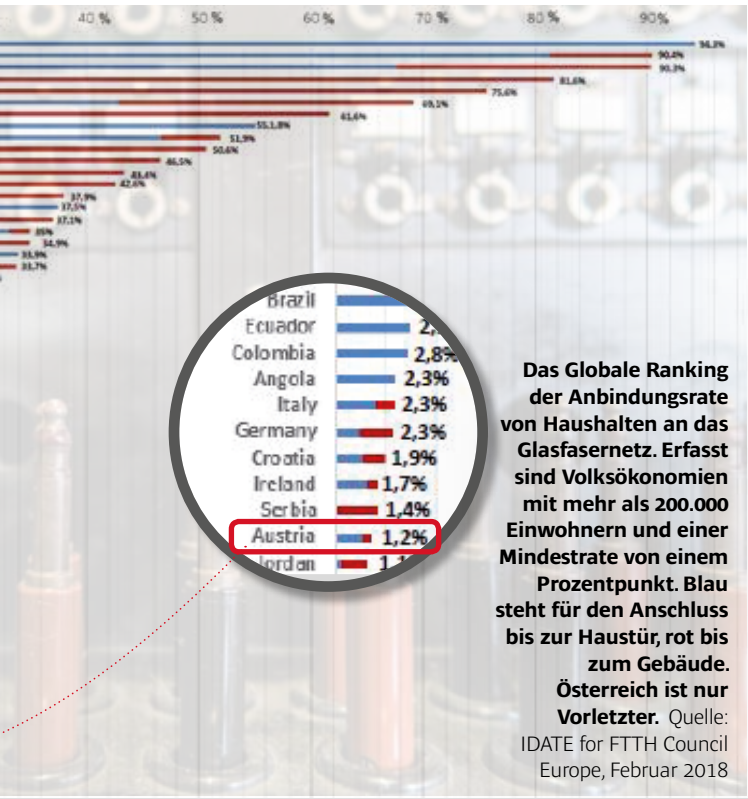
Ganz besonders die ländlichen Regionen sind beim Netzausbau benachteiligt, sind sie doch für die Wirtschaft im Vergleich mit dichtbesiedelten Gebieten weit weniger verlockend. Rurale Gemeinden stützen ihre Erwartungen daher häufig zur Gänze auf die staatlichen Fördermittel. Dabei gäbe es für sämtliche Gemeinden Alternativen mit schnelleren und rentableren Wegen zur Finanzierung, Errichtung und zum Betrieb. Diese Botschaft ist gleichzeitig die Quintessenz einer Veranstaltung zum Thema Glasfaserausbau in Österreich.

„Glasfasernetze sind **genauso zu finanzieren,** wie andere Infrastrukturvorhaben auch."

Heinz Pabitsch,
Vice President CMG-AE und Leiter der AGGFA

Bei der „1. Finanzierungs-Enquete" der „Action Group Gigabit Fiber Access" (AGGFA) stimmten die Experten aus Wirtschaft, Technik und Verwaltung darin überein, dass die Kommunen selbst aktiv werden müssen. „Immer noch glauben viele, dass Glasfasernetze nur mit öffentlichen Mitteln, also ausschließlich mit Förderungen, gebaut werden können. Spricht man von Glasfaser, erhält man sofort die Frage: Welche staatlichen Förderungen gibt es? Das ist der falsche Ansatz! Glasfasernetze sind genauso zu finanzieren, wie andere Infrastrukturvorhaben auch", resümiert AGGFA-Leiter Heinz Pabisch. Sein Ratschlag: Gemeinden sollten kooperativ als Region auftreten, um von potenziellen Investoren wahrgenommen zu werden. Diese ermöglichen nämlich intelligente Finanzierungsvarianten, die die Umsetzung der Infrastrukturvorhaben insgesamt beschleunigen. Ganz ohne staatliche Förderungen geht es auch nicht. Wo der Ausbau wirschaftlich nicht möglich ist, sind sie sinnvoll und erforderlich. Der alleinige Heilsbringer werden sie aber nur in den seltensten Fällen sein können.

FOTO/Mario Pampel Postproduction



Das Globale Ranking der Anbindungsrate von Haushalten an das Glasfasernetz. Erfasst sind Volksökonomien mit mehr als 200.000 Einwohnern und einer Mindestrate von einem Prozentpunkt. Blau steht für den Anschluss bis zur Haustür, rot bis zum Gebäude. Österreich ist nur Vorletzter. Quelle: IDATE for FTTH Council Europe, Februar 2018

„Was den Breitbandausbau anbelangt, befinden wir uns im Wilden Westen“, erklärt Finanzierungsexperte Thomas Hillebrand von Pricewater & Cooper's die aktuelle Situation in Österreich. Unterschiedlichste Pilotprojekte versuchen auf verschiedensten Wegen zum Ziel zu kommen. Der gesetzlichen Grundlage nach ist auch vieles möglich. Investoren und Kapital gäbe es auch für die ländlichen Regionen genug, Finanzierungsmodelle ebenso. Die Hürden für die Gemeinden liegen vielmehr darin, möglichst viele Betroffene an einen Tisch zu bekommen, tragfähige Konzepte auszuarbeiten und Organisationsstrukturen zu schaffen.

Trotz höchster Relevanz für Gemeinden fanden sich überraschend wenige Kommunalvertreter im Publikum der Finanzierungs-Enquete. Jenen, die sie verpasst haben, sei zumindest die erste AGGFA Fiber-Enquete am 18.April in Wien empfohlen. Entscheidungsträger auf Bundes- und Landesebene werden hier unter anderem erörtern, wer den flächendeckenden Ausbau einer Glasfaser-Infrastruktur sicherstellen kann.

FOTO: Fiber to the Home Council Europe

MAWEV SHOW 2018

VIELE **SMARTE BAUMASCHINEN**

Mehr als 1000 Maschinen auf einer Ausstellungsfläche von 200.000 Quadratmeter wurden bei der 10. Ausgabe der Mawev Show in St. Pölten-Wörth gezeigt. Das Publikum trotzte Wind und Wetter und sorgte bei den Ausstellern für gute Stimmung und hoffentlich in Folge für volle Auftragsbücher.

Mit der Mawev Show findet alle drei Jahre Österreichs größte Leistungsschau der Baumaschinenbranche statt. Dieses Jahr ging das Großevent in St. Pölten-Wörth über die Bühne.

TEXT // Sabine Müller-Hofstetter

Mensch und Maschine im Einsatz ist seit jeher das Motto der größten Baumaschinen-Demonstrationsshow Mitteleuropas. Bei der 10. Ausgabe der Mawev Show in St. Pölten-Wörth wurden von 14. bis 17. März mehr als 1000 Maschinen gezeigt und im Einsatz bewegt. Am Trendthema „Digitalisierung" kam auch die Baumaschinen-Branche in diesem Jahr nicht vorbei, wenn auch die ewigen Mawev-Themen „Standort" und „Wetter" viele Gespräche dominierten.

Ersteres – der neue Standort in St. Pölten-Wörth – scheint überzeugt zu haben. Siegfried Sedlacek, Geschäftsführer des Verbands Österreichischer Baumaschinenhändler, hofft mit der Mawev-Show endlich „angekommen" zu sein: „Die Messe Graz ist mit den ÖBB als Liegenschaftseigentümer in guten Gesprächen, sodass wir davon ausgehen, hier eine neue Heimat für unsere Messe gefunden zu haben."

Das 65 km westlich von Wien gelegene Veranstaltungsareal ist nur wenige Minuten von der Autobahnabfahrt A1 St. Pölten-Süd entfernt, verfügt über 30.000 m² Parkflächen für Aussteller sowie Besucher und eine Ausstellungsfläche von mehr als 130.000 m², zusätzlich eine Hallenfläche von 5000 m². Die Bodenbeschaffenheit bietet bestmögliche Voraussetzungen, wie sich im Messeverlauf herausstellen sollte.

Stichwort Wetter: Während Mittwoch und Donnerstag durchaus witterungsmäßig günstig einzuschätzen waren, verschlechterten sich die Verhältnisse zusehends und endeten tatsächlich am Wochenende mit Schneefall. Sedlacek sieht es sportlich: „Die Menschen, die diese Maschinen bewegen, sind derartige Wetterverhältnisse gewöhnt. Das tut der Stimmung keinen Abbruch." Die Standmitarbeiter, die die meiste Zeit im Freien verbrachten, waren jedenfalls nicht zu beneiden.

Geöffnet wurde die Mawev Show am 14. März um 9:00 Uhr, offiziell eröffnet unter Anwesenheit von Vizebürgermeister Franz Gunacker und Nationalratsabgeordnetem Robert Laimer um 11:00 Uhr durch Landesrat Karl Wilfing. Ein spektakulärer Zwischenstopp wurde am Felbermayer-Stand eingelegt mit dem Eröffnungssprung vom 140 Meter Bungee Jumping-Kran. Armin Egger, Vorstand der Messe Congress Graz (mcg), zeigte sich mehr als zufrieden. „Wir haben mehr als 250 Aussteller hier, die weit über tausend Maschinen zeigen. Alles bewegt sich, alles arbeitet und schaufelt, baggert und planiert. Die Mawev Show zählt mit Sicherheit zu den aufregendsten Veranstaltungen in unserem Portfolio", so der Messe-Chef.

SABINE MÜLLER-HOFSTETTER IST CHEFREDAKTEURIN DES A3-BAHMAGAZINS

sabine.mueller-hofstetter@kommunal.at

FOTOS // © Medienservice St. Pölten/Josef Vorlaufer.

FOTOS // MAWEV

Neu war das Konzept „The Mawev Show Experience“, das Schülern, Lehrlingen und Studenten die Berufe in der Baubranche näherbringen soll. Über 520 Jugendliche waren bereits vorab registriert und erkundeten an den vier Messetagen in Gruppen die Demonstrationsshow.

Nicht neu, aber zunehmend mehr gefragt sind Systeme für „digitalisiertes Arbeiten“ auf der Baustelle. Dass darunter der eine Händler mehr Serviceleistung in der Abwicklung der Baustelle, der andere Hersteller „Assist Systeme“ für den Baumaschinen-Einsatz versteht, liegt in der Natur der Sache. Tatsache ist: Nach der Einführung von Telematik-Systemen für die Optimierung der Maschinenproduktivität sind nun Assist-Systeme im Vormarsch, um präziser und damit effizienter arbeiten zu können, lückenlose Dokumentation inklusive.

Maschinen auf den Baustellen von der Einsatzzentrale zu steuern, ist aber derzeit noch Vision. Die einzelnen Komponenten stehen dafür aber schon zur Verfügung: Eine intelligente Maschinenkontrolle für den Fahrer war der erste Schritt, Assistenz-Systeme folgen. Die Verknüpfung von diesen telemetrischen Daten mit Geländedaten, die aus Drohnen-Überflügen stammen, fügen das Puzzle zusammen und setzen die smarte Baumaschine 4.0 in Gang.

MEHR RAUM FÜR BILDUNG UND BETREUUNG

RAUMMODULANLAGEN von Conzept

Modulanlagen sind flexible Raumlösungen in Containerbauweise, welche innerhalb weniger Wochen bezugsfertig sind. Viele Gemeinden nutzen diese Bauform bereits, um für Krabbelstuben und Kindergärten zusätzlichen Raum für die Kinderbetreuung zu schaffen. Raummodulanlagen eignen sich auch hervorragend zur Auslagerung des Schulbetriebs während notwendiger Renovierungsarbeiten. Die Räume werden bedarfsgerecht geplant und zusammengestellt. Die Anlagen sind rückbaubar, erfreuen sich aber auch als fixe Lösung immer größerer Beliebtheit.

CONZEPT Container Modulbau & Handel GmbH

KONTAKT
Conzept Container
Modulbau & Handel GmbH
Tel.: 06215/20013-0
info@conzept.at
www.conzept.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

KOMMUNALWIRTSCHAFTSFORUM 2018

GEMEINSAM FÜR **LEBENSWERTE KOMMUNEN**

Mitte März diskutierten rund 150 Teilnehmer in der Linzer Tabakfabrik über die Frage, welche lokalen Antworten es für globale Herausforderungen der digitalen Zukunft gibt. KOMMUNAL war bei zwei intensiven und spannenden Tagen dabei.

TEXT // Hans BRAUN

Es gibt nicht „die" Zukunft! Es gibt auch nicht „eine Zukunft", es gibt deren zwei: die vorhersehbare und die nicht vorhersehbare. Die einzige Frage sei, in welchem Verhältnis sie zueinander stehen würden. So begann der Genetiker Markus Hengstschläger sein Plädoyer für mehr Individualität und die Förderung von Talent. Talent und Ideenreichtum, so Hengstschläger, sind die einzigen wirklichen Rohstoffe, über die das kleine Österreich verfüge. Und so lange sich nicht alles dem Ziel unterordne, diese Rohstoffe zu fördern und zu heben, sei anderes nicht wirklich wichtig.

Mit seinem Vortrag am Abend des ersten Konferenztages brachte der Fußball- und Lionel-Messi-Fan Hengstschläger eine Thematik auf den Punkt, mit der sich auch die Kommunalpolitiker befassen werden müssen: Die Gemeinden müssen sich so aufstellen, dass sie auch die Bälle annehmen könnten, von denen sie nicht wüssten, woher sie kommen. Wie Messi das mache. Er prangerte damit den Usus in Österreich an, sich mit dem Erreichen eines im Vergleich zu schlechteren Ergebnissen relativ guten Levels zufrieden zu geben und auch nicht mehr zu wollen. Das sei der Tod von Talent und Ideenreichtum, von Kreativität und all jenen Ansätzen, mit denen „wir in Österreich auf die unbekannten Herausforderungen der Zukunft reagieren können".

Auf die Gemeinden heruntergebrochen: Stellt euch so auf, dass ihr die heutigen Herausforderungen bestmöglich löst und dennoch flexibel auf die kommenden reagieren könnt. Wenn uns das Leben eines zeigt, dann das: Man kann nicht vorhersagen, aus welcher Ecke wann welcher Ball auf uns zukommt. Es kommt einzig darauf an, ihn zum richtigen Zeitpunkt zu fangen.

Wie das funktionieren könnte, zeigten die rund 50 Referenten aus Kommunalpolitik, Wirtschaft und Wissenschaft auf, die dem Kommunalwirtschaftsforum Leben einhauchten. Gerhard Hammerschmid zum Beispiel erinnerte die Kommunen daran, dass sie nicht immer das Rad neu erfinden müssten. „Lernen Sie von den anderen Gemeinden, lernen Sie von funktionierenden Beispielen, adaptieren Sie es für sich und bringen Sie Ihre Gemeinden an die Spitze", so Hammerschmid.

Der Linzer Bürgermeister Klaus Luger und die Ortschefinnen von Klagenfurt, Luise Mathiaschitz, und Freistadt, Elisabeth Paruta-Teufner, thematisierten dann in der Diskussion mit dem Publikum den (nicht nur digitalen) Wandel zwischen Tradition und Moderne, vor dem wir stehen. Hier zeigte sich ein weiteres Handlungsfeld: Kann in der Verwaltung Kreativität existieren? Gerade die zahlreichen Amtsleiter beteiligten sich hier, sie sind auch besonders betroffen.

„Gemeinden müssen sich so aufstellen, dass sie die Bälle fangen, auch wenn sie nicht wissen, woher sie kommen."

Markus Hengstschläger, Genetiker und Fußballfan

FOTOS // Kommunal

Das Kommunalwirtschaftsforum bietet Entscheidungsträgern aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft eine ideale Plattforum zur Vernetzung.

Oben: Gerhard Hammerschmid, Luise Mathiaschitz, Elisabeth Paruta-Teufner und Klaus Luger im Gespräch mit Moderator Markus Staudinger von den „OÖ Nachrichten".

Unten: Michael Zimper, Chef des Kommunal-Verlags, moderierte das Forum „Kommune next generation" mit Elisabeth Feichtingter und Severin Mair. Hier mit Karina Reisner, 2. v. l.

DAS KOMMUNAL-WIRTSCHAFTSFORUM

Schirmherrn des Forums 2018 sind der Österreichische Gemeindebund, der Städtebund und die Stadt Linz.

Initiiert wurde das Kommunalwirtschaftsforum von Raiffeisen, Deloitte, Swietelsky und Siemens.

Mehr Infos zu diesem und den kommenden Foren auf **www.businesscircle.at**

KOMMUNAL ist Medienpartner des des Kommunalwirtschafstforums.

Vom Gesetzgeber an strikte Abläufe gebunden, bedroht von Haftungsfragen und getrieben von den Wünschen der Bürgerinnen und Bürger nach mehr Flexibilität, stehen sie besonders im Zentrum des Wandels.

Aus Verwaltungen „Gestaltungen" schaffen. Während in den Foren Experten und Kommunalpolitiker über die verschiedensten Zugänge und Lösungen auf und für die Fragen der Zukunft diskutierten, blieb zum Abschluss „der Jugend" das letzte Wort. Elisabeth Feichtinger, Bürgermeisterin von Altmünster, und Severin Mair, Bürgermeister von Eferding, erzählten von ihrem Verständnis vom Amt. Mair war 22, Feichtinger 28, als sie 2015 gewählt wurden.

Beide sind überzeugt, dass Änderungen nur gemeinsam mit den Menschen zu bewirken seien. Aber es ist auch klar, dass das größte Potenzial der jungen Generation deren Kreativität ist. Die gelte es zu fördern. Dazu wird es notwendig sein, die Strukturen der Gemeinden anzupassen. Gerade im ländlichen Raum leben und arbeiten die Menschen nach Strukturen, die im Wesentlichen mehrere Jahrzehnte alt sind. Es stellt sich die Frage, ob damit die Herausforderungen der Zukunft noch zu lösen sind.

Wichtig wird auch sein, eine „Umgebung der Toleranz" zu schaffen. Will man als Gemeinde einzigartig werden, will man Investoren anlocken, will man Kreativität fördern, funktioniert das nur in einer Umgebung, die Andersdenkende willkommen heißt. Man müsse es machen wie San Franzisco, wo auf Tafeln „Strangers", also Fremde, begrüßt werden.

Ein Vorteil der Jugend ist, dass ihr viele Dinge leichter, unbelastet von Befürchtungen von der Hand gehen. Wenn etwas nicht klappt, ist man um eine Erfahrung reicher und probiert was anderes. Genauso wichtig ist es nach den beiden jungen Bürgermeistern aber auch, dass im Hintergrund ein Team an der Arbeit ist, das motiviert ist und funktioniert. So könne aus Verwaltungen „Gestaltungen" werden.

Mit den Worten des großen Physikers Stephan Hawkings, der wenige Tag vor dem Kongress verstarb, schloss das Kommunalwirtschaftsforum den Blick auf lokale Antworten für globale Herausforderungen der digitalen Zukunft: „Jetzt kommt entweder die beste Zeit des Lebens oder die schlechteste."

DATENSCHUTZ-PROJEKT VON REISSWOLF FÜR GEMEINDEN

KOSTENLOSER SERVICE FÜR BÜRGER UND BÜRGERINNEN

Datenschutz ist ein EU-Grundrecht, aber wer kümmert sich um Privatpersonen? REISSWOLF bietet Gemeinden einen Service für die Bürgerinnen und Bürger zur datensicheren Vernichtung von privaten, sensiblen Dokumenten und Datenträgern an.

Hochmoderne Schredder-Anlagen sind an den vier österreichischen REISSWOLF-Standorten im Einsatz. Das vernichtete Material wird dem Recycling zugeführt (kleines Bild).

Verschlossene Sicherheitsbehälter in den Gemeindeämtern sollen eine gesicherte Sammlung von vertraulichen Dokumenten wie Bankauszügen, Verträgen, Befunden oder auch Datenträger ermöglichen. Das gesammelte Material wird einer sicheren Vernichtung zugeführt. Dieser Service soll den Bürgern und Bürgerinnen kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Ab Mai 2018 tritt die neue EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) in Kraft. Firmen und Behörden müssen personenbezogene Daten besonders schützen. Aber zum Thema Vernichtung privater, sensibler Daten kümmert sich bislang niemand um die einzelne Bürgerin oder den Bürger! Die ungeschützten Restmüll- oder Altpapiercontainer sind keine sichere Lösung. REISSWOLF bietet den Gemeinden zu Sonderkonditionen die Lösung für Privatpersonen an.

„Wenige Cent pro Bürger für eine sichere Vernichtung alter Akten und Datenträger."

Siegfried Schmedler, Geschäftsführer REISSWOLF

Persönliche Informationen schützen. „Private Haushalte haben keine Möglichkeit, sensible Daten sicher zu vernichten. Vertrauliche Papiere landen oft im Altpapiercontainer, alte Handys oder andere elektronische Datenträger im Restmüll. Die Daten sind offen zugänglich. Gemeinden können dieses Problem nun für ihre Bürger einfach lösen, und das um nur wenige Cent pro Einwohner.", so Siegfried Schmedler, Geschäftsführer von REISSWOLF Österreich.

Zur Verfügung gestellt werden den Gemeinden zu Sonderkonditionen zwei Sicherheitsbehälter, einer für Akten, einer für Datenträger. Somit können Kontoauszüge, Bankdokumente, Verträge, vertrauliche Unterlagen wie Briefe oder ärztliche Befunde ebenso sicher vernichtet werden wie Festplatten, Disketten, CDs, DVDs, Tonträger, SIM-Karten, Kredit- und Mitgliedskarten, USB-Sticks, Mikrofilme und Röntgenbilder.

Die Vernichtung der Akten und Daten wird gemäß dem aktuell gültigen Datenschutzgesetz durchgeführt. Die Abholung der Behälter erfolgt regelmäßig durch REISSWOLF-Mitarbeiter mit speziell gesicherten Fahrzeugen. Das vernichtete Material wird dem Recycling-Kreislauf zugeführt und somit als wertvoller Rohstoff wiederverwertet.

In den Gemeinden in Hagenbrunn, Hausleiten, Leobendorf, Rückersdorf-Harmannsdorf, Spillern, Stockerau und Ternitz stehen die Sicherheitsbehälter bereits, und das Feedback der Bürgerinnen und Bürger ist großartig. Stockeraus Bürgermeister Helmut Laab ist von dieser Kooperation sehr angetan: „Wir haben ein äußerst positives Feedback von der Bevölkerung, weil wir uns diesem Problem der sicheren Vernichtung angenommen haben.".

MEHR INFOS

REISSWOLF Österreich GmbH,
2100 Leobendorf,
Reisswolf-Straße 1,
T +43 (0)2262 90440
E-Mail: **datensicherheit@reisswolf.at,**
www.reisswolf.at/news

Foto // Reisswolf

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

STIHL MOTORSÄGEN IN DER WALDARBEIT

DIE POWER IM WALD

Viele Gemeinden Österreichs werden von herrlicher Natur geschmückt und von dichten Wäldern umgeben. Damit das so bleibt, muss der Wald regelmäßig bearbeitet werden. Hierfür sind nicht nur Profis, sondern vor allem auch das richtige Equipment gefragt.

Die Arbeitskleidung angezogen, den Schutzhelm aufgesetzt, die Motorsäge im Gepäck: So machen sich Armin Kugler und Josef Laier auf in den Wald einer kleinen Gemeinde in Österreich. Während die Bäume weite Schatten werfen und der Wind leise durch die Äste rauscht, sind die beiden als Forstarbeiter im Auftrag von Gemeinden dafür verantwortlich, den Wald zu entlichten und nach dem Rechten zu sehen.

Der Wald als Naturschatz. Holz gilt als einer der wichtigsten Rohstoffe der Welt – der richtige Schnitt und die richtige Pflege sind daher unabdingbar. So auch in den Wäldern rund um die österreichischen Gemeinden. Die Sicherstellung dieses wertvollen Naturschatzes kann nur gewährleistet werden, wenn das Holz regelmäßig geerntet wird und so der Zuwachs genutzt werden kann. „Viele Gemeinden sind zu klein, um eigene Förster anzustellen. Aus diesem Grund werden unterschiedliche Unternehmen beauftragt, die dann diese wichtige Arbeit leisten. Wir sind dafür verantwortlich, dass der Wald geschlägert und durchforstet wird. Nur so kann die Natur gesund weitergedeihen. Die Motorsäge ist dabei unabdingbar, denn wir arbeiten oft in steilem Gelände, da haben große Geräte keine Chance. Auch sind die Bäume teilweise zu dick, hier muss eine Motorsäge einiges leisten, um diese Bäume zu schlägern“, erklärt Armin Kugler, selbstständiger Unternehmer für Holzschlägerungen.

Richtige Waldpflege. Im Frühjahr und Sommer werden Kulturpflegearbeiten durchgeführt. Neue Bäume werden gepflanzt, der Waldboden wird bearbeitet und das Unkraut ausgemäht, damit neue Pflanzen wachsen können. So kommen junge Bäume zum Vorschein. Sobald das Holz alt genug ist, wird der Herbst für die Schlägerungen mit der Motorsäge genutzt. Älterer Baumbestand wird durch die Vorlichtung gefällt, um so sicherzustellen, dass ausreichend Licht auf den Waldboden gelangt und junge Bäume weiterwachsen können.

Die Motorsäge als starker Helfer. Ohne die Motorsäge, wie die STIHL MS 462 C-M, könnten diese Waldarbeiten nicht bewältigt werden. „Als Forstarbeiter gilt es oft weite Strecken zu gehen und viele Arbeitswerkzeuge, wie die Axt und den Benzinkanister, mitzutragen. Ein großer Vorteil ist, dass die neuen Motorsägen um einiges leichter geworden sind. Vor allem in schwer zugänglichem Gelände sind handliche und vor allem ergonomische Motorsägen das wichtigste Instrument. Eine starke Leistung ist Grundvoraussetzung, um vor allem dicke Bäume bearbeiten zu können“, weiß Josef Laier, Forstwirtschaftsmeister. Zum Fällen und Aufarbeiten der Bäume kommen STIHL Motorsägen zum Einsatz. Die Produktvielfalt reicht von Benzin- bis Akku-Antrieb und vor allem das leichte Eigengewicht stellt sicher, dass auch längere Arbeit mühelos von der Hand geht. Dies schont den Körper und damit auch die Gesundheit. Die Natur dankt es den Waldarbeitern, die täglich ihr Bestes geben.

STIHL®

MEHR INFOS & KONTAKT

Erfahren Sie, wie STIHL auch Ihre Gemeinde unterstützen kann.
STIHL GmbH
Fachmarktstraße 7
2334 Vösendorf
www.stihl.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

SALZBURG WOHNBAU

STÄRKUNG FÜR GEMEINDEN AUF DEM WEG IN DIE ZUKUNFT

Die Kommunen gewinnen in Zeiten der Digitalisierung und des sozialen und demographischen Wandels zunehmend an Bedeutung, stehen aber gleichzeitig vor großen Umstrukturierungen und Herausforderungen.

FOTOS // Neumayr

Salzburg Wohnbau-Geschäftsführer Dr. Roland Wernik, Rudolf Huber (Geschäftsführer Kommunal Service Salzburg), Prof. Helmut Mödlhammer (Präsident des Österreichischen Gemeindebundes a. D.) und Salzburg Wohnbau-Geschäftsführer DI Christian Struber (von links).

Bürgermeister und Amtsleiter aus Salzburg und dem benachbarten Bayern trafen sich beim traditionellen Gemeindetag der Salzburg Wohnbau. Im Bild auch Landesrätin Dr. Brigitta Pallauf (Mitte) und Bundesrätin Dr. Andrea Eder-Gitschthaler (3. v. r.).

Laut Experten gewinnen die Kommunen im Zeitalter der Digitalisierung und des sozialen sowie demographischen Wandels zunehmend an Bedeutung, stehen aber gleichzeitig vor großen Umstrukturierungen und Herausforderungen. Laut Prof. Helmut Mödlhammer, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes a.D. und Aufsichtsratsvorsitzender der „Kommunal Service Salzburg GmbH“ (KS), werden vor allem Gemeinden interessant werden, die offen für den Wandel der Zeit sind und die sich den Bedürfnissen der Bewohner serviceorientiert zuwenden. Dafür ist es wichtig, die Kräfte zu bündeln. Kooperationen mit erfolgreichen und zuverlässigen Unternehmen in unterschiedlichen Bereichen wie der Kommunal Service Salzburg können dazu erheblich beitragen. So hat sich die Kommunal Service Salzburg – ein Unternehmen der Salzburg Wohnbau-Gruppe – auf Dienstleistungen rund um Immobilien, die sich im Besitz von Städten und Gemeinden befinden, spezialisiert. Das Angebotsspektrum reicht dabei von der Sanierung und Instandsetzung von Kommunalbauten über die Hausbetreuung, bauphysikalische Fachplanungen wie die Erstellung von Energiekonzepten und Energieausweisen, E-Technik-Detailplanungen, Wirtschaftlichkeitsprognosen, Ausschreibungen und Kontrollfunktionen bis hin zu Brandschutz- und Sicherheitstechnik-Konzepten und die Unterstützung bei einer modernen Betriebsführung. Bereits rund 30 Gemeinden werden von der Kommunal Service Salzburg, die als externe Immobilienabteilung fungiert, professionell betreut.

Aufgaben der Gemeinden immer komplexer. Mehr als 60 Bürgermeister und Amtsleiter aus Salzburg und dem benachbarten Bayern trafen sich kürzlich im Schloss Urstein in Puch beim traditionellen Gemeindetag der Salzburg Wohnbau. Dabei holten sie sich von Experten wichtige Informationen aus erster Hand zu aktuellen Themen, denn die Aufgaben der Gemeinden werden immer komplexer, die Haftungen immer größer und die Bonitätskriterien zunehmend strenger.

SALZBURG WOHNBAU
WIR BAUEN VOR

MEHR INFOS

Informationen zu aktuellen Projekten der Salzburg Wohnbau unter
www.salzburg-wohnbau.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

Bürgermeister/innen

Seminar

Fonds Gesundes Österreich

GESUNDES FÜHREN

Ziel: Sie lernen gesundheitsrelevante Entwicklungen in Unternehmen (v.a. im Unternehmen Gemeinde) kennen, erfahren mehr zu gesundheitsfördernden Managementansätzen und -wissen über Wertschätzung, Partizipation und „Sozialkapital" als Kernelemente guter gesunder Führung Bescheid. Die Möglichkeiten einer praxisnahen Umsetzung werden erarbeitet.

Zielgruppe:
- Bürgermeister/innen
- Vizebürgermeister/innen
- Ortsvorsteher/innen
- Amtsleiter/innen mit Führungsverantwortung in Gemeinden und gemeindeeigenen Betrieben, die bereits an Teil 1 teilgenommen haben.

Gruppengröße: 6 – 20 Personen

Seminardauer: 3 Tage

Seminar:
- → Gesundheitsfördernde und gesundheitsgefährdende Potenziale Ihrer Führungsrolle als Bürgermeister/in
- → Wertschätzung, Partizipation und soziale Unterstützung als Kernelemente „gesunder Führung"
- → Gesundheitsrelevante Management-Instrumente (Teambesprechungen, Mitarbeitergespräche, …)
- → Diversity, innerbetriebliche Zielgruppen und soziale Gesundheitschancen
- → Vom Tool zum System

Termin:
7. - 9. Juni 2018
NÖ, St. Ruprecht / Raab
Garten-Hotel Ochensberger
Anmeldeschluss: 17. Mai 2018

Referentin/Referenten, Trainerin/Trainer: Petra Gajar, Peter Mörwald, Gernot Scheucher

Information und Anmeldung:
petra.gajar@goeg.at
01/895 04 00-712
https://weiterbildungsdatenbank.fgoe.org

Österreichischer Gemeindebund

FLGÖ

SV Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

---

BAU!MASSIV!

DIE ZUKUNFT IM BLICK
ENERGIEEFFIZIENZ IM FOKUS

© istockphoto.com/zcilo

Familien, die ein Eigenheim errichten, stehen vor wichtigen Entscheidungen - denn ein eigenes aus baut man zumeist nur einmal im Leben. Und das für viele Jahrzehnte. Dabei ist jede einzelne Entscheidung wichtig - eine davon ist die Bauweise. Wer heute zukunftsorientiert denkt und nachhaltig handelt, wird sich für eine massive Bauweise entscheiden. Mehr als 80 Prozent aller Bauherren setzen auf massive Baustoffe wie Ziegel, Beton oder mineralische Putze. Denn sie bieten Vorteile, die für sich selbst sprechen.

Schon immer spielten massive Baustoffe in der Geschichte des Bauens eine Hauptrolle, so auch heute. Architekten rund um den Globus setzten in der Stadtentwicklung ebenso auf sie wie in der Objektgestaltung. In ländlichen Regionen prägt die massive Bauweise den unverwechselbaren Charakter verschiedenster Häuser - ganz egal ob es sich um ein liebevoll saniertes Landhaus, ein modernes Einfamilienhaus oder ein zu Hause für mehrere Generationen handelt. Wer auch immer darin lebt, hat auch der Natur Gutes getan und bei der Errichtung auf die Schonung der Ressourcen geachtet.

Der Ziegel von heute ist zukunftsfit und schafft in Häusern Behaglichkeit, Natürlichkeit und hervorragenden Schutz gegen Unwetter. Beton eröffnet unzählige geometrische Gestaltungsmöglichkeiten und schafft Raum für Design und Ideen.

Wer massiv baut, profitiert von niedrigen Energiekosten und kann Förderungen gut ausnützen. Wände und Decken aus Beton speichern die Sonnenwärme besonders effizient und auch die Sommertauglichkeit und Wetterbeständigkeit des traditionsreichen Ziegels wurde optimiert. Massive Mauern sind winddicht, ganz ohne Folien und zusätzliche Dämmung. Mit massiven Baustoffen können die Klimaziele der EU optimal erreicht werden und durch die kurzen Transportwege kann zudem ein großer Beitrag zum ökologischen Bauen geleistet werden. **www.baumassiv.at**

Manfred Asamer (Obmann des FV Steine-Keramik), Andreas Pfeiler (Geschäftsführer des FV Steine-Keramik) und Robert Schmid (Obmann-Stv. des FV Steine-Keramik).

Baustoffbranche unter Preis- und Innovationsdruck

Der Fachverband der Stein- und keramischen Industrie präsentierte Anfang März die Ergebnisse der alljährlichen Konjunkturerhebung unter seinen über 300 Mitgliedsunternehmen. „Mit einem Umsatzwachstum von 3,62 Prozent auf 3,53 Milliarden Euro verzeichneten wir unterm Strich ein gutes Jahr. Bei genauerer Betrachtung wird ersichtlich, dass dieses Plus in erster Linie von den hochspezialisierten Industriezuliefer-Branchen getragen wird. Innerhalb der baunahen Branchen wurden 2017 im Hochbau (z. B. Gebäudeanlagen) wieder mehr Investitionen getätigt. Der Tiefbau wurde abseits der großen Infrastrukturachsen weiterhin stiefmütterlich behandelt“, so Andreas Pfeiler, Geschäftsführer des Fachverbands Steine-Keramik. Mehr Infos unter: **www.baustoffindustrie.at**

Steinbichler: „Wesentliche Ziele erfüllt oder übertroffen“

Die Kommunalkredit Austria AG (Kommunalkredit) hat im Geschäftsjahr 2017 ein Konzernjahresergebnis nach Steuern von 18,1 Millionen Euro erzielt. Sie hat 2017 das Neugeschäftsvolumen deutlich ausgebaut, die Refinanzierungsbasis gestärkt, die Online-Retail-Plattform „Kommunalkredit Invest“ auf den Markt gebracht und das Front-Office-Team verstärkt sowie Prozesse gestrafft. Kommunalkredit-Vorstandsvorsitzender Alois Steinbichler: „Wir haben unsere wesentlichen Ziele für 2017 erfüllt oder übertroffen und werden am europäischen Infrastrukturmarkt zunehmend wahrgenommen. Dieser Erfolg war sowohl bei der Finanzierung von Infrastrukturprojekten als auch bei den Kundeneinlagen zu verzeichnen.“

Mehr Infos und den detaillierten Jahresfinanzbericht finden Sie auf: **www.kommunalkredit.at**

„Mit der ‚eGründung‘ sollen sich Gründerinnen und Gründer viele **Amtswege ersparen.“**

Margarete Schramböck, Wirschaftsministerin, bei der Präsentation der elektronischen Unternehmensgründung „eGründung“ auf **www.usp.gv.at**

BEST PRACTISE IN ALLER KÜRZE

ERFOLGREICHE WINTERSAISON

In der ersten Hälfte der laufenden Wintersaison 2017/18 (November 2017 bis Jänner 2018) wurden laut vorläufigen Ergebnissen der Statistik Austria 30,80 Millionen Nächtigungen sowie 9,07 Millionen Ankünfte in österreichischen Beherbergungsbetrieben registriert. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum stieg die Zahl der Nächtigungen um 5,9 Prozent und jene der Ankünfte um 5,3 Prozent.

27%

Im Jahr 2017 wurden laut Statistik Austria 2,5 Millionen Hektoliter Wein produziert. Die Erntemenge lag damit um 27 Prozent über der des Vorjahres und um 15 Prozent über dem Ernteschnitt der vergangenen fünf Jahre.

1,8%

Rund 6,77 Millionen Kraftfahrzeuge (Kfz) waren laut Statistik Austria zum Stichtag 31. 12. 2017 in Österreich zum Verkehr zugelassen, um 1,8 Prozent oder 116.891 Fahrzeuge mehr als ein Jahr zuvor (2016: +1,7 Prozent).

Tabelle: Förder-Ranking der Bundesländer 2018*

	Förderhöhe in Euro	Anzahl Holzheizungen	Anteil in %	Anzahl Ölheizungen[1]	Anteil in %
Vorarlberg	6.000[2]	26.667	5	39.323	7
Salzburg	5.020	38.383	7	45.743	8
Tirol	3.750	52.927	9	96.269	16
Steiermark	3.600	99.639	18	120.391	20
Niederösterreich	3.000	145.168	26	88.131	14
Oberösterreich	2.900	102.519	19	102.942	17
Kärnten	2.700[3]	50.272	9	60.908	10
Burgenland	2.200	32.005	6	17.596	3
Wien	0[4]	5.150	1	27.817	5
Summe		552.730	100	599.121	100

* Annahme: Kesseltausch von Heizöl auf Pellets (15 kW; Kosten 15.000 Euro ohne Entsorgung der Altanlage), maximal mögliche Förderhöhe der Länder und des Bundes für einen Haushalt; Einmalzahlungen; keine Extra-Zuschüsse berücksichtigt, wie z.B. für Pufferspeicher.
1) inklusive Flüssiggas, „Zentral- und gleichwertige Heizung"
2) Bonusstufe 2 samt Förderbonus Altbau für fossilen Kesseltausch.
3) Entsorgung vorausgesetzt
4) Förderung der Biomasseheizung nur im Zusammenhang mit einer thermisch-energetischen Sanierung möglich, keine Direktförderung

Quelle: Bundesländer, Klima- und Energiefonds, Statistik Austria, Energiestatistik; MZ Energieeinsatz der Haushalte 2015/2016

Welches Bundesland meint es ernst mit der Energiewende?

Der Österreichische Biomasse-Verband hat auch heuer alle Landesförderungen für den Einbau von Holzheizungen erhoben und stellt die Ergebnisse samt Kontaktadressen online zur Verfügung. Dabei wurde ein Kesseltausch-Förderranking von Heizöl auf Pellets durchgeführt. Als Grundlage für die Berechnung wurden Kosten von 15.000 Euro für einen 15 kW Pelletskessel sowie die optimale Erfüllung aller Fördervoraussetzungen für den Pelletskessel angenommen. Nachdem Kärnten jahrelang das Ranking gewonnen hat, wird es heuer durch Vorarlberg abgelöst. Das Bundesland gewährt bei einem Kesseltausch einen Einmalzuschuss von bis zu 6000 Euro. Gefolgt wird Vorarlberg von Salzburg mit einer Fördersumme von 5020 Euro. Auf den dritten Rang hat sich heuer Tirol mit einem direkten Zuschuss von 3750 Euro katapultiert. Im Ranking sind Gemeindeförderungen und Sonderförderungen für Zusatzkomponenten nicht berücksichtigt. Diese müssen zusätzlich von den Förderwerbern erfragt werden.
Mehr Info auf:
www.biomasseverband.at/service/foerderuebersicht

„Mister Unimog" wechselt zu TATRA

Mit Komm.-Rat Anton Bucek konnte die Salzburger Tschann Nutzfahrzeuge GmbH einen der profiliertesten Kenner des österreichischen Kommunal-, Einsatz- und Militärfahrzeugmarktes gewinnen - Nutzfahrzeugsegmente, für die der tschechische Allrad-Spezialist TATRA einzigartige Lösungen anbietet. Als bewährter Ansprechpartner für den öffentlichen Dienst wird Bucek seine Expertise nun für den Aufbau des TATRA-Behördengeschäfts einbringen.
Mehr Info unter:
www.tschann.biz

Komm. Rat Anton Bucek baut das Behördengeschäft beim österreichischen TATRA-Exklusivvertreter Tschann Nutzfahrzeuge auf.

FOTO // © FV Steine-Keramik / Brunnbauer // BMDW/Christian Lendl // Tschann

LAND & LEUTE

SALZBURG
Gemeindetag baut auf stabile Verhältnisse
Seite 79

ZUKUNFTSTAGUNG
UFGC auf der Suche nach der Gemeinde der Zukunft
Seite 80

Der frisch gebackenen Bürgermeisterin Andrea Pabinger sind die kommunalen Abläufe in Lamprechtshausen bestens bekannt. Über 20 Jahre lang war sie bereits die Finanzleiterin der Salzbuger Gemeinde.

NAME:	**ANDREA PABINGER**
ALTER:	**51**
GEMEINDE:	**LAMPRECHTSHAUSEN**
EINWOHNERZAHL:	**3.991** (STAND 1. JÄNNER 2017)
IM AMT SEIT:	**18. OKTOBER 2017**
PARTEI:	**ÖVP**

NAHAUFNAHME: ANDREA PABINGER

DIE BUNTE MISCHUNG **MACHT'S AUS**

Frau Bürgermeisterin, wie sind Sie in die Politik gekommen?
Als Quereinsteigerin. Ich war zwar immer schon politisch interessiert, komme aber nicht wirklich aus einer politisch aktiven Familie. Seit 1997 bin ich in der Gemeinde für die Finanzen zuständig und habe dadurch ständig mit der Politik und den Bürgern in der Gemeinde zu tun gehabt. Eines Tages bin ich gefragt worden, ob ich nicht auch für die Politik, genauer gesagt für die ÖVP, tätig sein könnte. 2011 habe ich schließlich als Parteiobfrau die Ortspartei übernommen, 2014 bin ich als Gemeinderätin angelobt worden, und nun bin ich Bürgermeisterin.

Ihre schwierigste Herausforderung im Gemeindedienst?
Schon die Tatsache, dass ich kandidiere, war eine Herausforderung, aber wenn man aktiv an die Sachen herangeht und die Arbeit mit Freude macht, sind die Herausforderungen nicht unüberwindbar.

Sie kennen die Gemeinde in- und auswendig. Was ist als Bürgermeisterin anders?
Eines hat sich gar nicht geändert, nämlich mein Weg in die Arbeit. Da ist (fast) alles gleich geblieben. Das Finanzleiterbüro ist auf der rechten Seite, das Bürgermeisterbüro ist links, und anfangs hab ich noch öfter den verkehrten Weg eingeschlagen. Aber das hat sich mittlerweile auch gelegt. (lacht)
Es ist ein riesengroßer Vorteil, dass ich – dadurch, dass ich schon 20 Jahre in der Buchhaltung bin – die Gemeinde wirklich in- und auswendig kenne. Nun, als Bürgermeisterin, geht es mir gut, denn ich hab von allem mehr: mehr Aufgaben, mehr Arbeit, mehr Verantwortung, mehr Termine, mehr Möglichkeiten, mit den Leuten in Kontakt zu kommen, mehr Möglichkeiten, wo dabei zu sein. Als Bürgermeisterin kann ich jetzt mit Entscheidungen treffen und nicht nur ausführen, wie früher.

„HERAUSFORDERUNGEN **SIND NICHT UNÜBERWINDBAR.“**

Bei der Wahl in Lamprechtshausen sind ausschließlich Frauen gegeneinander angetreten.
Ja, drei Frauen standen zur Wahl. Das gab es österreichweit noch nicht und war etwas ganz Neues. Entsprechend fand dieser Umstand auch medialen Widerhall. Die Leute haben sich gefreut, dass Frauen zur Wahl stehen. Nur ganz vereinzelt hat man Bedauern darüber gehört, dass überhaupt keine Männer kandidieren. Gerade beim Bürgermeisteramt ist in erster Linie natürlich wichtig, dass die Sache im Vordergrund steht. Ich glaube aber, dass es gar nicht verkehrt ist, wenn einmal Frauen das Amt ausüben, da oft eine andere Sichtweise und ein anderer Zugang zu den verschiedensten Themen vorhanden sind. Die bunte Mischung macht's aus. Auch bei der Zusammenarbeit zwischen Männern und Frauen, so wie sie bei uns in der Gemeindevertretung stattfindet, zeigt sich: es sind verschiedene Denkweisen vorhanden. Die Ideen aller fallen in einen Topf rein, und daraus können wir gemeinsam das Beste für den Ort erreichen.

Der **Mensch** hinter der Bürgermeisterin

ZUHAUSE IST FÜR MICH ...
dort, wo ich sein kann, wie ich will; wo ich mich zurückziehen kann; bei Familie und Freunden.

ICH REGE MICH AUF ÜBER ...
Unpünktlichkeit und Falschheit.

WENN ICH EINEN WUNSCH FREI HÄTTE, ...
wünschte ich, dass es allen Menschen gut geht, und mein Leben weiterhin so verläuft, wie es das gerade tut.

ICH HABE ANGST VOR ...
...gar nichts. Angst ist in der Politik ein schlechter Begleiter.

MEIN LEBENSMOTTO:
Bescheidenheit, Wertschätzung und Echtheit

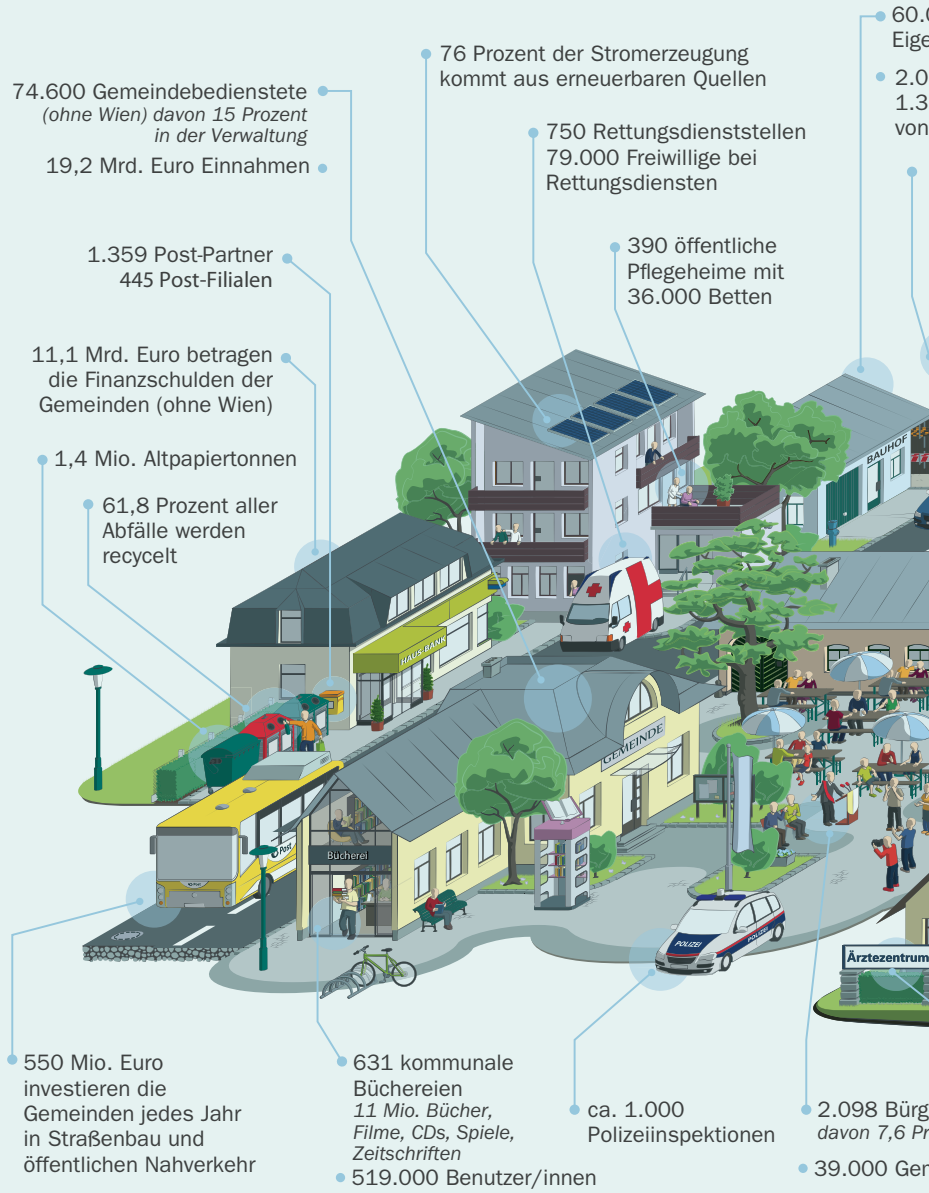
WIE WÜRDEN SIE SICH SELBST BESCHREIBEN?
energiegeladen, optimistisch, und lebensfroh

Das vollständige Porträt von Andrea Pabinger finden Sie auch auf **http://kommunal.at/artikel/die-bunte-mischung-machts-aus/**

IMAGE

WAS DIE **GEMEINDEN LEISTEN**

Am besten illustriert man die Arbeit der Gemeinden, indem man sich einmal überlegt, was es ohne die Gemeinden nicht gäbe.



Es gäbe kein fließend Wasser, keine Straßen, aber auch keine Kinderbetreuungseinrichtungen oder Schulen. Auch die Altenbetreuung würde ohne die Pflegeheime anders aussehen. Das ist vielen Menschen gar nicht bewusst“, weiß Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl. Daher liegt dieser KOMMUNAL-Ausgabe bei allen Amtsleitern auch die Neuauflage der Grafik „Was unsere Gemeinden leisten …“ bei. Damit kann sich nun jeder Bürger über die wichtigsten Aufgaben der Gemeinden informieren. Was macht eine österreichische Gemeinde aus? Bei welchen für uns so selbstverständlich gewordenen Services sorgen die Gemeinden für den perfekten Ablauf?

Auf einen Blick zu sehen, was unsere Gemeinden ausmacht, hat zu großer positiver Resonanz unter den Gemeinden geführt. Wenn Sie diese Zusammenstellung der wichtigsten Zahlen rund um die Gemeinden auch in Ihrer Gemeindezeitung publizieren möchten, finden Sie auf **www.gemeindebund.at/was-unsere-gemeinden-leisten** einen Musterartikel sowie die Grafik in hoher Auflösung zum Download.

Alle bereitgestellten Texte stellen Zahlen und Fakten zu den einzelnen Themenbereichen dar. Alle Inhalte wurden nach bestem Wissen recherchiert, der Gemeindebund übernimmt jedoch keine Gewähr. Sie können die Texte (rechtefrei) verwenden, sei es für Ihre Gemeindezeitung oder Ihre Homepage.

KOMMUNAL
GEMEINDEN.GESTALTEN.ÖSTERREICH.

000 Gebäude im
entum der Gemeinden

00 Bauhöfe und
00 Recyclinghöfe werden
Kommunen betrieben

1 Mio. Straßenlaternen
ca. 250.000 wurden schon
auf neue Technologien umgerüstet

117.800 Vereine
13.900 Sportvereine

769 Kinderkrippen
3.251 Kindergärten

93 Prozent der Drei- bis Fünfjährigen
werden in Kindergärten betreut

6.000 Euro gibt jede Gemeinde
pro Kindergartenkind und Jahr aus

700 Hallen- und Freibäder,
Natur-, See- und Strandbäder

Die Gemeinden sind Erhalter von
rund 4.277 Pflichtschulen und
stellen 2.200 Betreuungs-
einrichtungen für Schüler bereit

2.300 Euro gibt jede Gemeinde
pro Schulkind und Jahr aus

4.500 Freiwillige Feuerwehren
und Feuerwehr-Häuser
340.000 Mitglieder

43.000 km Güterwege

13.700 km Radwege

88.700 km Gemeindestraßen
das sind 71 Prozent aller Straßen

79.000 km Trinkwasserleitungen

89.000 km Kanalnetz
2.000 öffentliche Kläranlagen

Zwei Drittel aller Gebäude in
Österreich sind Einfamilienhäuser

ermeister
ozent weiblich

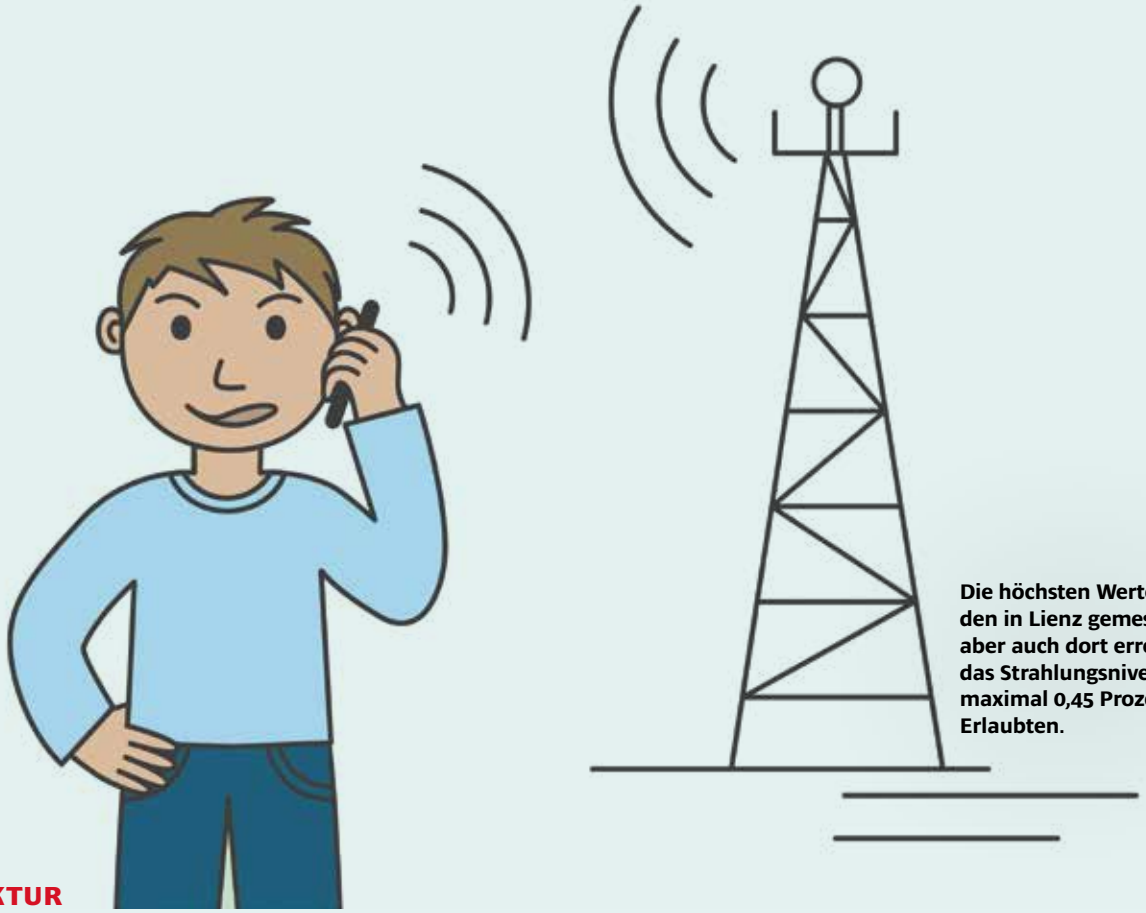
meinderäte

1.560 Landärzte
Auf einen Landarzt kommen
rund 2.300 Einwohner

Österreichischer
Gemeindebund

www.gemeindebund.at

Diese Grafik ist urheberrechtlich geschützt. Änderungen und Verwendung nur mit Zustimmung des Gemeindebundes.



Die höchsten Werte wurden in Lienz gemessen, aber auch dort erreichte das Strahlungsniveau nur maximal 0,45 Prozent des Erlaubten.

INFRASTRUKTUR

GERINGE **HANDYSTRAHLUNG** IN DEN BEZIRKSHAUPTSTÄDTEN

Das Forum Mobilfunk hat in allen 71 Bezirkshauptstädten Österreichs die Belastung durch Mobilfunkstrahlung messen lassen.

Bei der Untersuchung zeigte sich, dass die erlaubten Grenzwerte bei weitem unterschritten werden. Die höchsten Werte wurden in Lienz gemessen, aber auch dort erreichte das Strahlungsniveau nur maximal 0,45 Prozent des Erlaubten. Am geringsten war die Strahlung in Melk und Mödling.
Erstellt wurde die Studie von der Technischen Hochschule Deggendorf in Bayern. „Wir hätten auch selber messen können, wollten aber, dass eine neutrale Institution die Daten erhebt“, sagt der Präsident des Forums Mobilfunk, Marcus Grausam.

Gemessen wurde jeweils auf einem zentralen Platz des Ortes, etwa vor dem Rathaus. Erhoben wurden die Immissionen sämtlicher Mobilfunk-Generationen, aber auch anderer Funkdienste wie Radio- und Fernsehsendern.
„Wichtig war, eine Vergleichbarkeit mit früheren Testreihen, wobei die Belastung durch LTE erstmals erhoben wurde“, erläutert Prof. Matthias Wuschek von der TH Deggendorf, der für das Projekt verantwortlich war. Dabei zeigte sich, dass die Strahlenbelastung gegenüber früheren Messreihen kaum zugenommen hat. Diese waren in den Jahren 2007, 2009 und 2012 vom TÜV durchgeführt worden.
FMK-Präsident Grausam: „Mobilfunk ist, so wie er betrieben wird, eine sichere Technologie. Weil die Bürgerinnen und Bürger selbstverständlich ein Recht auf Abklärung auch nur befürchteter Risiken haben, wird weiter geforscht.“
Für jeder Gemeinde, in der gemessen wurde, wurde eine Dokumentation erstellt, die der Gemeinde zur Verfügung gestellt wurde. Die Daten sind auch im Internet einsehbar.

> „Wichtig war eine **Vergleichbarkeit** mit früheren Testreihen.“
>
> **Matthias Wuschek,** Professor an der Technischen Hochschule Deggendorf

http://messwerte.fmk.at

FOTOS // shutterstock.com

SALZBURGER GEMEINDETAG 2018

„NIEMAND MUSS MEHR **AUFGABEN SCHULTERN“**

Salzburgs Gemeinden bauen auf stabile Verhältnisse und eine verlässliche Partnerschaft mit dem Land Salzburg.

Die großen Herausforderungen, denen sich die Salzburger Gemeinden stellen, werden auch im Jahr 2018 nicht weniger. Dies wurde anlässlich des „Salzburger Gemeindetages“, der Delegiertenversammlung der kommunalen Interessenvertretung, Ende Februar in Hallwang besonders deutlich. „Keine andere Gebietskörperschaft muss eine solche Vielfalt von Aufgaben schultern, wie dies unsere Gemeinden tun. Gerade in den kommenden Monaten stehen uns beginnend von der Umsetzung der EU-Datenschutzverordnung bis hin zur Umstellung auf das neue Rechnungswesen große Veränderungen bevor“, betonte der Präsident des Salzburger Gemeindeverbandes, Bgm. Günther Mitterer. Grundsätzlich blicken die Salzburger Gemeinden sehr positiv in das kommende Jahr, allerdings erwarten sie sich gerade im Bereich der Finanzierung im Sozial- und Pflegebereich klare Rahmenbedingungen. Für die Finanzierung der Pflege, aber auch hinsichtlich der finanziellen Absicherung der Kinderbetreuung stehen zufriedenstellende Antworten auf Bundesebene noch aus.

Der Salzburger Gemeindetag war auch der Anlass, zwei besonders verdiente Bürgermeister – den Vorsitzenden der Pinzgauer Bürgermeisterkonferenz und Bürgermeister von Piesendorf, Hans Warter sowie den ehemaligen Bürgermeister von Lamprechtshausen, Bgm. a.D. Ing. Hans Grießner, mit der Medaille „für besondere Verdienste“ auszuzeichnen.

FOTOS // vogl-perspektive.at

„Keine andere Gebietskörperschaft muss eine solche Vielfalt von Aufgaben schultern, **wie dies unsere Gemeinden tun.“**

Günther Mitterer,
Präsident des Salzburger Gemeindeverbandes

Viele Anliegen teilen die Salzburger Gemeinden auch mit dem Land Salzburg, weshalb einem gemeinsamen, geschlossenen Auftreten beider Gebietskörperschaften auch in Zukunft eine sehr starke Bedeutung zukommen wird. Dies betonte auch Landeshauptmann und Gemeindereferent Dr. Wilfried Haslauer in seiner Grußadresse an den Salzburger Gemeindetag. Er unterstrich, dass die Salzburger Landesregierung die Anliegen der Gemeinden sehr ernst nimmt. Dies zeigt sich auch daran, das in der letzten Funktionsperiode wichtige Gemeindethemen – beginnend von der Bezügereform bei den kommunalpolitischen Mandataren bis hin zur Reform der Ausbildung der Gemeindebediensteten – aufgegriffen und umgesetzt wurden. Ein gutes Beispiel für die enge Zusammenarbeit zwischen Land und Gemeinden ist der Gemeindeausgleichsfonds. „Durch einen leistungsstarken und effizienten GAF können unsere Gemeinden zeitnah, serviceorientiert und sehr wirkungsvoll bei ihren Infrastrukturprojekten unterstützt werden“, betonte Landeshauptmann Dr. Haslauer. Die seitens des Landes bereits in den letzten Jahren eingeleiteten Verwaltungsreformen waren ein Schritt in die richtige Richtung, dieser Weg muss aber konsequent fortgeführt werden.

In einer ganzen Reihe von Verwaltungsvorschriften sehen Salzburgs Gemeinden Änderungsbedarf, die wichtigsten Punkte wurden in einem Forderungsprogramm an den neuen Salzburger Landtag bzw. die zu bildende neue Salzburger Landesregierung zusammengefasst.

URBAN FUTURE global conference

36 Bürgermeisterinnen und

KOMMUNEN: LEBENSRAUM FÜR DIE MENSCHEN

VEREINT IN **LEIDENSCHAFT**

Auf der Urban Global Future Conference in Wien trafen mehr als 3000 Bürgermeister, Architekten, Planer, Wissenschafter und Experten zusammen. Ihre gemeinsame Leidenschaft: Ideen für nachhaltige und lebenswerte Kommunen der Zukunft. KOMMUNAL war dabei.

TEXT // Hans Braun

Menschen, die den Wandel vorantreiben, und ihre Visionen und Ideen standen im Mittelpunkt der Urban Future Global Conference, der weltweit größten Konferenz für CityChanger. Rund 230 Speaker aus aller Welt stellten konkrete Projekte vor und teilten ihre teilweise sehr persönlichen Erfahrungen. So berichtete Rui Moreira, Bürgermeister von Porto, davon, wie es durch ein breites Kulturprogramm, das die BewohnerInnen zum Mitmachen animierte, gelang, auch sozial schwächer gestellte Bevölkerungeschichten in die Weiterentwicklung ihrer Stadtteile einzubinden. Dadurch konnten heruntergekommene Viertel in Porto wiederbelebt werden.

Rajendra Singh, der es sich zur Lebensaufgabe gemacht hat, den Ganges zu reinigen, und der daher liebevoll auch „Waterman of India" genannt wird, sorgte mit Hilfe der von ihm gegründeten NGO Tarun Bharat Sangh in Rajastan dafür, dass ländliche Gegenden mit Hilfe von traditionellen Regenwasserspeichern wieder Zugang zu sauberem Trinkwasser haben.

Gil Penalosa, Gründer der kanadischen NGO 8 80 Cities, betonte in seinem energiegeladenen Vortrag, wie wichtig es sei, Städte für alle zu gestalten. StädteplanerInnen müssen dabei die Bedürfnisse von Kindern, älteren Menschen und Menschen mit Behinderung viel stärker in den Vordergrund stellen als sie es bisher tun.

„Engagierte Menschen müssen sich **vernetzen und voneinander lernen**."

Gerald Babel-Sutter, Gründer und Programmdirektor der Urban Future Global Conference (UFGC)

Auftritt der CityChanger. Die CityChanger sind es, die den Wandel zu lebenswerten Städten vorantreiben und durch ihr Engagement viele Steine ins Rollen bringen. „Um diesen Prozess des Wandels zu beschleunigen, müssen genau jene engagierten Menschen sich vernetzen und voneinander lernen", sagte Gerald Babel-Sutter, Gründer und Programmdirektor der Urban Future Global Conference (UFGC).

Die Konferenz sei der weltweit größte Treffpunkt von CityChangern und biete dafür den besten Rahmen. Beim Treffen der mehr als 100 Bürgermeister bei der UFGC setzt die Stadt Wien nicht nur mit der Vertragsunterzeichnung ein deutliches Zeichen, sondern nahm im Vorfeld auch mit zahlreichen weiteren Städtevertretern diesbezüglich Kontakt auf. Letztendlich haben sich 37 Städte – darunter auch Athen, Brüssel, Warschau, Ljubljana oder Innsbruck – verpflichtet, die Bewegung des Covenant of Mayors zu unterstützen. Selbst auferlegtes Ziel der Unterzeichner des Konvents ist es, die energiepolitischen Vorgaben der Europäischen Union zur Reduzierung der CO_2-Emissionen um 40 Prozent

FOTOS // Grayling Austria GmbH / © APA / Martin Hörmandinger

Bürgermeister aus ganz Europa unterzeichneten den Bürgermeister-Konvent.

FACTS & FIGURES

Mehr als

3000

Teilnehmer aus mehr als

400

Kommunen aus

50

Länder aus

4

Kontinenten

waren vertreten, darunter Gemeindevertreter, Wissenschafter und Experten aus Asien, Nord- und Südamerika und Europa.

www.urban-future.org

bis zum Jahr 2030 zu unterstützen und gemeinsame Strategien zum Umgang mit den Folgen des Klimawandels zu entwickeln. Mit der Unterzeichnung setzten die Städte somit ein starkes Zeichen ihres Commitments für dieses Vorzeigeprojekt, das regionale Akteure dazu motiviert, EU-Ziele umzusetzen.

Highlight „Cities FuckUp Night"*. Im Rahmen der UFGC fand die weltweit erste FuckUp Night für Städteverantwortliche statt. CityChanger aus Gent, Oslo, Stockholm, Vancouver und Wien zeigten auf, dass Projekte nicht immer erfolgreich sind und was man aus dem „Scheitern" lernen kann.

Auch Wiens Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou zog an dem Abend ein persönliches Resumée in Bezug auf die dreijährigen Umgestaltung einer der längsten Einkaufsstraßen Europas, der Mariahilfer Straße. Vassilakou warf dabei einen offenen und auch selbstkritischen Blick zurück auf die Höhen und Tiefen bei der Umsetzung des umstrittenen, letztlich aber sehr erfolgreichen Projekts und sprach dabei vor allem jene Punkte an, die sie heute anders machen würde.

* Bei einer „FuckUp-Night" erzählen gescheiterte „Leader" (Unternehmer oder auch Politiker) vor Publikum ihre Geschichte. Ziel ist es, anderen damit Mut machen. Solche Veranstaltungen sind meist bis auf den letzten Platz gefüllt.

Oben: 57 Vorträge, Workshops und Sessions waren durchwegs voll besetzt mit einem höchst interessierten Fachpublikum aus aller Welt.
Unten: Im Rahmen der UFGC fand die weltweit erste FuckUp Night für Städteverantwortliche statt. CityChanger aus Gent, Oslo, Stockholm, Vancouver und Wien zeigten auf, dass Projekte nicht immer erfolgreich sind und was man aus dem „Scheitern" lernen kann.

URBAN FUTURE global conference

VERTICAL FARMING & AQUAPONIC

„HÄNGENDE GÄRTEN“ WACHSEN HEUTE SENKRECHT

Sie wachsen nicht nur senkrecht, sie können – klug kombiniert mit Fischzucht – auch unsere Versorgungssicherheit stärken. Und die Gemeinden könnten für „Aquaponic“ eine wesentliche Rolle spielen.

TEXT // Hans Braun

Die „hängenden Gärten der Semiramis“ oder die „hängenden Gärten von Babylon“ waren nach griechischen Autoren eine aufwändige Gartenanlage in Babylon am Euphrat – einer der beiden großen Flüsse des Zweistromlands im heutigen Irak. Sie zählten zu den sieben Weltwundern der Antike.

Nach den antiken Schriftstellern lagen die hängenden Gärten Babylons neben oder auf dem Palast und bildeten ein Quadrat mit einer Seitenlänge von 120 Metern. Die Terrassen erreichten eine Höhe von ca. 25 bis 30 Metern. Die dicken Mauern und Pfeiler des Aufbaugerüsts waren überwiegend aus Brandziegeln hergestellt. Die Etagenböden bestanden aus drei Lagen, eine Lage aus Rohr mit viel Asphalt, darüber eine doppelte Lage aus gebrannten Ziegeln, die in Gipsmörtel eingebettet waren, und ganz oben dicke Platten aus Blei. So wurde ein Durchdringen von Feuchtigkeit verhindert. Auf diese Konstruktion hätte man Humus aufbringen und verschiedene Baumsorten einpflanzen können. Eine Bewässerung war aus dem nahegelegenen Euphrat möglich.

Eine alte Idee in ganz neuem Outfit: Das „Vertical Farming“ oder das „Pflanzen in die Höhe“ ist aber auch, wenn man nicht an die alten Babylonier denkt, keine ganz neue Idee. Der Wiener Architekt Othmar Ruthner arbeitete in den frühen 1960er-Jahren an einem vertikalen Gewächshaus. Innen waren in einem Paternoster-System Pflanzentröge angeordnet, in denen Gemüse wachsen sollte. Ruthners Vision war, damit eine neue Methode für eine billige, nachhaltige und dauerhafte Quelle von Nahrungsmitteln der Stadt zu schaffen. Leider scheiterte er an den unzureichenden technischen Voraussetzungen seiner Zeit.

Sein Idee wurde aber weiter verfolgt und ausgebaut. „Vertical Farming ermöglicht durch Vertikalisierung der Anbaumethoden und Nutzung natürlicher Energieressourcen eine ganzjährige und nachhaltige Kultivierung von Lebensmitteln auf geringster Fläche“, wie es auf der Startseite des vfi, des Instituts für Vertical Farming*, heißt.

Tilapia – ein Buntbarsch – oder auch afrikanische Welse sind schmackhaft und eignen sich hervorragend für die Aufzucht in Tanks.

Wie auch kleine Gemeinden Vertical Farming oder Aquaponic nützen können? Die Idee ist, dass an den weniger nutzbaren Seiten von Mehrparteienhäusern Aquaponic-Anlagen mit integriert werden. Die Erträge – Speisefische, Gemüse, Blattsalate, Beeren, Kräuter – gelangen auf den Markt. Und vielleicht findet sich in der Nähe ein Supermarkt, der die derart regional gewonnen Produkte verkauft. Gerade für Fisch, der ja zu mehr als 90 Prozent nach Österreich importiert werden muss, scheint der Markt

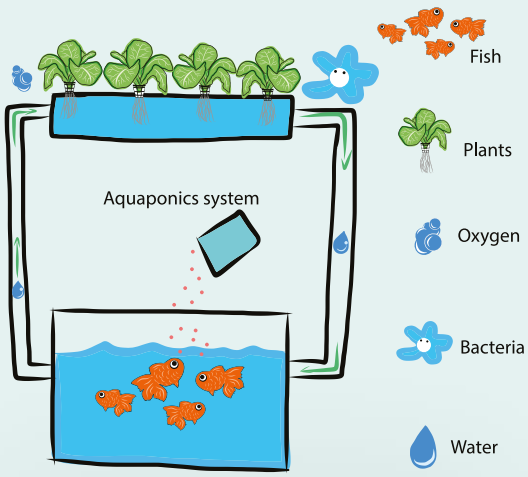
FOTOS // shutterstock.com

gegeben zu sein. Und Gemüse und Kräuter wachsen in einem eher gebirgigen Land wie Österreich auch nicht überall, von den für den Anbau notwendigen Flächen ganz zu schweigen.

Gert Zechner vom Lenkungsausschuss des vfi betreibt gleichzeitig ein Startup namens „Ponganic“, das solche Anlagen errichtet. Er schätzt, dass eine Gemeinde mit knapp 100.000 Euro dabei ist, „wenn die Gemeinden einiges an Handarbeit wie die Fütterung der Fische oder das Ernten der Früchte leistet“. Vielleicht ein neuer Job für den Platzwart, wenn der durch Rasenroboter vom Mähen des Fußballplatzes befreit ist. Oder für Freiwillige, die genau wissen wollen, wo ihr Essen herkommt.

Abschließend noch ein Rat von Zechner: „Machen Sie das Ganze hinter Glas, so dass die Menschen vom Wohnhaus und die, die daran vorbeigehen, hineinschauen können. Es ist ja immer mehr Leuten heutzutage ein großes Anliegen, zu wissen, dass ihre Nahrung aus einer gesunden Umgebung kommt. Damit haben Sie die Bevölkerung dann auch auf Ihrer Seite.“

Die UFGC übertrug damit dieses Format erstmals auf den öffentlichen Sektor und trägt so zu einer neuen Lernkultur bei, in der Fehler nicht nur erlaubt sind, sondern als Katalysatoren für den Wandel zu nachhaltigeren Städten dienen.



Das Prinzip von Aquaponic ist schnell erklärt: Über ein Pump-System wird aus den Fischtanks Wasser und Dünger nach oben gepumpt und zum Bewässern der Pflanzenkulturen verwendet. Das überschüssige Wasser gelangt durch Durchsickern (gereinigt vom Ammoniak) wieder in die Fischtanks.

* www.verticalfarminstitute.org
** www.ponganic.at

KOMMUNAL hat als Medienpartner der UFGC an der Konferenz teilgenommen und wird in den kommenden Ausgaben von einzelnen Panels und Vorträgen berichten.

UFGC ’19 in Oslo. Zum Abschluss übergab Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou die Staffel für die nächste Konferenz an Hanna E. Marcussen, Vizebügermeisterin von Oslo. Norwegens Hauptstadt wurde zur European Green Capital 2019 ernannt und ist daher als Location für die nächste UFGC prädestiniert (von 22. bis 24. Mai 2019). „Ich bin stolz, dass Europas größte Konferenz für nachhaltige Städte 2019 in meine Stadt kommt. Es ist inspirierend, so viele internationale ExpertInnen in Oslo zu haben, von denen wir lernen können. Ich freue mich schon auf viele wegweisende Zukunftsprojekte“, so Marcussen.

Starkes Netzwerk mit rund 100 internationalen Partnern. Die UFGC hat ein Netzwerk von rund 100 internationalen Partnern, darunter das europäische Städtenetzwerk EUROCITIES, das Bürgermeisterkonvent Covenant of Mayors, das Forschungsinstitut LSE Cities, das UN Cities Programme, aber auch engagierte Unternehmen wie EY, Saint-Gobain oder MHP.

BURGENLAND

Rund 400 Delegierte und Gäste kamen zur Landeskonferenz nach Raiding.

Erich Trummer **im Amt bestätigt**

Bei der Landeskonferenz des GVV Burgenland in Raiding wurde der amtierende GVV-Präsident Erich Trummer aus Neutal mit 99 Prozent der abgegebenen Delegiertenstimmen als GVV-Präsident wiedergewählt. Mit Trummer wurde auch die unmittelbare Führungsriege des GVV Burgenland im Amt bestätigt: die Bürgermeisterinnen Inge Posch-Guska aus Hirm und Renate Habetler aus Bernstein als Vizepräsidentinnen, Bürgermeister Werner Friedl aus Zurndorf als Vizepräsident und Bürgermeister Michael Lampel als Verbandskassier. Beschlossen wurde auch der Leitantrag des Vorstandes mit dem Titel „Finanzielle Zukunft der Gemeinden sichern!“

Nahversorgung wird gefördert

Im Burgenland wurde eine in Österreich einmalige Landesrichtlinie zur Förderung von Nahversorgungs- und Buschenschankbetrieben geschaffen. Bis 2020 stehen dafür insgesamt knapp 1,7 Millionen Euro bereit.
Gemeinden und Vereine können beim Referat für Dorfentwicklung um Förderungen ansuchen. Anfang April dieses Jahres startete der erste Förderaufruf im Rahmen eins Blockverfahrens. Gefördert werden Bau- und Einrichtungsinvestitionen, wie beispielsweise Verkaufsräume, ein Zu- oder Neubau, Betriebs- und Geschäftsausstattung, wie Verkaufspulte, Regale, die Anschaffung mobiler Verkaufsläden exkl. Trägerfahrzeug, maschinelle Ausstattungen, wie Kühlvitrinen oder Schneidemaschinen, aber auch betriebsnotwendige IT-Hard- und -Software.

KÄRNTEN

Landärztepaket soll Versorgung verbessern

Ein Landärztepaket in Höhe von sieben Millionen Euro soll die Gesundheitsversorgung in Kärnten sichern. Zum einen wird es für Landärzte eine Sonderunterstützung von bis zu 2000 Euro pro Quartal geben. Zusätzlich werden Beratungsgespräche besser abgegolten.
Fixiert wurde auch eine Aufstockung der Kassenstellen für Allgemeinmediziner und Fachärzte. Gemeint sind dabei Fachbereiche wie Augenheilkunde, Dermatologie, Innere Medizin, Kinderheilkunde, Urologie, Neurologie und Psychiatrie.
Vorgesehen ist außerdem die Umsetzung von Gesundheitszentren: „Der regionale Bedarf wird in Kooperation von Ärztekammer und Kärntner Gebietskrankenkasse erhoben, damit wir schnellstmöglich die Umsetzung in Angriff nehmen können“, sagt der Obmann der Kärntner Gebietskrankenkasse, Georg Steiner.

Beratungsgespräche sollen besser abgegolten werden.

Förderung für Wirtshäuser verdoppelt

Seit Ende 2017 gibt es in Kärnten eine unbürokratische Förderaktion für Wirtshäuser. Waren ursprünglich 70.000 Euro reserviert, wurde die Aktion nun aufgrund des Andrangs auf 150.000 Euro aufgestockt. Gefördert wird die Erneuerung der Gastgärten und Gaststuben. Unter dem Motto „Holz statt Plastik“ sollen die Gastgärten in den Tälern und Gemeinden neu gestaltet werden können. Geld gibt es für qualitätsetzende Maßnahmen, die die Attraktivierung des Ambientes mit überschaubaren, aber wirksamen investiven Maßnahmen zum Ziel haben.

NIEDERÖSTERREICH

Bei Bauverfahren, bei denen die Behörde die Abfrage im Grundbuch vornimmt, entfällt die Vorlage eines Grundbuchauszugs.

Deregulierungspaket soll Bürokratie vereinfachen

Seit dem 1. Februar ist in Niederösterreich ein umfassendes Deregulierungspaket in Kraft. Gesetzgebung und Verwaltung sollen bürgerfreundlicher und transparenter werden.
Das Paket umfasst im Wesentlichen die Beseitigung von über 80 Vorschriften, die Möglichkeit, gewisse Verfahren bewilligungsfrei zu stellen, sowie die Errichtung einer Ombudsstelle für Betriebsanlagengenehmigungen.
Die Maßnahmen umfassen etwa die Beseitigung von Vorschriften, die sich in der Praxis als nicht notwendig erwiesen haben.
Weiters wird E-Government ausgebaut. In bestimmten Verfahren ist es nun nicht mehr nötig, erforderliche Urkunden selbst vorzulegen, wenn diese von der Behörde über ein elektronisches Register abgerufen werden können. Das gilt etwa für Bauverfahren, wo die Behörde die Abfrage im Grundbuch vornimmt, wodurch die Vorlage eines Grundbuchsauszugs entfällt.

Dorfhelferinnen gesucht

Den Beruf der Dorfhelferin gibt es nur in Niederösterreich. Weitere Helferinnen werden nun gesucht. Unfälle, Krankheiten, Schwangerschaften oder Kuraufenthalte sind meist der Grund, warum Landwirte um eine Dorfhelferin ansuchen. „Es ist wichtig, dass es diese Schutzengel gibt, die in erfreulichen Situationen wie z .B. einer Geburt, aber auch in schwierigen Zeiten wichtige Aufgaben auf den Höfen übernehmen“, erklärt LH-Stellvertreter Stephan Pernkopf.

OBERÖSTERREICH

Kindergruppen **müssen zusperren**

Seit 1. Februar müssen oberösterreichische Gemeinden Eltern, die ihre Kindergartenkinder in die Nachmittagsbetreuung schicken, Beiträge vorschreiben. Das hat nun zur Folge, dass Kindergartengruppen zugesperrt müssen, weil den Eltern die Gebühr zu teuer kommt.
Für soziale Härtefälle kann die Gemeinde Kostenfreiheit beschließen. Trotzdem sehen sich viele Gemeinden mit einer Flut von Abmeldungen konfrontiert.
Eine Umfrage der Arbeiterkammer zeigt nun, dass 50 Gemeinden Gruppen schließen müssen, weil zu wenige Kinder da sind. Hans Hingsamer, Präsident des Oberösterreichischen Gemeindebundes, schätzt, dass in bis zu zehn Prozent der Gemeinden die Nachmittagsbetreuung zusammengebrochen ist. Betroffen sind vor allem kleinere Orte. „Das Problem ist nicht der Beitrag“, sagte Hingsamer im „Kurier“, „sondern die kurzfristige Umsetzung.“

Wer in Oberösterreich sein Kind erst nach 13 Uhr abholen kann, muss zahlen.

Thema Lichtverschmutzung

Als erstes Bundesland hat Oberösterreich ein eigenes Messnetz für die Lichtverschmutzung installiert, und erstmals werden in Pilotgemeinden auch konkrete Maßnahmen zur Verringerung der Lichtverschmutzung umgesetzt. Für Lichtverschmutzung gibt es keine gesetzlichen Vorgaben. Das Land Oberösterreich initiierte aus diesem Grund den nun vorliegenden österreichweiten Leitfaden „Licht, das mehr nützt als stört“. Er soll Entscheidungsträger in den Gemeinden für die negativen Auswirkungen der Lichtverschmutzung sensibilisieren sowie Lösungswege aufzeigen.

FOTOS: GVV Burgenland, Shutterstock/Monkey Business Images, www.BilderBox.com, Shutterstock/riopatuca

SALZBURG

Touristen auf dem Skywalk „Welterbeblick“ bei Hallstatt.

Bessere Aufsicht über **Tourismusverbände**

Mindestens 50 Millionen Euro flossen in den Jahren 2013 bis 2016 jährlich an die 98 Salzburger Tourismusverbände. Der Landesrechnungshof fordert nun bessere Kontrollen, was mit dem Geld geschieht.
Um die Wirksamkeit der Aufsicht zu verbessern, wird gefordert, dass das Land Salzburg auch Regelungen anderer Bundesländer übernehmen soll:

- Vermögensrelevante Rechtsgeschäfte von Tourismusverbänden sollten an eine Genehmigung der Aufsicht gebunden werden.
- Für Funktionen in den Verbänden sollten Qualitätskriterien und Sorgfaltsmaßstäbe gelten.
- Die Aufsicht sollte auch ermächtigt werden, sich externer Sachverständiger zu bedienen.

Mit dem Dorfmobil zum Einkaufen

In der Flachauer Gemeinde Faistenau soll schon bald ein Dorfmobil zur Verfügung stehen. Gegen ein kleines Entgelt sollen es Gemeindebürger, die nicht mobil sind, für Einkäufe oder Behördengänge nutzen können.
Auch in anderen Salzburger Gemeinden werden kreative Mobilitätslösungen gesucht: In Werfenweng sollen das „Werfenweg-Shuttle“ und das E-Carsharing-Modell auch auf die Nachbargemeinden Werfen und Pfarrwerfen ausgedehnt werden. Damit wird zum einen das Nahverkehrsangebot im öffentlichen Verkehr erweitert, zum anderen gibt es auch für die Werfener und Pfarrwerfener künftig die Möglichkeit, sich ein E-Auto unkompliziert auszuleihen.

STEIERMARK

Frauenprojekte gegen Abwanderung

Mit insgesamt einer Million Euro werden Projekte in der gesamten Steiermark verwirklicht, die die Teilhabe und Mitbestimmung von Frauen in allen Teilen der Gesellschaft und besonders im ländlichen Raum verbessern sollen. Dadurch soll der Abwanderung und der Ausdünnung des ländlichen Raumes aktiv entgegengewirkt werden.
Aber auch in Graz und im steirischen Zentralraum sind innovative Projekte zur Stärkung der Frauen in der Steiermark gefragt.
Gesucht wird eine gute Mischung aus klein, mittel und groß angelegten Projekten, die die Frauen stärken, damit auch künftige Generationen lebenswerte Städte und Gemeinden und intakte Gesellschaftsstrukturen vorfinden. Jeder Verein, jede Gemeinde und jede Region, die gute, kreative und nachhaltig wirkende Ideen hat, hat die Möglichkeit, Projekte einzureichen.

Steirische Gemeinden sollen für Frauen lebenswerter werden.

In Murfeld will man eine Fusion

Bei einer Volksbefragung in der südoststeirischen Gemeinde Murfeld sprach sich eine Mehrheit für die Zusammenlegung mit zwei benachbarten Gemeinden aus. Damit verbunden ist auch ein Wechsel des Bezirks.
Bei einer Wahlbeteiligung von 73 Prozent sprachen sich 68 Prozent der 1411 Stimmberechtigten für eine Zusammenlegung mit St. Veit oder Straß im Bezirk Leibnitz aus.
Als Ursache für die Initiative zur Gemeindefusion nannte Bürgermeister Werner Grassl finanzielle Gründe. Es stehen mehrere größere Projekte an, die die Gemeinde nur schwer alleine stemmen könne – so etwa beim Hochwasserschutz.

TIROL

Die Betreuung soll in Schulräumen der jeweiligen Gemeinde stattfinden.

Bedarfsorientierte **Ferienbetreuung**

Das Land Tirol hat eine bedarfsorientierte Betreuung von schulpflichtigen Kindern in den Ferien eingeführt. Damit soll die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert werden. Konkret soll es daher künftig möglich sein, in Gemeinden, in denen es keinen Hort gibt, weil schulpflichtige Kinder während des Unterrichtsjahres die schulische Tagesbetreuung oder einen alterserweiterten Kindergarten besuchen, während der Weihnachts-, Semester-, Oster-, Sommer- und eventuellen Sonderferien eine bedarfsorientierte Ferienbetreuung anzubieten. Diese soll in Schulräumen der jeweiligen Gemeinde ab fünf angemeldeten Kindern zwischen zwei und zwölf Wochen im Jahr von montags bis freitags jeweils von zumindest 7.30 bis 14 Uhr durchgeführt werden können und einen Mittagstisch enthalten.

Gestaltungsbeirat wird genutzt

Seit 2013 besteht für Tirol ein Gestaltungsbeirat, der städtebaulichen und landschaftsprägenden Projekten mehr Qualität verleihen soll. Bisher nutzten insgesamt 69 Gemeinden das kostenlose Beratungsangebot des Beirats; daraus entstanden wiederum 90 Projektempfehlungen.

Nach fünfjähriger Tätigkeit übergab nun der bisherige Vorsitzende Christoph Mayr-Fingerle die Leitung des Gremiums an Armando Ruinelli.
Neben der Begutachtung einzelner Bauprojekte unterstützt der Beirat auch die Landesregierung dabei, architektonische sowie städtebauliche Kriterien für die Stadt- und Ortsentwicklung zu formulieren.

VORARLBERG

Genaue Daten über das **Mobilitätsverhalten**

Alle fünf Jahre wird das Mobilitätsverhalten der Vorarlbergerinnen und Vorarlberger durch umfassende Befragungen erhoben. Bei der aktuell laufenden Studie kann auch erstmals spezifisch für eine Region bzw. Gemeinde erhoben werden, zu welchen Anteilen und zu welchen Wegezwecken Menschen mit dem Rad unterwegs sind.
Die erhobenen Daten sind wertvolle Grundlagen für regionale Radverkehrsplanungen, aber auch für die Vergleichbarkeit verschiedener Regionen und Städte bzw. Gemeinden. Elf Regionen, Städte und Gemeinden haben eine Verdichtung der Erhebung angesucht

Die erhobenen Daten sind wertvolle Grundlagen für regionale Radverkehrsplanungen, aber auch für die Vergleichbarkeit verschiedener Regionen und Städte bzw. Gemeinden.

Aufregung um „Herdprämie“

Schwarzenberg im Bregenzerwald bezahlt Müttern, die zuhause bleiben und ihre Kinder nicht in die Kinderbetreuungseinrichtung geben, jährlich eine Prämie von 300 Euro pro Kind. Die Meinungen über die „Herdprämie“ sind in der Bregenzerwald-Gemeinde aber gespalten.
Die Prämie solle eine „Anerkennung“ sein, heißt es in einer Stellungnahme von Bürgermeister Markus Flatz. Man wolle „nicht das eine gegen das andere“ Kinderbetreuungsmodell ausspielen. Er selbst hat bei der Gemeindevertretungssitzung gegen die Prämie gestimmt. Die Abstimmung ging aber mit 15:3 Stimmen klar für das neue Modell aus.
Gegnerinnen der „Herdprämie” wie Gemeinderätin Grete Schultz fürchten, dass Frauen zurück an den Herd gedrängt werden sollen, sagte Schultz gegenüber dem ORF Vorarlberg.

FOTOS: Shutterstock/ichywong, Shutterstock/stockfour, DGLimages

PERSONALIA

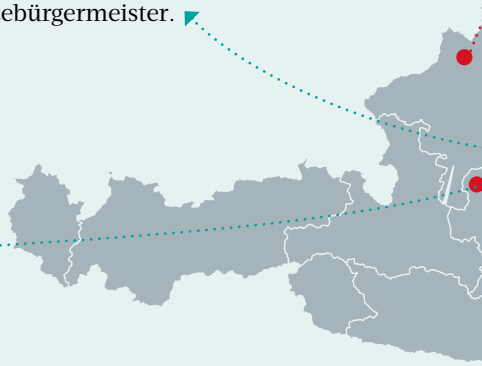
KORREKTUR AUS KOMMUNAL 03/18 // Micheldorf im Bezirk Kirchdorf an der Krems wurde in unserer letzten Ausgabe mit dem gleichnamigen Ort in Kärnten verwechselt. KOMMUNAL bedauert diesen Fehler. Bürgermeister Ewald Lindinger wechselt aus OÖ in den Bundesrat.

Der Familienrat hat entschieden

BAD TRAUNSTEIN // Die Marktgemeinde Bad Traunstein hat seit 20. Februar 2018 einen neuen Bürgermeister. Nachdem Angela Fichtinger nach 13 Jahren als Ortschefin Anfang Februar zurückgetreten ist, heißt der neue Amtsinhaber Roland Zimmer. Der 44-Jährige war bisheriger Vizebürgermeister und wurde vom Gemeinderat einstimmig zum neuen Bürgermeister gewählt.

Neuer jüngster Bürgermeister im Bezirk Baden

POTTENSTEIN // Die Marktgemeinde Pottenstein im Bezirk Baden hat seit 12. Februar 2018 einen neuen Bürgermeister. Der erst 29-jährige Daniel Pongratz folgt auf Eva Baja-Wendl, die sich aus der Kommunalpolitik zurückzieht. Die Amtsübernahme war schon länger geplant und Pongratz übernahm zur Halbzeit der Legislaturperiode das Bürgermeisteramt. Trotz seines jungen Alters bringt er reichlich Erfahrung mit und ist politisch gesehen ein „alter Hase". Seit zehn Jahren ist er als Leiter des Pottensteiner Bürgerbüros tätig und seit 2015 sammelte er Erfahrungen als Vizebürgermeister.



Überraschender Rücktritt **und neuer Chef**

KARLSTEIN // Der neue Bürgermeister der Marktgemeinde Karlstein heißt Siegfried Walch. Nach dem überraschenden Rücktritt von Ernst Herynek Anfang Februar fiel das Votum für seinen Nachfolger sehr deutlich aus: 14 von 17 Stimmen entschieden sich für den 47-Jährigen aus der Kastralgemeinde Göpfritzschlag. Die Erfahrung bringt der Neo-Bürgermeister eindeutig mit, schließlich ist er schon seit 2002 – immerhin 16 Jahre – im Gemeinderat tätig. Knapp zweieinhalb Jahre später wurde er in den Gemeindevorstand gewählt. „Die Ambitionen, in die Politik zu gehen, sind stetig gewachsen und mit dem Rücktritt meines Vorgängers hat das Timing einfach gestimmt", erklärt Siegfried Walch sein immer größer gewordenes Interesse an der Kommunalpolitik.

Erste „Frauenherrschaft" in Fischbach

FISCHBACH // Mutter, Gemeindesekretärin und ab jetzt auch noch Bürgermeisterin: Silvia Karelly wurde Mitte Februar zur neuen Fischbacher Ortschefin gewählt. Damit ist die 40-Jährige die 161. Frau im Bürgermeisteramt. „Das erste Mal als ‚Frau Bürgermeister' angesprochen zu werden, war für mich schon ein sehr bewegender Moment", gibt die Neo-Bürgermeisterin zu. Als „Volksbürgermeisterin" hat sie es sich zum Ziel gesetzt, den Anliegen der Gemeindebürger stets offen gegenüberzutreten.

TERMINE
IM FRÜHJAHR

19 / April

Chancen und Risiken für Betreiber von Hochwasserschutz-anlagen

Der Österreichische Wasser- und Abfallwirtschaftsverband veranstaltet am 19. April 2018 in Kooperation mit dem Land Oberösterreich und dem Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus das Jahrestreffen der Hochwasserschutzverbände, Gemeinden und Genossenschaften, mit dem Titel „Chancen und Risiken für Betreiber von Hochwasserschutzanlagen“.

www.oewav.at
Ort: Zell an der Pram

18-20 / Juli

Kommunale Sommergespräche

Die Kommunalen Sommergespräche finden von 18. bis 20. Juli 2018 statt und widmen sich dem Thema des Jahres: der Zukunft der Pflege. Wie kann der steigende Bedarf an Pflegeplätzen gedeckt werden? Welche Alternativen gibt es für ältere Menschen? Merken Sie sich den Termin vor!

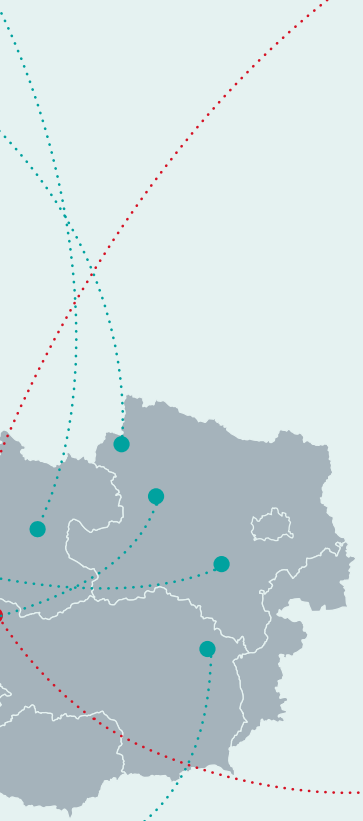
www.sommergespraeche.at
Ort: Bad Aussee.

11-13 / Mai

Let’s Clean-Up Europe – für ein sauberes Europa

Mit der europäischen Initiative „Let’s Clean-Up Europe“ sollen alle Anti-Littering-Aktivitäten, insbesondere lokale Flurreinigungsaktionen, unter einem Dach vereint werden. Damit wird ein deutliches Zeichen gegen das Littering und die wilde Ablagerung gesetzt. Dazu zählt jedes achtlose Wegwerfen von Abfällen in der Natur und im öffentlichen Raum, angefangen vom Zigarettenstummel bis hin zu Haushaltsgeräten oder Autoreifen.
Ziel der Anti-Littering-Kampagne ist, die gesundheitlichen, ökologischen und ökonomischen Auswirkungen verstärkt ins Bewusstsein der Menschen zu bringen. Abfälle in der Natur belasten nicht nur die Umwelt, ihre Entsorgung kostet auch sehr viel Geld. Das europäische Aktionswochenende findet vom 11. bis 13. Mai 2018 statt. Trotzdem können alle Initiativen des Frühjahrs bereits zwischen Februar und Mai 2018 auf der zugehörigen Plattform registriert werden. Die besten und effizientesten Projekte werden jährlich prämiert. Werden Sie Teil dieser Bewegung gemäß dem Motto „Tue Gutes und rede darüber“.
Registrieren Sie Ihre Initiative!

www.ewwr.eu/de/take_part/lets-clean-up-europe



LINKS ZUM THEMA

Mehr Personalia auf

gemeindebund.at
kommunalnet.at

FOTOS: Österreichischer Gemeindebund

UNNÜTZES WISSEN

WAS SIE NOCH NIE WISSEN WOLLTEN

Schwedischer Stadtrat rät zu Sex in der Mittagspause

Essen? Jogging? Sex! Ein schwedischer Stadtrat hat laut einem – zugegebenermaßen schon älteren – Bericht im KURIER eine einstündige bezahlte Mittagspause ins Gespräch gebracht, die Arbeitnehmer für ein Schäferstündchen daheim mit dem Partner nutzen sollten.

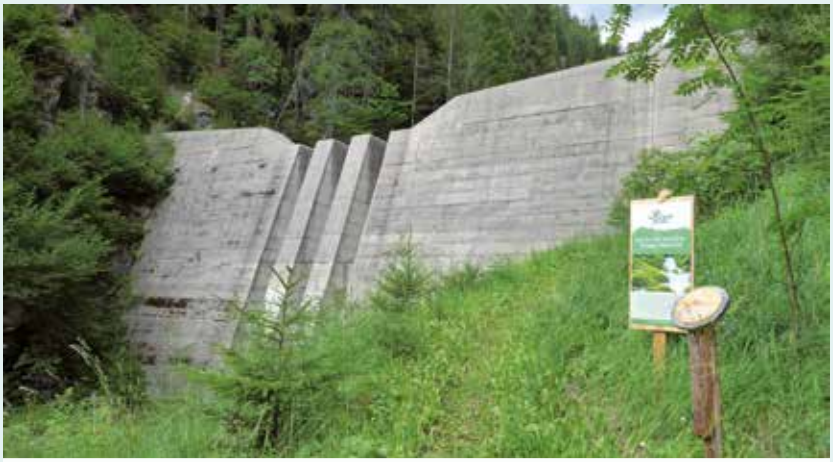
„Es gibt Studien, die belegen, dass Sex gesund ist", sagte Per-Erik Muskos, Stadtrat der nördlichen Stadt Övertornea. Der 42-Jährige stellte einen entsprechenden Antrag zur Abstimmung.

Muskos argumentierte, es gehe ihm mit seinem Vorschlag darum, die Beziehungen zwischen den Menschen zu verbessern. Paare würden heutzutage nicht mehr genügend Zeit miteinander verbringen, beklagte der Stadtrat. Er stellte allerdings klar, dass es selbstverständlich keine Kontrollmechanismen für die einstündige bezahlte Mittagspause gebe – Arbeitgeber müssten ihren Angestellten schlicht vertrauen.

Muskos sagte zudem, er sehe „keinen Grund", weshalb sein Antrag nicht durchgehen könnte. In Vollzeit arbeitende Schweden kamen im Jahr 2015 im Durchschnitt auf 1685 Stunden Arbeit – nur die Finnen und die Franzosen arbeiteten in Europa noch weniger.

https://kurier.at/leben/schwedischer-stadtrat-raet-angestellten-zu-sex-in-der-mittagspause/247.941.264

IM NÄCHSTEN **KOMMUNAL** *



Wasser & Kanal

Wasser und Abwasser sind nach wie vor Dauerbrenner der österreichischen Kommunalpolitik. Nach dem schneereichen Winter steht wieder eine spannungsgeladene Schneeschmelze im Frühjahr bevor. Wir werfen nicht nur einen Blick auf die Schutzmaßnahmen der Gemeinden, wir sehen uns auch an, wie der derzeitige Stand der „Absiedelungsdebatte" ist.

KOMMUNAL 05/2018 erscheint am 3. Mai 2018

* Angekündigte Themen und Termine können sich aufgrund aktueller Entwicklungen ändern.

IMPRESSUM
Herausgeber Österreichischer Gemeindebund, Löwelstraße 6, 1010 Wien
Medieninhaber Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH., Löwelstr. 6, 2. Stock, 1010 Wien, Tel. 01/532 23 88, Fax 01/532 23 77, E-Mail: kommunalverlag@kommunal.at www.kommunal.at **Geschäftsführung** Mag. Michael Zimper
Redaktion Tel.: 01/ 532 23 88; Mag. Hans Braun - DW 16 (Chefredaktion) hans.braun@kommunal.at; Mag. Helmut Reindl - DW 15 helmut.reindl@kommunal.at; Andreas Hussak - DW 37 andreas.hussak@kommunal.at;
Adressverwaltung Elisabeth Leitner - DW 18 elisabeth.leitner@kommunal.at oder Sie folgen diesem Link oder dem QR-Code zum Ändern von Bezugsdaten: **http://kommunal.at/leserservice/**
Grafik Thomas Max - DW 42 thomas.max@kommunal.at
Fotos www.shutterstock.com; www.bilderbox.at;
Anzeigenberatung Tel.: 01/532 23 88; Mag. Sabine Brüggemann - DW 12, sabine.brueggemann@kommunal.at; Martin Mravlak - DW 28, martin.mravlak@kommunal.at; Martin Pichler - DW 11, martin.pichler@kommunal.at

Redaktionsbeirat Mag. Ewald Buschenreiter (Verband der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ), Mag. Johann Drabek (BM für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort), Mag. Nicolaus Drimmel (Österreichischer Gemeindebund), Daniel Kosak (BM für Nachhaltigkeit und Tourismus), Dr. Walter Leiss (Österreichischer Gemeindebund), Mag. Alexander Marakovits (BM für Inneres), Mag. Johannes Pasquali (BM für Finanzen), Mag. Alfred Riedl (Präsident des Österreichischen Gemeindebundes), Mag. Christian Rupp (IKT-Board im Bundeskanzleramt), Mag. Brigitte Trinkl (BM für Europa, Integration und Äußeres), Mag. Michael Zimper (Österreichischer Kommunal-Verlag)

Hersteller Leykam Druck, 7201 Neudörfl; PEFC zertifiziert: Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen – www.pefc.at
Druckauflage KOMMUNAL: 35.008 (2. Halbjahr 2017)
Persönlich gezeichnete Artikel fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken.

Hinweis zu Gender-Formulierung Bei allen Bezeichnungen, die auf Personen bezogen sind, meint die gewählte Formulierung beide Geschlechter, auch wenn aus Gründen der leichteren Lesbarkeit die männliche Form verwendet wird.

FOTOS // shutterstock/miroslavmisiura // BMNT/Karin Brier

Unsere E-Tankstellen.
Einfach sicher.

TÜV AUSTRIA

Foto: © Shutterstock

Ihr Partner für sichere Gemeinden

- E-Ladeinfrastruktur Beratung & Aufklärung
- Strategische Ladeinfrastruktur Konzeptionierung
- Anbieter Leistungs-/Kostenvergleiche
- Wirtschaftlichkeitsberechnung (ROI) für bestimmten Zeitraum
- Tarifmodellerstellung anhand Nutzergruppen
- Projektierung der E-Ladeinfrastruktur Implementierung
- Sichere Errichtung und Inbetriebnahme von E-Ladestationen
- Prüfung der elektrischen Anlagensicherheit nach ÖVE/ÖNORM E 8001-6-6x
- Online Prüfmanagement der E-Ladestationen

www.tuv.at/gemeinde

Der Unimog – viele Aufgaben, ein Profi.

Kommunale Aufgaben sind niemals erledigt. Unzählige kleine und große Arbeiten möchten täglich erledigt werden. Hier kommt die volle Schlagkraft des Unimog als Geräteträger zum Einsatz. Ganz egal ob beim Mulchen, Gehölzpflege, Kehren, Reinigen oder beim Transportieren. Der Unimog ist der effiziente Teamplayer im Bauhof.

Mercedes-Benz
Trucks you can trust

PAPPAS
DAS BESTE ERFAHREN

Pappas Auto GmbH Autorisierter Mercedes-Benz Vertriebs- und Servicepartner für Nfz und Unimog,
2355 Wiener Neudorf, Industriezentrum NÖ-Süd, Straße 4, Hotline: 0800/727 727
5301 Eugendorf, Gewerbestraße 34, Hotline: 0800/727 727
www.pappas.at